Der Sozialistische KÄMPFER

1934 – 1945

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Sondernummer | Juni 1973 | 2 Schilling

Liebe Genossin! Lieber Genosse!

Unsere Tagung fällt in die historischen Märztage. Gewiß, alles liegt schon weit zurück; die Ereignisse dieser Tage waren aber so entscheidend für Leben und Tod von Generationen, daß sie unauslöschlich in unserem Gedächtnis erhalten blieben.

Vor 40 Jahren: In Deutschland hatte Hitler die Macht übernommen. Die Dollfuß-Regierung und die Heimwehr sahen nun ihre Zeit gekommen.

Mit der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 wurde der Weg beschritten, der Österreich in den Abgrund führen sollte. Dollfuß regierte mit Notverordnungen, es kam der Februar 1934. Regierung und Heimwehr konnten zum letzten Schlag ausholen, die Partei verbieten, die Gewerkschaften auflösen und für die Verteidiger der Freiheit und Demokratie den Galgen aufrichten. Die Tore der Gefängnisse schlossen sich hinter Tausenden von Sozialdemokraten.

Im März 1938 kam, was die Sozialisten immer vorausgesagt hatten: Dollfuß-Schuschnigg und die Heimwehr waren nur Steigbügelhalter für die Nationalsozialisten, und nach dem Rücktritt der Regierung Schuschnigg — die Nachricht ging am 11. März 1938 durch den Rundfunk in die Welt — hörte Österreich zu bestehen auf.

Heute, vierzig Jahre später, beschäftigen wir uns mit den Problemen der Zeit von heute. Es sind ernste Probleme, über die wir zu diskutieren haben, und von ihrer Lösung hängen die Zukunft und das Leben kommender Generationen ab.

Darum werden wir wieder unsere mahnende Stimme erheben, die Tätigkeit und Aktivität der Neofaschisten und Antisemiten nicht zu unterschätzen. Darum werden wir unserer Überzeugung Ausdruck verleihen, daß es notwendig ist, die Kinder schon in der Schule zu demokratischer Gesinnung zu erziehen und sie auch über die geschichtliche Wahrheit der jüngsten Vergangenheit zu unterrichten.

Wir hoffen, daß unsere Bemühungen verstanden werden und jene Unterstützung finden, welche erst die Voraussetzung dafür schafft, daß die Opfer um Freiheit und Demokratie nicht umsonst waren.

Niemals vergessen!

Erziehung der Jugend zur Demokratie

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wenn ich auch heute mit dem politischen Alltag sehr verbunden bin, dann doch nicht so, daß ich meine Arbeit in der Partei und das ganze Erleben meiner Jugend vergessen könnte. Wenn ich auch 1934 erst fünf Jahre alt war und 1938 erst neun Jahre, so habe ich diese Jahre doch in einer Familie miterlebt, in der alle auf unserer Seite gestanden sind. Und ich habe nicht nur Funktionen der Verwaltung oder der Gesetzgebung ausgeübt, sondern ich bin auch heute noch Landesparteisekretär der SPÖ im Burgenland, und ich fasse daher meine jetzige Aufgabe als eine politische Aufgabe auf.

In diesen Tagen vor 40 Jahren ist Hitler in Deutschland Reichskanzler geworden, in Österreich wurde das Parlament ausgeschaltet, und vor 35 Jahren hat Hitler Österreich besetzt — das Ende Österreichs war gekommen. Und daher ist die Frage wirklich berechtigt: Wie steht es mit der Erziehung unserer Jugend zur Demokratie und letzten Endes auch zu Österreich?

Allerdings — heute werden sich alle zur Demokratie und zu Österreich bekennen: Der Staat, die Schule, die Institutionen der Bildung, die Religionsgemeinschaften — alle legen öffentlich ein Bekenntnis zur Demokratie und zu Österreich ab. Und auch die Medien letzten Endes sagen — wenn auch zum Teil nur verbal —, daß sie für die Demokratie und für Österreich tätig sind.

Aber trotzdem: Nicht nur heute, weil wir in der „Arbeiter-Zeitung" diese Uniformen der schändlichen Erinnerung sehen konnten, nicht nur deswegen spüren wir immer wieder ein Unbehagen aus unserer geschichtlichen Erfahrung her. Wenn wir uns erinnern, daß es möglich war, durch den konzentrierten Einsatz des Fernsehens etwa 100.000 Menschen auf die Straße zu bringen, wenn wir wissen, daß das Demokratiebekenntnis heute in Österreich, und auch das Bekenntnis zu Österreich selbst, weniger ein artikuliertes Bekenntnis ist, ein Bekenntnis des Selbstverständnisses, sondern mehr der Bequemlichkeit entspringt, weil es ja im Grunde genommen für die breite Masse keine echte Alternative gibt, dann muß uns das zu denken geben und wir müssen darüber reden.

Dazu kommt, daß in einem modernen Staat mit seiner Massenhaftigkeit, mit der Notwendigkeit des großen, immer größer werdenden Apparats der Verwaltungskörper, mit der Unüberschaubarkeit eine gewisse Verdrießlichkeit zu bemerken ist, eine Gleichgültigkeit der Demokratie gegenüber, zum Teil eine Entfremdung, was gewissermaßen die „Routinedemokratie" betrifft. Auch das ist ein Kennzeichen unserer Zeit.

Und was Österreich betrifft: Die Mobilität unserer Menschen heute, die Reisen unserer Jugend, der Umstand, daß die Massenmedien die Welt jeden Tag in das Haus bringen, alles das läßt einen emotionellen Patriotismus von gestern gar nicht mehr zu; jene „Vaterlandsliebe", mit der ja letzten Endes auch zwischen 1934 und 1938 für Österreich geworben wurde, allerdings völlig vergebens.

Die Vorgänge in Kärnten im Vorjahr haben übrigens schlaglichtartig gezeigt, daß Vorurteile und Unverständnis bis weit in unsere eigene Partei hineinreichen.

Alles das zeigt, daß der Demokratiebegriff und der Österreichbegriff ständig neu überprüft werden müssen, daß wir uns geistig immer wieder neu damit auseinandersetzen müssen und daß sehr wohl eine bewußte Erziehung zur Demokratie und zu Österreich heute notwendiger denn je zuvor.

Ich glaube aber, daß ein Beharren auf eine rein traditionalistische Art, auf eine rein statische Art und ein Beharren, das auf Emotion allein beruht, nicht genug sein kann. Sondern wir müssen zu einer sehr modernen und immer neuen zeitgemäßen Betrachtung der Demokratie und unserer Republik vorstoßen.

Ich sehe die Gefahr, was die Demokratie und was Österreich selbst betrifft, nicht zuletzt darin, daß wir uns einer gewissen geistigen Bequemlichkeit hingeben, daß wir oft nicht bereit sind, uns den neuen Erfordernissen dieser Gesellschaft anzupassen. Wir sollten Entwicklungen, die vor sich gegangen sind und stetig vor sich gehen, nicht negieren.

Und was kann nun geschehen? Immer erwartet man — natürlich und verständlicherweise — die Regelung der Probleme und die Lösung der Fragen durch die Schule. Erziehung aber, liebe Genossinnen und Genossen, wird nicht nur in der Schule vermittelt, nicht nur auf den Universitäten — wo es überhaupt nicht der Fall ist —, ja nicht einmal unsere Volksbildungseinrichtungen waren imstande, Erziehung in dem Sinn zu vermitteln, wie wir sie verstehen.

Ausschlaggebend, weitaus mehr ausschlaggebend war in Österreich in den letzten Jahrzehnten die Familie, ausschlaggebend in großem und hohem Maße waren die politischen Parteien, die Verbände, letzten Endes die Massenmedien und vor allem das, was in den Betrieben geschehen ist. Ich bin deswegen auch der Meinung — und das trifft sich eigentlich wieder mit der Schule, daß Fragen der Mitverwaltung und der Mitbestimmung von so ausschlaggebender Bedeutung dann sind, wenn wir es verstehen, mit diesem Fragenkomplex auch die Bereitschaft zur Mitverantwortung zu verbinden.

Erziehung ist letztlich die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Prozesse, und die Schule, liebe Genossinnen und Genossen, kann immer nur ein Abbild dieser Gesellschaft sein. Ja wir haben immer wieder festgestellt, daß die Schule im Grunde genommen immer einen Schritt hinter der gesellschaftlichen Entwicklung nachhinkt! Aber trotzdem möchte ich mich nicht der Aufgabe entziehen, über die Schule — und das wird ja auch von euch erwartet — zu reden, über die Lehrer also und über die Eltern, über die Schüler, über die Volksbildung, über die Erwachsenenbildung, über die Lehrziele.

Vorerst dazu: Der demokratische Bildungsauftrag für Österreich und für die Demokratie steht seit 1945 klar und eindeutig fest. Er ist, theoretisch gesehen, unbestritten, er ist, formal gesehen, klar ausgesprochen. Im § 2 des Schulorganisationsgesetzes aus dem Jahre 1962 heißt es, daß die jungen Menschen herangebildet werden sollen „zu Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich".

Die Erziehung zur Demokratie und zu Österreich ist ein Unterrichtsprinzip, das sich gewissermaßen durch alle Gegenstände der Schule ziehen soll und ziehen muß.

Aber wenn ich auch versichern kann, daß in diesem — ich möchte sagen — guten Geist alle Erlässe und alle Verordnungen des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst gehalten sind: Gerade bei der Erziehung im Bereich der Schule kommt es nicht nur auf die Gesetze an, nicht nur auf die Erlässe und auf die Verordnungen, sondern hier kommt es in ganz besonderem Maße auf den Geist der Lehrer an; letzten Endes auch auf die Einstellung der Eltern und nicht zuletzt auch auf die geistige Position, die in der Schule die Schüler einnehmen.

Nach 1945 ergab sich auf diesem Gebiet zweifellos eine schwierige Situation. Die Lehrer, die in der Schule wirkten, waren zum großen Teil in der Zeit des grünen und braunen Faschismus ausgebildet, die Eltern waren in ihrer Haltung vielfach geprägt von dieser Zeit, in der die Demokratie brutal unterdrückt gewesen ist, und auch viele Schüler nach 1945 haben ihre erste Erziehung noch in der Zeit des Nationalsozialismus erfahren.

Trotz alledem muß man aber sagen, daß sich ein Teil der österreichischen Lehrer nach 1945 sehr wohl bemüht hat, im Geiste der Republik, im Geiste der wiedererstandenen Demokratie zu wirken.

Liebe Genossinnen und Genossen! Heute, 28 Jahre nachher, muß doch eines gesagt werden: Daß die Arbeit dieser Menschen, die sich gleich nach 1945 sehr vehement bemüht haben, für die Demokratie zu wirken — und im Grunde genommen ist der Kern dieser Menschen heute hier versammelt! —, doch ein gutes Ergebnis gezeitigt hat. Die Arbeit war nicht umsonst.

Die Leistungen, die von vielen Volksbildnern vollbracht worden sind, auf den Volkshochschulen, in den Bildungswerken, vor allem aber in den Parteien, in den Gewerkschaften, in den Kammern — kurz, nämlich dort, wo die Demokratie lebendig vermittelt wird, und ganz besonders in der Sozialistischen Partei. Sie ist schon von der Tradition her prädestiniert gewesen, das Bewußtsein der Menschen neu zu formen, und sie hatte auch — im Unterschied zur ÖVP etwa — die Organisation, für die Menschen bildend zu wirken. Und in ihrem Programm hatte sie den Satz: „Sozialismus ist vollendete Demokratie"; diese Partei hat daher, so glaube ich, am meisten Anteil an einer guten Entwicklung im Geiste der Demokratie und Österreichs.

Dabei muß natürlich wieder den Widerstandskämpfern, den Freiheitskämpfern gedankt werden, die von 1934 an und dann nach 1938 für Österreich und für die Demokratie eingetreten sind.

Ich möchte also nochmals die positiven Faktoren festhalten: Eine relativ aggressionsfreie Erziehung zu Österreich und zur Demokratie. Die gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für eine demokratische und österreichische Erziehung sind gegeben. Sie sind relativ zufriedenstellend, wenn ich auch weiß, daß vieles daran kritisiert werden kann. Aber im großen gesehen sind diese Voraussetzungen vorhanden.

Die pädagogische Situation in unserer Zeit ist, wie mir scheint, etwas komplizierter, als das früher der Fall gewesen ist. Wir haben eine skeptische, eine nüchterne, eine fordernde Jugend in den Schulen, wir haben aber auch eine komplexere, pluralistische, technisierte Lebensform.

Die Entwicklung geht — auch das empfinde ich als gut und richtig — in die Richtung Emanzipation, Demokratisierung und in die Richtung Politisierung; das ist unbestritten in den letzten Jahren. Dabei gibt es Übergangsschwierigkeiten, dabei gibt es zweifellos mangelnde Reife auf beiden Seiten, sowohl auf seiten der Älteren als auf seiten der Jungen in der Schule.

Aber wir sehen neben den Aufgaben, die die Schulreform in organisatorischer Hinsicht in der Schule bringt, als Hauptaufgaben unseres Bildungssystems die Einordnung der Schule in unsere Gesellschaft, die fortschreitende Demokratisierung im schulischen Bereich und drittens die Verankerung der politischen Bildung in weitestgehendem Maße.

Zum ersten, zur Einordnung der Schule in die Gesellschaft:

Ich habe immer wieder, seitdem ich diese Funktion übernommen habe, gesagt und bin dabei oft überhört worden — ganz besonders von den Lehrern her überhört worden —, daß die Schule nicht Sache der Lehrer, der Eltern oder der Kinder und Schüler sein kann, sondern daß die Schule eine Funktion der Gesellschaft ist, ein Instrument der Gesellschaft, und daß es hier eine legitime staatliche Zielsetzung gibt, eben die Erziehung zur Demokratie und zu Österreich, und daß Schulfragen daher nicht Sachfragen sind, als die man sie immer wieder hinstellen möchte, sondern daß es sich hier um hochpolitische Fragen der Gegenwart handelt.

Wenn wir dann diesen starken Widerstand besonders von einem Teil — und von keinem geringen Teil! — der Lehrerschaft etwa gegen das Schulunterrichtsgesetz verspüren, das ja — ich möchte sagen — eine Verrechtlichung unseres Schulwesens bringt, das also die Schule aus dieser jetzigen Situation herauslöst, in der es nur Lehrer und nur Eltern und nur Schüler sind, die die Schule bilden, dann ist das verständlich; denn damit entsteht eine neue Situation.

Und wenn heute unsere Mittelschullehrer über die zunehmende „Administration" klagen, dann übersehen Sie bitte nicht, was das bedeutet: Das bedeutet nämlich ebenfalls den Wunsch, allein zu bleiben in der Schule und sich nicht auch mit anderen Bereichen auseinanderzusetzen, die mit dem Sozialen zusammenhängen, etwa mit der Schulbuchaktion, etwa mit den freien Schulfahrten, etwa mit den Schülerbeihilfen.

Die Schule von heute, liebe Genossinnen und Genossen — und das wird ganz besonders in der Schule nicht zur Kenntnis genommen —, steht nicht außerhalb, sondern steht innerhalb der Gesellschaft!

In Österreich muß also die Entscheidung in diesen Fragen, trotz des Bestehens einer Schulreformkommission, eines Professorenbeirates, eines Elternbeirates, eines Schülerbeirates, im Parlament fallen und in den Landtagen, während die Durchführung der Administration im Ministerium verankert ist, in den Landesschulräten, in den Landesregierungen und in den Bezirksschulräten.

Nur so kann eine klare Beziehungsreihe „Schule — Erziehung — Demokratie — Österreich" entstehen.

Die Lehrpläne, die Schulorganisation, der Unterricht und die didaktischen Formen werden weitgehend von Fachleuten vorbereitet und ausgearbeitet werden. Aber die Richtung und die inneren Zielsetzungen müssen die politischen Instanzen bestimmen und sie müssen die Entscheidungen treffen.

Zum zweiten, zur Demokratisierung im schulischen Bereich:

Bis vor wenigen Jahren noch war der Begriff „politische Bildung" in unserer Schule überhaupt nicht zu verwenden, weil dagegen ein ungeheurer innerer Widerstand bestanden hat; seit einigen Jahren ist das anders geworden. Es ist höchste Zeit, daß die Diskriminierung der Politik, wie sie in der österreichischen Schule sehr lange vorgenommen wurde und natürlich auch heute noch von einem Teil der Lehrer vorgenommen wird, an sich zu Ende geht, und dazu müssen wir entscheidend beitragen. Wir dürfen uns dabei keiner Illusion hingeben, daß sich das von heute auf morgen ändert; gerade in der Schule bedarf es langer Zeit, bis Prozesse zum Durchbruch gelangen können.

Die Demokratisierung in möglichst weiten Lebensbereichen ist heute ein wesentlicher Teil des Regierungsprogramms; die Schule kann hier nicht ausgeklammert bleiben. Dazu kommt der Emanzipationsprozeß der Jugend, die einen ihr eigenen Lebensstil entwickelt, und dazu kommt natürlich auch, daß wir den Lehrern im Bereich der Schule, der ja an sich ein sehr autoritärer Bereich ist, ein höheres Maß an Mitbestimmung und Selbstbestimmung zuweisen wollen, wie das ja auch im Schulunterrichtsgesetz in verschiedenen Bereichen vorgesehen ist.

Was die Schüler betrifft, so haben wir in den letzten Jahren besonders viel gemacht. Wir haben gegen den Widerstand der Konservativen den Schülerbeirat beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst konstituiert, wir haben die Bildung von Landes-Schülerbeiräten in die Wege geleitet, die Vertretung der Schüler in die Schulreformkommission ermöglicht, und wir

haben ein eigenes Referat im Bundesministerium für Unterricht und Kunst dafür geschaffen, wir unterstützen die Schülerzeitungen, wir kommen regelmäßig mit den Schülern zusammen und haben ganz besonders in dem Entwurf für das Schulunterrichtsgesetz erstmals den Schüler als Normadressaten des Gesetzes vorgesehen. Wir haben die freie Handlungsweise des Schülers in einem sehr hohen Ausmaß in der Schule fixiert und haben mit einer Form der Schülermitverwaltung versucht, die Interessensvertretung, Mitverantwortung und Mitbestimmung des Schülers zu ermöglichen.

Wir haben dabei große Widerstände. Ich möchte dazu sagen, daß ich persönlich in diesem Versuch der Demokratisierung für den Schüler in der Schule nicht einen Spielgarten der Demokratie sehe, nicht die Entsprechung modischer Vorstellungen, die in unserer Zeit Platz gegriffen haben, ich bin auch nicht dafür wegen des Beifalls der Schüler, der ja interessanterweise nicht den Sozialisten gilt, offenbar weil ein großer Teil der Schüler an weiterführenden Schulen aus konservativen Kreisen kommt und gerade jene Konservativen unterstützt, die bis heute gegen die Schülermitverwaltung sind; sie werden auch in den nächsten Wochen bei den Verhandlungen im Parlament dagegen sein — sondern

weil ich überzeugt bin, daß die Demokratie mündige Staatsbürger braucht, gerade jene, die aus den weiterführenden Schulen kommen,

weil die Schule zur Sozialisation beitragen und zu einem Demokratiebewußtsein führen muß, und

weil ich der Meinung bin, daß wir auch wegkommen müssen von jener Schutzmentalität für die Schüler, daß alles gemacht wird und alles bestimmt wird für den Schüler, so daß er selbst keine Entscheidungsräume für sich hat, und

weil ich glaube, daß gerade in den Mittelschulen heute der Grundstein für das Phänomen gelegt wird, daß an unseren Hochschulen eine schweigende Mehrheit zur Kenntnis nimmt, was eine ganz kleine Minderheit rechts und links zum Vortrag bringt; und das halte ich für das Gefährliche.

Ich glaube, daß endlich aus den Mittelschulen eine größere Zahl von jungen Menschen kommen muß, die in der Lage ist, politisch mitzureden, und auch dazu bereit ist, denn viele von uns wissen es selbst aus der Zeit, da wir die Mittelschule verlassen haben, daß wir für das Studium nicht vorbereitet gewesen sind — daß wir aber auch nicht vorbereitet waren für eine wirkliche demokratische Anteilnahme am politischen Geschehen in unserer Zeit.

Dabei muß ich sagen, daß das anderseits gar nicht so leicht ist, denn nichts ist schwieriger, als den Freiraum zu verlassen, der einem die Möglichkeit geboten hat, nichts zu verantworten und nichts mitgestalten zu müssen. Die Autoritätsgläubigkeit ist nämlich das Bequemste, das einem gegeben werden kann; sie dann aufzugeben und wieder zu verlassen ist gar nicht so leicht.

Die Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen, kann aber nicht nur gelehrt werden — davon bin ich fest überzeugt —, die Demokratie muß immer wieder gelebt und praktiziert werden, sie muß gewissermaßen auch erlitten werden und sie muß gestaltet werden. Ich glaube jedoch, daß wir gerade auf diesem Gebiet heute eine Wegmarke, und zwar eine sehr bedeutende Wegmarke erreicht haben.

Und nun zur politischen Bildung:

Hier mündet unser aller Wunsch in dieser Zeit. Unser Ziel ist nämlich der politisch denkende, mündige Mensch, der fähig und bereit ist, am Entscheidungsprozeß in der Demokratie aktiv teilzunehmen. Die politische Bildung von heute ist für uns mehr als die Staatsbürgerkunde von gestern, weil es nicht nur um das Wissen um die Dinge geht, die da sind und die gewissermaßen konstituiert sind, sondern um die Wekkung eines kritischen Bewußtseins. Es geht um mehr als um die Anleitung zum verläßlichen Staatsbürger, weil die Erkenntnis vermittelt werden soll, daß Konflikte in der Gesellschaft letzten Endes natürlich sind und zum Leben in der Gesellschaft gehören.

Wir glauben, daß die politische Bildung insoferne zu einer bewußten Politisierung führen muß, als diese Konflikte rationale Lösungen finden müssen, ja daß solche rationale Lösungen auch die Veränderung des ganzen bestehenden Systems mit sich bringen können. Das ist sehr bedeutsam, liebe Genossinnen und Genossen, denn das ist der Unterschied zwischen dem, was Staatsbürgerkunde bisher gewesen ist, und dem, was politische Bildung heute sein soll.

Ich halte das deswegen für so bedeutsam, weil ich der Meinung bin, daß es mit ein nicht unwesentlicher Nährboden für die Entwicklung des Faschismus gewesen ist, daß jene, die in ihrem Studium in der Schule nur allein für ihr Fach ausgebildet worden waren, die ersten gewesen sind, die dem Faschismus erlegen sind, die sogenannten „Fachidioten" — jene, die aus der Tatsache, daß sie in ihrem Fach Kapazitäten waren, geschlossen haben, daß sie auch im politischen Bereich alles verstehen, daß sie auch im politischen Bereich jene sein müßten, die allein bestimmen können. Das war doch im Grunde genommen eine der faschistischen Vorstellungen, und das war doch auch entscheidend dafür — wir haben das alle erlebt, selbst ich als sehr junger Mensch —, daß aus diesen Kreisen der größte Zustrom zum Faschismus zu verzeichnen gewesen ist und daß von dort her meines Erachtens auch heute noch die größte Gefahr für die Demokratie entsteht.

Wir müssen daher unser Erziehungssystem von dieser Seite her ändern. Es wird notwendig sein, die Zeitgeschichte mehr als bisher in den Unterricht einzubeziehen und die jungen Menschen mehr als bisher — und zwar viel deutlicher als bisher — mit dem Faschismus und mit der Geschichte der Jahre 1927 und 1934 und 1938 und letzten Endes 1945 konfrontieren müssen. Das bedeutet, daß wir eine kritische Analyse des Zeitgeschehens geben müssen; daß wir dabei bei aller Objektivität — möchte ich sagen — und bei aller politischen Anständigkeit, die ja unserer Partei eigen ist, auch deutlich aussprechen müssen, was ist, halte ich für selbstverständlich und verpflichtend. Nur bitte ich, sich auch hier nicht der Illusion hinzugeben, daß wir etwa durch Deklarationen, durch Verordnungen oder durch Erlässe allein das überall in der Schule durchsetzen werden. Das ist eine Illusion.

Es wird weiter notwendig sein, alle jene Unzulänglichkeiten aufzuzeigen, die mir ganz besonders zu denken geben. Es sind nämlich die Vorurteile, die heute noch in einem ungeahnten Ausmaß in unseren Menschen vorhanden sind; in einem Ausmaß, das immer wieder so deutlich aufbricht wie in Kärnten, wie im Verhältnis unserer Menschen zu den Gastarbeitern etwa oder dann, wenn es ein solches Gewaltverbrechen gibt wie jetzt in Wiener Neustadt, wo die Primitivreaktion fast alle Menschen erfaßt, die lautet: Aufhängen! Das sind Reaktionen, die — ich möchte fast sagen — ins Irrationale gehen, die man also mit Vernunftgründen gar nicht fassen kann, die aber da sind und die Menschen bewegen. Und geben wir uns auch nicht dem Irrglauben hin, daß das Mitgliedsbuch der Sozialistischen Partei hier eine Barriere gegenüber diesen Vorurteilen und diesen Primitivreaktionen bilden würde, die wir zu verzeichnen haben.

Ich habe schon gesagt: Im Zeitalter Europas und der großen Reisen, die heute allen offenstehen, kann es keinen engen, emotionell begründeten Patriotismus geben, wie es etwa im Ständestaat der Fall gewesen ist. Auch hier gilt: Nur durch die Einsicht in die Dinge, durch das Erkennen der Bedeutung Österreichs in der Welt und auch durch eine kritische Stellung diesem Österreich gegenüber, wenn es einmal in diesem Staat allzu kleinstaatlich zugeht, kann es zu einem Österreichbewußtsein kommen, zu einer Identifikation ohne Pathos. Nur das ist es, was letzten Endes die jungen Menschen von heute zu jener Haltung bringen kann, die wir wollen.

Konkret also: Wir wollen die Integration der politischen Bildung in die einzelnen Gegenstände im Schulwesen immer stärker verankern. Zum Beispiel dadurch, daß auch im Deutschunterricht nicht nur allgemein von Literatur gesprochen wird, sondern daß auch etwa „Andorra" als Beispiel eines Gesinnungstheaterstückes besonders erwähnt wird.

Wir haben die „Politische Bildung“ als selbständigen Unterrichtsgegenstand in der 8. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen eingeführt, und jetzt auch in der 7. Klasse.

Wir haben die Fächer „Geschichte und Sozialkunde“ sowie „Geographie und Wirtschaftskunde“ geschaffen, als einen Versuch, diesen Fragenkomplex zeitgemäßer als bisher zu vereinigen.

Wir haben jetzt im Polytechnischen Lehrgang Schulversuche über „Sozialkunde“ und „Wirtschaftskunde“, verbunden mit „Zeitgeschichte“, laufen.

Wir werden in der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle für die Berufsschulen ein höheres Maß an Allgemeinbildung einführen, und hier wird wieder insbesondere die politische Bildung im Vordergrund stehen.

Wir haben versucht, in der Lehrplanrevision für die Grundschulen einen stärkeren Gegenwartsbezug durch den Einbau von sozial- und wirtschaftskundlichen Lehrinhalten herzustellen.

In den Pädagogischen Akademien, die sich überaus bewährt haben und mit deren Entwicklung wir überaus zufrieden sind, haben wir erstmals unter allen Schularten in Österreich den Gegenstand „Politische Bildung“ eingeführt. Übrigens hat das ein Genosse durchgesetzt, der das noch in der Zeit der ÖVP zustande gebracht hat.

Wir haben mit 1. Jänner 1973 eine eigene Abteilung „Politische Bildung“ im Bundesministerium für Unterricht und Kunst geschaffen und mit der Leitung der Abteilung einen Genossen betraut.

Wir haben in diese Abteilung auch die „Geistige Landesverteidigung“ einbezogen, weil ich der Meinung bin, daß dieses Unding aufgelöst und in weitestem Maße in die „Politische Bildung“ integriert gehört.

Im Bereich der Erwachsenenbildung haben wir uns in den letzten zwei Jahren ganz besonders bemüht. Letzten Endes in Koordination mit der Schaffung der Politischen Akademien der Parteien, die ich auch für den ganzen Bereich der politischen Bildung für überaus wertvoll halte, vorausgesetzt, daß sie imstande sind, den Vorstellungen zu entsprechen, die wir damit verbinden. Wir haben die Erwachsenenbildung weitaus stärker dotiert, als das früher der Fall gewesen ist: Die Mittel, die für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt werden, wurden fast verdoppelt.

Es ist vieles geschehen, seitdem die Sozialisten in Österreich regieren, und es ist vieles in die Wege geleitet worden. Ich weiß aber, liebe Genossinnen und Genossen, daß wir von einer Realisierung dessen, was wir letzten Endes vorgehabt haben, noch weit entfernt sind. Aber hier in diesem Saal sitzen Politiker (viele kenne ich aus zahlreichen Zusammenkünften), und sie alle wissen, daß die praktische Umsetzung in der Politik jene große und schwierige Aufgabe ist, die sich uns immer wieder täglich neu stellt. Oder anders ausgedrückt: Ich persönlich stelle etwa den Ausführungen des von mir sehr geschätzten Dichters Ionesco bei den Salzburger Festspielen, die in einem schöngeistigen Kulturpessimismus gegipfelt haben, das entgegen, was Kreisky am Villacher Parteitag gesagt hat, als er meinte, daß wir den Mut zum Unvollendeten haben müssen! Und ich glaube, gerade in der Bildungspolitik ist das ungeheuer wichtig.

Deswegen brauchen wir jenen — ich möchte fast sagen naiven — Enthusiasmus in der Arbeit, der auch im ersten Schritt und im zweiten und dritten Schritt einen großen Erfolg sieht; der beginnt und den so wichtigen Mut dazu hat, auch dann, wenn es noch unvollendet und nicht ganz so ist, wie man es sich vorstellt.

Und ich folge hier den Postulaten von Max Weber, der in seinem Aufsatze „Vom Beruf der Politik“ gesagt hat, daß der Politiker besonders drei Eigenschaften haben müßte:

Leidenschaft — und er meinte damit die Hingabe an die Sache, an die Aufgabe, und zwar im Gegensatz zur sterilen Aufgeregtheit, die man heute bisweilen auch dort findet, wo man das Wort „links“ verwendet;

Verantwortlichkeit — wobei unter Umständen sogar, wenn es notwendig ist, Verantwortungsethos vor das Gesinnungsethos gesetzt werden muß; und vor allem

Augenmaß — nämlich eine nüchterne Distanz zu den Dingen und damit auch die Bereitschaft, zu beginnen, anzufangen, sich zu entwickeln, auch wenn das Ziel noch nicht ganz klar ist.

Ich bin im politischen Bereich immer überzeugt gewesen, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn wir warten, bis uns die Wissenschaftler etwa voll gültige Modelle für unser Leben entwickeln, wenn wir warten, bis uns die Bildungswissenschaft in der Schule voll gültige Modelle vorweist, dann werden wir nie einen Schritt weiterkommen. Es ist letzten Endes die Aufgabe des Politikers, anzutreten, den Weg zu suchen, vielleicht einmal einen falschen Weg einzuschlagen; aber es ist wichtig, zu beginnen, anzufangen und das zu realisieren versuchen, von dem man überzeugt ist, daß es richtig ist.

Und zum Schluß noch: Ich glaube, daß unter Bildungs- und Kulturpolitik in einer sozialdemokratischen Regierung letzten Endes versucht werden muß, zu einer höheren Qualität des Lebens vorzustoßen, zu einer qualitativen Verbesserung des Lebens; denn die quantitative Verbesserung ist weitestgehend erreicht.

Ich halte aber ebenso für erforderlich, das Wissen zu vermitteln, daß auch in der Gesellschaft Konflikte, gesellschaftliche Auseinandersetzungen vorhanden und notwendig sind, daß der soziale Ausgleich, der Generationswechsel, der wissenschaftliche Fortschritt, die Interessensgegensätze natürliche Fakten des Lebens darstellen — daß es aber nie wieder so sein darf wie in der Vergangenheit, daß — das hat mir immer als Gymnasiast zu denken gegeben — das Wort von Heraklit* — noch dazu wenn man es wörtlich nimmt —: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge!“, Gültigkeit haben muß. Denn dieser Satz hat ja in der Geschichte, die wir erlebt haben, tatsächlich im schlechten Sinn des Wortes Gültigkeit gehabt; am Weg bis hierher sind Millionen Opfer gestanden, Opfer von Kriegen und Bürgerkriegen und politischen Auseinandersetzungen, Opfer von Gewalt.

Die Bildung muß aber letzten Endes auch zu einer Humanisierung der Politik beitragen; das heißt also beitragen zum Selbstverständnis des Menschen in unserer Zeit, zum Leben in Qualität und zur Humanisierung der gesellschaftlichen Prozesse, um damit einen echten Beitrag zum Frieden und zur Demokratie zu leisten. Die Konsequenz aus dieser Gesinnung besteht darin, daß wir uns im politischen Bereich bemühen müssen, die Bildungs- und Kulturpolitik noch mehr als bisher auch materiell zu unterstützen und einen noch größeren Teil der Mittel des Staates dafür einzusetzen.

Vor allem aber gilt es, immer wieder die Bildungs- und Kulturpolitik in die Gesamtpolitik einzubauen. Wir dürfen sie nicht als einen preziösen Teil betrachten, der im elfenbeinernen Turm des Wissens und der Wissenschaftspolitik oder der Bildungswissenschaft vor sich geht, sondern als einen Teil, der sehr realistisch in die Politik eingebaut ist. Wenn es uns gelingt, das zu verwirklichen, was im Schulprogramm der SPÖ in einem Satz zum Ausdruck kommt, dann liegt alles drinnen; nämlich den Menschen mit der Fähigkeit zur glückhaften eigenen Gestaltung des Lebens auszustatten.

Dafür zu wirken ist für einen Politiker eine schöne Aufgabe, auch dann, wenn er weiß, daß er vielleicht nur einen ganz, ganz kleinen Schritt dazu beitragen kann.

* Griechischer Philosoph aus Ephesos um 500 v. Chr.

Revolution oder Reform? — Revolution und Reform!

Wer vergangene Dinge nicht vergißt,
ist Meister aller zukünftigen Dinge

Ssi Ma Diän

Ssi Ma Diän (145—85 v. Chr.). Zuerst bei Hof tätig, fiel später in Ungnade, wurde verfolgt, eingekerkert und endete im Kerker durch Selbstmord.

Die Bundeshauptversammlung 1973

Die Bundeshauptversammlung 1973, die am 10. und 11. März 1973 im „Haus der Begegnung" in Wien-Döbling stattgefunden hat, war für die Delegierten und die Gäste wieder ein Ereignis, das in der Reihe der Veranstaltungen seine besondere Bedeutung hatte. Seit der vorhergehenden Bundeshauptversammlung im Jahre 1971 haben sich nicht nur in unserem Lande unter der sozialistischen Regierung neue Entwicklungen angebahnt — auch in der Welt haben sich bedeutsame Fortschritte auf dem Wege zum friedlichen Zusammenleben der Völker abgezeichnet. Um so eindringlicher standen daher die Aufgaben vor uns, die auf dieser Bundeshauptversammlung diskutiert wurden.

Der Große Saal im „Haus der Begegnung" war festlich geschmückt: Blumen und Blattpflanzen umrahmten das Präsidium, und auf der Stirnseite dahinter war in übergroßen Buchstaben die Parole zu lesen, unter der die Tagung stattfand.

„Von der Erziehung hängt es ab, ob die Kinder Träger oder Opfer der kommenden Gesellschaft werden."

Zur Einleitung der Tagung brachte die Chorvereinigung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes unter der Leitung von Genossen Erwin Weiß die Lieder „Für die Freiheit der Welt" (Erwin Weiß und Wilhelm Adametz), „Die Arbeiter von Wien" (bearbeitet von Castellduro) und „Die junge Republik" (Erwin Weiß und Wilhelm Adametz) zum Vortrag.

Unser Geschäftsführender Obmann, Genossin Rudolfine Muhr, dankte hierauf im Namen der Versammlung für die mit großem Beifall aufgenommenen Chorvorträge und eröffnete die Bundeshauptversammlung. Sie schlug im Namen des Bundesvorstandes vor, die folgenden Genossinnen und Genossen in das Präsidium der Tagung zu wählen: Jochmann, Nödl, Ackermann, Billes (Burgenland), Hindels, Lackner (Obersteiermark), Schiller, Seifried (Salzburg), Trimmel und Wedenig (Kärnten). Dieser Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen, so daß nach der Wahl der verschiedenen Kommissionen — Antragsprüfungskommission, Mandatsprüfungskommission und Wahlkommission — die in das Präsidium entsendeten Genossen ihre Plätze einnehmen konnten.

Genossin Rosa Jochmann dankte zuerst im Namen des Präsidiums für das durch die Wahl bewiesene Vertrauen und bat den Genossen Fritz Marsch, der als Vertreter des Bundesparteivorstandes gekommen war, „einige Worte" an die Versammlung zu richten. Dabei legte sie die besondere Betonung auf die „einigen Worte", was von den Versammelten mit einiger Heiterkeit bemerkt wurde.

Fritz Marsch

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke für Ihre Einladung und darf Ihnen die Grüße des Parteivorstandes überbringen, im besonderen unseres Bundesparteivorsitzenden, des Genossen Dr. Kreisky, der leider nicht kommen kann und sich auch schon bei Ihrem Präsidium entschuldigt hat.

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Motto eurer Bundeshauptversammlungen ist für uns alle, für mich im besonderen, immer sehr respektabel — das letzte Mal schon und diesmal noch ganz besonders —, weil es die Erziehung, die Notwendigkeit der Erziehung in den Mittelpunkt stellt. Und darum möchte ich Ihnen sagen und berichten, daß der Parteivorstand erst vor einigen Monaten ein Renner-Institut gegründet hat, um für unsere große Bewegung eine Einrichtung zu schaffen, die unsere Mitglieder, unsere Parteifunktionäre zu demokratischen Sozialisten erziehen soll.

Es ist das vielleicht heute, obwohl sich die Problematik zum Teil geändert hat, leichter, weil uns viel mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Aber es ist manchmal auch schwieriger, weil es Einflüsse auf den Menschen gibt, die man einfach nicht hinwegfegen kann. Der Grund hiefür liegt darin — ich habe das auch vor kurzem in einer Referentenkonferenz der Bildungszentrale gesagt —, daß es heute gewisse Einflüsse auf den einzelnen Bürger gibt, nämlich durch die meinungsbildende Industrie, in der man nicht mehr so

klar Informationen vermitteln kann, wie es einmal war, etwa daß eben eins und eins zwei ist, sondern mit der man imstande ist, den Verstand anderer zu lenken und zu leiten. Dieser Einfluß, der damit auf die Menschen ausgeübt wird, der kann dann weniger wirksam werden, wenn man ihnen die notwendige Information, das notwendige Rüstzeug, das notwendige Wissen gibt. Und das ist für uns als große politische Bewegung die Hauptaufgabe: Daß wir dem Menschen in einer demokratischen Gesellschaft das Rüstzeug zur eigenen Meinungsbildung geben, daß wir ihm die Möglichkeit geben, in der Diskussion zu bestehen, daß wir ihm damit die Kraft geben, zu arbeiten. Weil Sie Ihre Konferenz heute unter dieses Motto gestellt haben, habe ich das sagen müssen. Es ist eine ganz wichtige Aufgabe, die unsere Partei nun verstärkt fortsetzen wird.

Ich möchte Ihnen für die Tagung den besten Erfolg wünschen, und ich darf sagen, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer für uns nicht nur eine respektable Organisation aus der Vergangenheit sind, die alles das mitgemacht haben, was uns erst ermöglicht hat, die Demokratie wieder zu formen, in der Demokratie wieder zu leben — sondern daß Sie für uns eines sind und bleiben sollen: Das mahnende Gewissen der Partei!

Nach Genossen Fritz Marsch, dem Genossin Rosa Jochmann mit herzlichen Worten gedankt hatte, ergriff Genossin Dr. Erika Seda das Wort.

Dr. Erika Seda

Hohes Präsidium! Werte Konferenz! Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, daß ich Sie im Namen so vieler Organisationen und meines Bezirkes Döbling wieder — ich darf mit Freude sagen wieder — herzlichst begrüßen kann. Döbling ist ja einer der Bezirke, der im Februar 1934 mit den anderen Gebieten unseres Landes den Kampf gegen den Faschismus aufgenommen hat. Wir halten in unserem Bezirk diese Tradition weiterhin aufrecht, und wir freuen uns darüber, daß Sie durch die Abhaltung Ihrer Konferenz in Döbling diesem unserem immer wieder erneuten Bemühen Rechnung tragen. Es ist das für uns Döblinger eine große Ehre.

Im Namen der anderen Organisationen möchte ich sagen, daß sie das Streben der Freiheitskämpfer nach dem Wachhalten des Kampfes gegen den Faschismus, der heute notwendiger ist denn je, aufmerksam beobachten und daß wir diesen Kampf unterstützen, wo immer wir können.

Gerade im März, wo die sozialistischen Frauen in allen Gebieten der Welt den Internationalen Frauentag, den Kampftag für den Frieden der Welt begehen, wollen wir als Frauen eines sagen: Dieser Friede ist nur dann gesichert, wenn der innere Friede gesichert bleibt, und das zu bewirken ist eine Erziehungsaufgabe. Gerade als Frau und Mutter bin ich stolz, daß die Freiheitskämpfer diese Konferenz der Erziehung der Jugend gewidmet haben. Die Genossin Rosa Jochmann hat schon einleitend so schön gesagt, daß wir den jungen Menschen keinen Vorwurf machen können. Wenn sie heute so sind, wie sie sind, dann sind die Eltern zum Großteil mitschuldig.

Ich möchte feststellen, daß es auch bedauerlich ist — ich darf das hier in einem Kreis, der die Offenheit und das offene Wort immer schätzte, sagen —, daß leider viele unserer eigenen Genossen ihre Kinder nicht mit der Offenheit schulen, die notwendig wäre, daß sie den Kampf zusammen mit den älteren Genossen aufnehmen und die Tradition, die sich hier manifestiert, weiterführen.

Wir Frauen — ich darf das auch sagen — und auch die Kinderfreunde und die anderen Organisationen sind ernsthaft bemüht, jetzt, in einer Zeit, wo die wirtschaftliche Not zum größten Teil überwunden ist, wo wir uns auf dem Weg zum modernen Europa befinden, diese sozialistischen Grundsätze in der Erziehung stärker zu verankern, weil wir wissen, daß die faschistische Gefahr gerade jetzt wieder versucht, die Demokratie zu unterminieren, und daß es eine große Aufgabe ist, hier ein Gegengewicht zu setzen.

Es wurde jene Fernsehsendung erwähnt, in der diese junge Frau gesagt hat, sie sei noch immer begeistert. Genossen! Ich habe diese Sendung auch gehört. Ich habe mir gedacht: Die Frau muß ungefähr so alt wie ich oder sogar noch etwas jünger sein. Sie muß also, als das passierte, ein junges Mädchen oder noch ein Kind gewesen sein. Aber mir, Genossen und Genossinnen, sind diese Tage unauslöschlich in mein Gedächtnis eingegraben. Aus dieser Erinnerung heraus habe ich versucht, meine Kinder anders zu erziehen, und ich hoffe, daß es mir gelungen ist. Das wäre etwas gewesen, was von dem Reporter unbedingt noch hätte gesagt werden müssen: Daß Sie hier so reden können, verdanken Sie der Demokatie! Denn unter Hitler wären Sie sofort eingesperrt worden!

Liebe Genossen und Genossinnen! Ich kann im Namen aller Organisationen, für die ich hier spreche, nur wiederholen: Wir werden alles tun, um euch in diesem Kampf zu unterstützen! Ich wünsche euren Beratungen den besten Erfolg!

Die Vorsitzende, Genossin Rosa Jochmann, dankte Genossin Seda für ihre Begrüßungsworte und verwies darauf, daß sie tatsächlich verwirklicht hat, was sie in Worten sagte. Dann begrüßte sie mit herzlichen Worten den Vizekanzler und Sozialminister, unseren Genossen Ing. Rudolf Häuser, und bat ihn, zu uns zu sprechen.

Ing. Rudolf Häuser

Liebe Genossinnen und Genossen! Euch allen, den Delegierten der Sozialistischen Freiheitskämpfer, aber darüber hinaus der großen Gemeinschaft, die zu eurer Organisation gehört, möchte ich ein herzliches „Freundschaft!" in der Eigenschaft sagen, in der ich von unserer Partei und der Gewerkschaft berufen bin, die funktionelle Aufgabe im Rahmen des Sozialressorts zu erfüllen.

Wieder einmal, wie das öfters der Fall ist, ist man etwas emotionsgeladen. Die Einleitung solcher Konferenzen, wie sie hier bei den Freiheitskämpfern praktiziert wird, ist in unserer Organisation selten geworden. Man wird so konfrontiert — und vielleicht ist es ein Generationsproblem — mit jener Zeit des Kampfes, den wir alle miterlebt haben, und man wird mit der Idee des Sozialismus und mit seinen Zielen konfrontiert und stellt dann Vergleiche an.

Wenn heute dieser Tagung ein Motto gestellt ist, dann möchte ich sagen, daß die Erziehung nicht nur Lehre, nicht nur Vermittlung von mehr Wissen, nicht nur Übermittlung geschichtlicher Daten und Erkenntnisse aus der Vergangenheit ist, sondern daß Erziehung auch Erlebnis ist am Praktischen, Erlebnis in der Familie, Erlebnis in der Gesellschaft.

Und sosehr ich mit dem Inhalt des heutigen Artikels des Genossen Hindels in der „Arbeiter-Zeitung" einverstanden bin, daß man den „inneren Hitler" überwinden soll, wie er ihn genannt hat, sosehr glaube ich, daß wir über dieses Motto hinaus und über diese Überwindung hinaus alle zusammen, nicht nur wir hier, und nicht nur alle jene, die aus jener Zeit stammen, wo sie all das miterlebt haben, was unsere sozialdemokratische Bewegung groß und stark gemacht hat, sondern wirklich die große Gesinnungsgemeinschaft,

die sich heute zu uns bekennt, auch so leben müssen, wie wir es mit Recht von den anderen erwarten.

Täuschen wir uns doch nicht: Die Welt hat sich vielfach im grundsätzlichen geändert. Beim einzelnen steht doch primär der Ich-Gedanke im Vordergrund, beim einzelnen ist sehr weitegehend eine Gleichgültigkeit an all dem vorhanden, was um ihn vorgeht. Und noch mehr — und das fürchte ich für unsere weitere Entwicklung: Es fehlt die Bereitschaft, sich für — nennen wir es gar nicht Ideen — Wünsche und Forderungen auch aktiv einzusetzen. Das ist es, was mir bei soundso viel Gelegenheiten Sorgen macht. Diese Sorge gilt nicht nur für das Verhalten des einzelnen und das Verhalten der Familie, diese Sorge — ich spreche es wieder sehr demonstrativ aus — habe ich auch bei vielen, vielen Gliederungen unserer großen Bewegung.

Man meint, daß sich die Dinge selbst entwickeln müssen, daß alles ganz einfach kommen wird aus einer geschichtlichen oder aus einer sonstigen wirtschaftlichen Entwicklung heraus. Man hat nur einen Grundsatz vergessen: Daß alles, ausnahmslos alles, erarbeitet und erkämpft werden muß!

Man versucht dann immer wieder, wenn es irgendwo einen Schiffbruch oder eine Niederlage gegeben hat, eine Ausrede zu suchen oder — was noch leichter ist — einen Schuldigen zu suchen. Und vergißt dabei, daß man auch selbst nicht die Voraussetzungen geschaffen hat, um das zu erreichen, was man sich als Ziel gesetzt hat.

Diese Aufgabe haben wir, glaube ich, nicht nur hier, wir, die Freiheitskämpfer, nicht nur jene, die sich aus innerster ideologischer Sicht oder aus dem innersten Empfinden ihres Herzens zum Sozialismus bekennen, sondern das ist die große Aufgabe unserer gesamten sozialistischen Bewegung. Und in dem Sinne, hoffe ich, werden von hier aus auch Impulse ergehen. In diesem Sinne herzliche Grüße.

In der kurzen Rede, mit der Genossin Rosa Jochmann dem Redner dankte, sagte sie unter anderem:

Dir, lieber Genosse Häuser, kann man wirklich nicht den Vorwurf machen, daß du für die Wünsche und Belange der Menschen kein Ohr hast; denn wir Freiheitskämpfer — man soll das zwar nie aussprechen, aber ich bin geradezu gezwungen, es auszusprechen — müssen sagen: Wir haben das Glück gehabt, daß die Sozialminister immer Sozialisten waren. Und du hast es deinen Vorgängern, den Genossen Proksch und Maisel, nachgemacht, du hast dich von ihnen nicht zurückstellen lassen. So können wir dir heute danken und sagen, daß wir wirklich allen Grund haben, festzustellen, daß wir bei dir immer ein offenes Ohr finden. Und dafür herzlichen Dank!

Und nach einer Würdigung der Funktion des Präsidenten des Nationalrates, die in sehr herzlichen Worten gehalten war, ersuchte Genossin Rosa Jochmann Genossen Anton Benya, das Wort zu ergreifen.

Anton Benya

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen namens des Fraktionsvorsitzenden Genossen Weisz die Grüße der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB zu überbringen.

Es ist nun 35 Jahre her, seit Hitler in Österreich einmarschiert, 28 Jahre, seit der Krieg zu Ende gegangen ist, und es sind nunmehr drei Jahre, seit wir eine sozialistische Regierung haben. Genosse Häuser hat deutlich, wenn auch sehr vorsichtig ausgesprochen, daß wir uns — so scheint es — in der letzten Zeit da und dort ein wenig schämen, uns freimütig als Sozialisten zu bekennen, daß wir uns einschüchtern lassen von sogenannten Initiativen und daß wir meinen, wir haben nachzugeben, ohne unser Ziel konkret und kämpferisch zu verfolgen. In diesem Kreis von Kämpfern, die große Opfer gebracht haben, darf ich daher

„Es kommt nicht nur auf Solidaritätskundgebungen mit den Opfern des Faschismus an, sondern auch darauf, daß man verkündet, ‚was sie einst getan'. In diesem Geiste wünsche ich Eurer Tagung den besten Erfolg ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Bundeskanzler Genossen Dr. Bruno Kreisky

versichern, daß wir uns in der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion bemühen, nicht vergessen zu lassen, daß Fortschritt eben nur durch Kampf, sei es auf dem Verhandlungsweg oder sei es auf dem Weg von Wahlen, zu erreichen ist.

Wenn wir unsere politischen Gegner betrachten, dann finden wir, daß sie sich — das war irgendwie verständlich — bis 1955 nicht so sehr rührten; unser Land war nicht frei. Unsere Genossen in den Koalitionsregierungen sind stark genug gewesen, dem Gegner immer wieder sehr deutlich vor Augen zu führen, was wir und was andere dem Volke schuldig sind, was man der demokratischen Staatsform schuldig ist. Ab 1966 war es schon etwas anders. Man meinte, Mehrheit ist Mehrheit, und man hat manche demokratischen Grundregeln damals nicht so eingehalten, wie wir es als Demokraten gern gesehen hätten; man hat zwar abgestimmt, man hat das eine oder das andere aber in einer Form vorgetragen, von der man noch nicht sagen konnte, die Dinge liefen nicht richtig. Aber als dann die Sozialisten nach 1970 die Regierung übernommen haben, da konnten wir sehr deutlich sehen, daß in manchen Parteien Menschen am Werk waren — auch in der großen Oppositionspartei —, die die Demokratie sehr lieben, solange sie in dieser Demokratie den Ton angeben können, die es aber nicht verwinden können, daß ein freies Volk frei entscheidet und daß auch andere zum Regieren berufen sind.

Für uns aber war klar, daß der Geist weiterleben soll, den Sie hier ausstrahlen. Auf der Seite unserer Gegner scheint mir der Einfluß jener, die selbst einmal Opfer eines Systems geworden sind — wobei sie früher auch für ein System eingetreten sind, das wahrlich nicht demokratisch gewesen ist —, geringer geworden zu sein. Manche wurden geläutert und haben das weitergegeben, aber sie wurden allmählich zurückgedrängt, sie sind heute weniger einflußreich, und daher ist ein Wandel in der gegnerischen Partei festzustellen. Es setzen sich immer mehr und mehr Reaktionäre durch, die meinen, es müsse doch alles so bleiben, wie es ist. Nun beginnen die Sozialisten unter einer sozialistischen Regierung die Gesellschaftsordnung zu ändern, zu demokratisieren, den Unterschied zwischen den Besitzenden und den nicht Besitzenden zu verkleinern. Das dürfe doch nicht sein. Und so neigen sie zu dem, was hier schon aufgezeigt wurde — Genosse Skritek sagte es, und Genosse Marsch sagte es sehr deutlich: Die Menschen werden geformt, sie werden geformt durch Presse, Rundfunk, Fernsehen.

Wir sollen es nicht unterschätzen, wenn heute in Wort, Schrift, Bild und Ton immer wieder nur das Negative herausgestrichen wird, immer wieder jeder, der sich für Politik interessiert, als mehr oder weniger dumm dargestellt wird, obwohl die Menschen, die sich für die Politik interessieren, sich als Demokraten immer wieder bemühen, ihren Ideen entsprechend zu handeln. Wenn andere, die sogenannten nicht Verantwortlichen (sie sind auch wirklich nicht verantwortlich!) in diesem Land immer mehr an Boden gewinnen und den Ton angeben, unterstützt von der Übermacht der sogenannten „unabhängigen" Zeitungen, unterstützt von dem „unabhängigen" Rundfunk und dem

„unabhängigen" Fernsehen, dann, Genossinnen und Genossen, müssen wir sehr, sehr wachsam sein. Und ich bin der Auffassung, wir sollen uns nicht hindern lassen, an die Probleme heranzugehen, die wir lösen müssen. Und eines dieser Probleme ist, daß wir von den sogenannten Massenmedien Rundfunk und Fernsehen eine objektive, neutrale Berichterstattung verlangen müssen.

Es ist fast unerträglich, wenn man Tag für Tag sieht und liest, wie sehr sich die Oppositionsparteien bemühen, so deutlich zu demonstrieren, wie „unabhängig" in Wirklichkeit dieser Rundfunk ist. Ja, unabhängig vom Haupteigentümer, unabhängig von der staatstragenden Partei, aber abhängig von den Oppositionsparteien. Und deshalb schalten sie sich ja bei jeder Gelegenheit so ein und sprechen von Unabhängigkeit, sprechen von neutraler Berichterstattung, obwohl man fast täglich sehr deutlich merkt, wie dort manipuliert wird. Daher, Genossinnen und Genossen, möchte ich sagen: Wir sollen uns nicht hindern lassen, wir sollen auch nicht ängstlich sein; diese Regierung oder unsere Mehrheit haben wir nicht von den Ängstlichen, unsere Mehrheit haben wir von den Kämpfenden und von denen, die fortschrittlich denken.

Die sogenannten unabhängigen Zeitungen sagen warnend, wir sollen doch überlegen, daß wir die Mehrheit nicht nur von Sozialisten haben. Seien wir stolz, daß wir sie nicht nur von Sozialisten, sondern auch von Menschen erhalten haben, die eben fortschrittlich denken.

So wollen wir den gemeinsamen Idealen dienen, die wir zu vertreten haben: dem demokratischen Sozialismus, der Staatsform der parlamentarischen Demokratie, und — ich darf Ihnen versprechen, liebe Genossinnen und Genossen — als sozialistische Gewerkschafter wollen wir für die Idee, für die so viele angetreten sind, für die so viele Opfer gebracht haben, mit Ihnen gemeinsam arbeiten und wirken, damit wir nicht nur vier, sondern noch mehr Jahre dem Volk in sozialistischer Gesinnung ein besseres Leben hier bieten können.

Die Vorsitzende dankte dem Genossen Benya für seine Ausführungen, der uns allen aus dem Herzen gesprochen habe. Und sie fügte hinzu, daß Genosse Benya im Gegensatz zu manchen Menschen, die viel versprechen und wenig oder nichts halten, zu jenen gehöre, bei denen Versprechen und Halten dasselbe sei.

Dann ersuchte Genossin Rosa Jochmann den Genossen Pittermann, das Wort zu ergreifen: Nicht als Präsident der Sozialistischen Internationale, sondern als den Präsidenten der Freunde Griechenlands, als der er in unserem Kreise vor allen anderen sprechen solle.

DDr. Bruno Pittermann

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben gerade ein eklatantes Beispiel der Manipulation miterlebt. (Heiterkeit.) Ich bin also umgeformt worden vom Präsidenten der Internationale auch und hauptsächlich in den Vorsitzenden des Vereins der Freunde der griechischen Demokratie in Österreich, aber ich lasse mich nicht manipulieren. (Neuerliche Heiterkeit und Beifall.)

Darum, Genossinnen und Genossen, will ich zuerst einmal daran erinnern, daß in der Prinzipienerklärung der Sozialistischen Internationale, die 1951 auf dem ersten Kongreß nach dem Krieg in Frankfurt unter sehr tätiger Mitarbeit unseres Genossen Oscar Pollak formuliert wurde, unter anderem der Satz enthalten ist, den ich hier aus dem Gedächtnis, vielleicht nicht ganz wort-, aber sicher sinngetreu, wiedergeben will:

Der Sozialismus verlangt keineswegs eine gleichförmige Einstellung. Ob jemand aus den Erkenntnissen marxistischer oder anderer Gesellschaftsanalysen, aus religiösen oder aus anderen humanitären Motiven Sozialist ist — alle erstreben das gleiche Ziel.

Ich zitiere das deswegen, Genossinnen und Genossen, weil man manchmal — auch in Österreich, wenn auch vielleicht weniger als in anderen Parteien — den Eindruck hat, als würden sich diejenigen, die sich aus ihrer proletarischen Umwelt, in der sie aufgewachsen sind, zu den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie von Karl Marx formuliert wurden, bekannt haben und noch bekennen, heute ein wenig scheuen, dieses Bekenntnis öffentlich abzulegen. Und von dieser Scheu sollten wir uns befreien — auch in unserer Partei!

Wir wissen um die Richtigkeit des Satzes, daß das ökonomische Sein das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt. Wir haben dank der Stärke der sozialistischen Arbeiterbewegung in unserem Land und in vielen anderen Ländern Europas das ökonomische Sein des einstigen Proletariers geändert. Aber wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das gesellschaftliche Bewußtsein dasselbe bleibt wie früher, daß es die Aufgabe des Sozialismus ist, die Gesellschaft, in die man hineingeboren wurde, nicht zu erklären oder gar zu entschuldigen, sondern sie zu verändern.

Damit kommen wir zwangsläufig in Konflikt mit jenen, die die Gesellschaft, wie sie besteht, nicht verändern wollen. Damit kommen wir zwangsläufig in Konflikt mit der stärksten Position, die diese Gesellschaft heute in der Republik Österreich hat, nämlich mit der heutigen Form der Österreichischen Rundfunk-Gesellschaft. Wir waren in unserem Leben gewohnt, in Konflikten zu leben, wenn wir aus unserer Erkenntnis zur Ansicht gelangten, daß unsere Pflicht zur Veränderung der Gesellschaft den Kampf verlangt. Und wir sollen auch diesen Kampf nicht scheuen. Ich glaube, wir alle hier in diesem Saal, aber auch über diesen Saal hinaus weit hinein in die Reihen unserer Partei sind der Meinung, daß diese Umformung der Spitzenposition dieser Gesellschaft, die wir umändern wollen, die des Österreichischen Rundfunks, nicht mehr aufgeschoben werden soll.

Der Rundfunk — nicht nur in Österreich — muß ein Instrument freier demokratischer Kräfte sein, die im gegenseitigen Wettbewerb um ihr Ansehen, um ihre Attraktivität beim Volk ringen, aber es muß ein freier Wettbewerb sein und nicht ein manipulierter!

Wir haben heute in Europa durch die sozialistischen Parteien in den demokratischen Ländern eine Stärke erlangt wie nie zuvor. Wir haben sie erlangt, weil wir in der Phase des Aufstiegs der Arbeiterbewegung uns dessen bewußt waren, was wir einmal nach einem Lied formuliert haben, bewußt waren, worin unsere Stärke besteht.

Wenn mich die Genossin Jochmann schon in meiner anderen Funktion angesprochen hat, so kann ich sagen: Wir haben uns gerade hier in Österreich gegenüber den vertriebenen und zur Flucht gezwungenen griechi-

schen Freiheitskämpfern zu diesem Grundsatz nicht nur in Worten bekannt, sondern ihn auch geübt. Ich muß sagen, daß uns das seit der Zeit, seitdem wieder ein Sozialist, der Genosse Otto Rösch, das Innenministerium verwaltet, ausgezeichnet gelungen ist: Österreich hat heute bei den vertriebenen griechischen Demokraten — nicht nur bei denen, die in Österreich leben, sondern auch außerhalb Österreichs, und bei denen, die gegen die Diktatur in Griechenland kämpfen, so wie wir einmal in unserem Land gegen die Diktatur für die Demokratie gekämpft haben — dank dieser Haltung einen ausgezeichneten Ruf.

Wenn wir nun darangehen, dem europäischen Kontinent ein anderes soziales und gesellschaftliches Gepräge zu geben — und es wird viele Schwierigkeiten zu überwinden geben, bis wir soweit sind, denn wir alle sind aufgewachsen im Gedankengut des Nationalstaates, der Staatsphilosophie des 19. und des ersten Teils des 20. Jahrhunderts, auch wir haben uns nicht vollkommen davon befreien können —, wenn wir also darangehen, den europäischen Kontinent als einen Kontinent bilden zu wollen, in dem die arbeitenden Menschen kraft ihrer Zahl und kraft ihrer Bereitschaft zur gemeinsamen Vertretung gemeinsamer Interessen die Führung übernehmen sollen, dann, Genossinnen und Genossen, erst recht nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht. Es heißt im Lied: „Vorwärts und nicht vergessen!" Und ich möchte dazu sagen: Es wird nur vorwärtsgehen, es kann nur vorwärtsgehen, wenn wir nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht: In der Solidarität derer, die sich größere Freiheiten erringen konnten, mit jenen, denen die Freiheit entzogen wird, der Solidarität der Demokraten mit den Unterdrückten in allen Diktaturstaaten in Europa und in der ganzen Welt. Vorwärts, Genossinnen und Genossen, und nie vergessen, worin unsere Stärke besteht: Die Solidarität!

Nachdem Genossin Jochmann in launigen Worten auf die eingangs gemachte Bemerkung bezüglich der versuchten „Manipulation" des Redners eingegangen war, bat sie den Genossen Pittermann, den Freunden der griechischen Demokratie die Grüße unserer heutigen Tagung zu übermitteln und dankte ihm nochmals recht herzlich für seine Begrüßungsworte. Dann erteilte sie dem Vertreter der Wiener Organisation, unserem Genossen Hans Bock, das Wort.

Hans Bock

Liebe Genossinnen und Genossen! Als Illegaler hat man gelernt, mit Spontaneität umzugehen. Wenn man drei Minuten vorher erfährt, man soll aufs Podium kommen und etwas sagen, dann muß man das ganz einfach nach dem Prinzip tun, wie einmal Luther gesagt hat: Was du sagst, ist egal; Hauptsache ist, es ist kurz. (Heiterkeit.)

Daher möchte ich zunächst einmal, da ich (ich weiß nicht, ob man das sagen kann) in Wien derzeit „regierender" Bürgermeister bin, weil Genosse Slavik im Ausland weilt und ich seine Vertretung habe, Sie sozusagen als Bürgermeister in Wien recht herzlich begrüßen, vor allem die Delegierten aus den Bundesländern.

Wenn man vor einem solchen Kreis wie heute hier ein paar Worte sagen soll, dann glaube ich, ist es vor allem eines: Wir alle wissen, daß die Konservativen dieses Landes zu einem Großangriff angetreten sind, um die Mehrheit der Sozialisten in diesem Lande zu brechen. Daß dabei für sie Wien eine besondere Rolle spielt, ist jedem klar. Denn schließlich waren es nicht zuletzt in den Jahren 1970 und 1971 die Wahlergebnisse in Wien, die ein Wesentliches dazu beigetragen haben, daß wir in Österreich erstmals eine sozialistische Regierung bekommen haben. Sie treten daher in Wien zum Kampfe an und glauben, jetzt durch ihre Personalentscheidung sozusagen die personelle Grundlage geschaffen zu haben. Darüber hinaus führen sie natürlich auf allen Ebenen ihren politischen Kampf gegen uns.

Es ist mir heute wirklich ein Bedürfnis, euch, liebe Genossinnen und Genossen, vor allem aus den Bundesländern, zu sagen, daß wir einen schweren Kampf vor uns haben. In spätestens 13 Monaten werden wir in Wien die nächsten Gemeinderatswahlen haben, und das wird für die Konservativen eine der entscheidendsten Wahlen sein; natürlich aber, ich möchte das ebenfalls sagen, auch für uns Sozialisten. Wir werden im Wahlkampf auch die Unterstützung unserer Genossen in den Bundesländern sehr notwendig haben. Und was wir vor allem brauchen, das ist ein bißchen mehr Vertrauen zu der Wiener Sozialistischen Partei, zu der Wiener sozialistischen Verwaltung.

„Leider befinde ich mich an diesem Wochenende nicht in Wien, doch wünsche ich Euch für die Zukunft ein erfolgreiches Wirken ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Finanzminister Genossen Dr. Hannes Androsch

Wir reden oft unter uns und fragen uns: Wieso kommen diese großen Leistungen, die wir in dieser Stadt setzen, manchmal nicht an? Überlegen Sie: Wir haben seit 1945 in dieser Stadt über 200.000 neue Wohnungen gebaut oder gefördert. Ich glaube, das ist mehr, als etwa ganz Graz an Wohnungen besitzt. Wir haben gigantische Leistungen in dieser Stadt gesetzt und setzen sie ununterbrochen; wir haben es gewagt, eine U-Bahn zu bauen, wir haben in unserem Budget in diesem Jahr allein für den U-Bahn-Bau 1,4 Milliarden vorgesehen; ich möchte gar nicht die anderen Positionen nennen. Wir sind oft der Meinung, daß es scheinbar zu viel ist, was wir in dieser Stadt machen. Wir haben das Gefühl, daß die Menschen wie vor einem riesigen Mosaik stehen, ganz direkt davor, und das nicht überschauen können. Das nützt der politische Gegner aus, weil es natürlich in einer so großen Stadt, wie es Wien ist, immer wieder neue Probleme gibt.

Wenn wir heute etwas Neues schaffen, dann kommen morgen selbstverständlich wieder neue Probleme; so gerade eben beim Wohnbau. Man wirft uns heute vor, wir hätten große Wohngebiete gebaut, aber die Versorgungseinrichtungen für die Bevölkerung vergessen — wir seien schlechte Planer.

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist immer dann leichter zu beurteilen, wenn etwas fertig ist. Wir standen vor der Frage: Was sollen wir tun? Sollen wir zuerst die Wohnungsnot lindern, sollen wir schauen, daß die Menschen in Wohnungen hineinkommen, und dann eben erst die anderen Dinge errichten? Hätten wir das nicht gemacht, hätten wir zuerst in diesen Gebieten die Versorgungsbetriebe gebaut, dann hätte man gesagt: Na ja, ihr habt um 50.000 bis 60.000 Wohnungen zu wenig gebaut, ihr seid Stümper. Man kann natürlich im nachhinein alles anders beurteilen. Für uns war es zunächst einmal wichtig, den Menschen eine Wohnung zu geben und die Wohnungsnot zu bannen.

Selbstverständlich gibt es immer noch Situationen, die wir zu meistern versuchen müssen; das ist ja das Problem! Und hier stößt die konservative Partei vor und versucht den Menschen weiszumachen, daß wir mit den Problemen eben nicht fertig würden.

Wir werden die Auseinandersetzung führen und sind sehr zuversichtlich. Wir sind überzeugt, mit Unterstützung aller, der gesamten Partei Österreichs, werden wir den Wahlkampf in einem Jahr erfolgreich bestehen.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, wollte ich gerne anläßlich eures Bundestages sagen. Ich darf euch nochmals herzlich willkommen heißen und der Tagung viel Erfolg wünschen.

Unseren Toten ein ehrendes Gedenken

In den Jahren 1971 und 1972
beklagen wir

245 Genossen und
82 Genossinnen,

die für immer von uns gegangen sind.

Wir danken unseren Kampfgefährten,
die auch in der schwersten Zeit nie
in ihrer Überzeugung wankend geworden sind.

Wir danken ihnen für ihre Treue,
ihren Idealismus und ihre Opferbereitschaft für
Freiheit und Demokratie

Niemals vergessen!

Den Dank, den die Genossin Jochmann nun zum Ausdruck brachte — und sie tat das mit recht herzlichen Worten —, verband sie mit einem Versprechen an Genossen Bock:

Ich bin zwar keine Prophetin, aber eines kann ich Dir sagen — es soll uns nichts daran hindern, daß wir alles tun, was möglich ist —, kann ich Dir versprechen: Was immer der Bauer und der Kohlmaier und die ÖVP da zusammenmanschen auf verschiedenen Gebieten — das Rote Wien, das sind sie nicht imstande zu zerstören! Es bleibt rot, davon bin ich überzeugt!

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben den Genossen Maisel gebeten, daß er als einer derjenigen, die im Altenteil leben (ich darf das sagen, denn ich gehöre ja auch dazu), einige Worte zu uns spricht. Genosse Maisel hat das aber kategorisch abgelehnt. Er ist zwar ein alter Freund von mir, aber er will nicht so, wie ich will, er wollte nie so, wie ich wollte. Aber der Genosse Proksch, unser Tondo, wird so lieb sein und einige Worte zu sprechen. Vorher möchte ich aber noch etwas sagen: Genosse Häuser hat sich schon vorher entschuldigt, Genosse Veselsky und die anderen Genossen haben aber heute auch noch andere Verpflichtungen. Wir danken daher nochmals unserem Genossen Häuser sowie dem Genossen Veselsky und allen, die nun weggehen müssen, daß sie zu uns gekommen sind. Bitte, Genosse Proksch.

Anton Proksch

Liebe Genossinnen und Genossen! Daß ich hier einige Worte sagen darf, ist für mich eine große Ehre. Und ich möchte auch die Mahnung Rosas befolgen, möglichst kurz zu sein.

Ich gehöre, wie die meisten von euch wissen, zu der Generation, die schon in der Kaiserzeit in der Bewegung gestanden ist; im Jahre 1911 bin ich zuerst beim Arbeiterturnverein gewesen, dann beim Arbeiterschwimmverein und bin dann schließlich zu den Jugendlichen gekommen.

Was ist in all der Zeit geschehen, die mehr als 60 Jahre zurückreicht? Vielleicht kann man das am besten beurteilen, wenn man betrachtet, was jetzt geschieht. Und, Genossen, ich muß sagen: Es ist geradezu eine Revolution, was sich vollzieht. Der Genosse Häuser ist jetzt weggegangen; ich hätte es ihm gerne hier gesagt. Was er jetzt auf sozialpolitischem Gebiet leistet, das ist ganz einfach unglaublich. Wenn wir beispielsweise das letzte Vorhaben kennen, wonach der Arbeiter im Falle der Krankheit dem Angestellten gleichgestellt werden soll und verschiedene andere Bestimmungen fallen sollen, daß also eben auch der Arbeiter dasselbe Sozialrecht bekommt, wie es der Angestellte seit eh und je gehabt hat.

„Ich bin mir bewußt, daß Eure Opfer und Leistungen in den schrecklichen Jahren, die Österreich durchmachen mußte, der Grundstein dafür sind, daß heute Sozialisten in diesem Lande die alleinige Regierungsverantwortung tragen können.

Unsere Aufgabe wird es daher sein, die seinerzeit so schwer erkämpfte Freiheit unserer Heimat zu sichern und zu bewahren, damit uns ähnliche Schicksale, wie sie 1934 bis 1945 von zahlreichen Menschen hingenommen werden mußten, erspart bleiben . . .“

Aus dem Begrüßungsschreiben von Verkehrsminister Genossen Erwin Frühbauer

Und darüber hinaus: Es kommt mir als ein großes Geschenk vor, ein mehrfaches Geschenk der Bewegung an mich — ich konnte ein wenig dazu beitragen —, daß wir auch das Los der Opfer, der Kriegsopfer, der politischen Opfer, gebessert haben. Heute sind wir sozusagen in der Loge und schauen zu, wie es die anderen machen, ob sie es gut machen oder ob sie auch Fehler machen. Und das Großartigste dabei ist: der Gegner verzehrt sich in Wut und schimpft und schimpft — aber die Regierungsmannschaft, die „Karawane“, zieht weiter und bringt den arbeitenden Menschen ihre Gaben, während die Schakale heulen. Sie werden noch weiter heulen, aber die Karawane wird weiterziehen! So ist das ein großes persönliches Glück, wie man täglich sieht, daß intensiv auch an der Umschichtung der Einkommensverhältnisse gearbeitet wird.

Ich habe aber einen ganz allgemeinen Wunsch an die sozialistische Bewegung. Aus Erfahrung in einem Bundesland, in dem ich so lange gewirkt habe, wo man jetzt von einem rotgoldenen Weg spricht — es wird einem direkt kalt dabei —, wo der „Arbeiterball“ auf einen „Ball in Rot-Gold“ umgetauft wird und wo die Schulung, die wir seit der Landnahme sehr intensiv betrieben haben, besonders unter der Jugend, immer weniger wird, ist er entstanden. Ich habe es auch ganz offen auf einer Arbeitsgemeinschaftstagung gesagt: Man soll doch nicht glauben, daß man es richtig macht, wenn man alles auf rosarot ummanipuliert; die ande-

ren wissen doch genau, wer wir sind; wir haben daher einfach die Pflicht, daß wir uns auch dazu bekennen, und wir brauchen uns wahrlich nicht zu schämen!

Und das ist der große Wunsch — damit bin ich schon am Ende: Daß die sozialistische Erziehungsarbeit verstärkt werde und daß man nicht aus der momentanen Situation sagt: Jetzt ist Schluß, jetzt sind wir oben, und jetzt ist für uns alles erledigt! Das ist nicht wahr! Wenn wir nicht dafür sorgen, daß die Schar der Idealisten wieder größer wird und daß wieder nachwächst, was auf natürliche Weise vergehen muß, dann werden wir das Erreichte nicht halten können.

Diese Erkenntnis muß der Träger der weiteren Bildungsarbeit sein. Wir müssen die sozialistische Bildungsarbeit noch mehr fördern und noch mehr favorisieren als die allgemeine Bildungsarbeit! Ich glaube, daß das sehr, sehr wichtig ist; denn immer wieder, wenn man irgendwo hinkommt, hört man die Klage: Ja, es ist doch fast niemand mehr bereit, seine Freizeit in den Dienst der Bewegung zu stellen! Aber gerade das ist es, was uns heute not tut. Das ist der Wunsch, den ich an die Bewegung habe, denn nur so können wir sagen: Es ist das größte Glück, noch dabeizusein, wo unsere Partei und die arbeitenden Menschen in diesem Staat so große Fortschritte machen!

In den Dankesworten, die Genossin Rosa Jochmann unter dem Beifall der Versammlung an den Genossen Anton Proksch richtete, hob sie nochmals die großen Verdienste hervor, die er sich um die Besserstellung der arbeitenden Menschen in diesem Lande erworben habe. Und sie betonte, daß wir alle es sind, die ihm zu danken haben: für seine Arbeit und heute für seine Begrüßungsansprache, in der er uns so richtig aus dem Herzen gesprochen habe.

Damit waren die Begrüßungen zu Ende und die Vorsitzende konnte bekanntgeben, daß eine große Zahl von Begrüßungsschreiben eingelangt waren, die in so herzlichen Worten gehalten sind, daß wir sie in unserer Zeitung veröffentlichen werden*. Die Schreiben kamen unter anderen von den Genossen Kreisky, Androsch, Frühbauer, Moser, vom Genossen Slavik und der Genossin Sandner, den Genossen Stemmer, Pfoch, Schweda und Suttner, dem Genossen Ing. Hrdlitschka sowie dem Genossen Flöttl.

Bevor nun die Genossin Rudolfine Muhr mit ihrem Referat begann, wurde eine kurze Pause eingeschaltet und die Beratungen wurden auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Rudolfine Muhr

Liebe Genossen und Genossinnen! Die Aufgabe, die ich heute habe, ist für mich leicht — aber auch schwer: Leicht ist sie deshalb, weil ich keinen ausführlichen Bericht bringen muß; er liegt schriftlich in der Mappe, und ich brauche mich nur im Telegrammstil auf einige Punkte zu beziehen. Blättern wir den Bericht durch, so können wir feststellen, daß in den zwei Jahren sehr viel geleistet worden ist. In Wahrheit ist aber noch mehr geleistet worden, als im Bericht aufscheint, weil er wieder nicht lückenlos ist.

Als der Bund gegründet wurde — und das ist auch schon 26 Jahre her —, haben wir uns bestimmte Aufgaben gestellt, und wir haben immer beobachtet, ob es uns gelungen ist, diese Aufgaben zu bewältigen.

Wir fassen es als unsere wichtigste Aufgabe auf, das Andenken an die Opfer wachzuhalten. Wir tun dies durch unsere Kundgebungen, durch unsere Kranzniederlegungen, durch unsere Schweigemärsche. Aber jetzt müssen wir schon beginnen, an Genossinnen und Genossen zu erinnern, die zu den unsterblichen Opfern des Faschismus zählen, weil es runde Jahrestage sind, seit sie uns verlassen haben.

Wie haben im September 1971 anläßlich seines 90. Geburtstages unseres Genossen Otto Bauer gedacht — dieses Gedenken soll in der Öffentlichkeit immer wieder an die Namen jener Menschen erinnern, die ihr ganzes Leben im Dienste der Allgemeinheit gestanden waren, es soll an Menschen erinnern, die zu allen Zeiten — in guten und in bösen Tagen — Sozialisten gewesen waren und danach auch gehandelt haben.

Im Dezember des vergangenen Jahres erinnerten wir an den 30. Todestag unseres in Auschwitz ermordeten Genossen Heinrich Steinitz. Wir hatten im Bundesvorstand gemeinsam mit den Obmännern eine Trauersitzung abgehalten, und der BSA hat auf Initiative des Genossen Christian Broda eine Gedenkveranstaltung gemacht, in der er dem Sozialisten und dem Menschen Heinrich Steinitz in einer wunderbaren Rede gerecht geworden ist.

Aber wir hatten nicht nur an Heinrich Steinitz erinnert, sondern auch an Robert Danneberg, den großen Kommunalpolitiker, dem wir im Roten Wien so unendlich viel zu verdanken haben, der entscheidend daran beteiligt war, daß dieses Rote Wien geschaffen werden konnte. Auch er ist in Auschwitz umgekommen. An ihn wurde an seinem 30. Todestag durch eine Kranzniederlegung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer gedacht. Aber auch im Klub der sozialistischen Abgeordneten — denn diesem Klub hat er von 1919 bis 1934 angehört — und selbstverständlich auch in einer öffentlichen Sitzung des Wiener Gemeinderats wurde dieses großen Sozialisten gedacht.

Unser Gedenken beschränkt sich aber nicht nur darauf, daß wir von Zeit zu Zeit, wenn ein besonderer Gedenktag kommt, die Namen derer wieder ans Licht heben, die so lange von uns geschieden, die im Kampf gefallen sind; wir denken auch durch unsere Gedenkfahrten an alle Opfer. Wer den Bericht aufmerksam liest, der wird finden, daß wir zwei große Gedenkfahrten in dieser Berichtszeit durchgeführt haben: Wir waren in Neuengamme, in Bergen-Belsen, in Sachsenhausen, in Ravensbrück und in Theresienstadt — und wir waren vergangenes Jahr in Buchenwald.

Wir haben aber festgestellt, daß es kaum mehr möglich sein wird, so große Gemeinschaftsreisen zu unternehmen. Wir hatten uns zwar vorgenommen, alle Stätten, an denen Menschen so viel gelitten hatten, also alle Konzentrationslager, aufzusuchen. Und da gäbe es noch einige, vor allem Groß-Rosen, doch sind solche Gedächtnisfahrten für viele von uns schon zu anstrengend. Mauthausen besuchen wir ja immer wieder, und das wollen wir auch nicht aufgeben.

Wir bemühen uns sehr, dieses Gedenken immer wieder wachzuhalten, weil wir darin auch ein Stück Parteiarbeit sehen. Denn die Geschichte der Revolutionären Sozialisten ist aus der Parteigeschichte nicht wegzudenken, sie gehört mit dazu.

Als zweite Aufgabe haben wir uns schon vor 26 Jahren vorgenommen, das mahnende Gewissen der Partei zu sein. Es ist das heute in den Begrüßungsansprachen schon öfter erwähnt worden, und wir wurden aufgefordert, das mahnende Gewissen zu bleiben. Ja, wir wollen es auch bleiben, und wir beobachten ganz genau die Entwicklung, wir registrieren die antisemitischen und die neofaschistischen Bestrebungen, und wir haben auch deshalb, als im Jahre 1971 eine sozialistische Regierung bestellt wurde, beim Innenminister Genossen Otto Rösch vorgesprochen, um ihm die Sorgen vorzutragen, die wir um den Bestand unserer Republik haben. Nur diese Sorge zwingt uns immer wieder, unsere mahnende Stimme zu erheben.

Wir waren im Jahre 1972 wieder bei Genossen Rösch — es war auch Genosse Broda anwesend —, und wieder haben wir unsere Sorge um die Republik und die Freiheit, die noch immer bedroht ist, bei den beiden Genossen zum Ausdruck gebracht. Wir verstehen schon, daß unsere Minister, die diese Ressorts zu verwalten haben, über den Rahmen der bestehenden Gesetze nicht hinausgehen können. Aber wir stehen auf dem Standpunkt: Wenn die Gesetze nicht ausreichen, um die Menschen zu fassen, welche die Demokratie wieder untergraben und zerstören wollen, dann müssen eben im

* Vgl.: a. a. O. Seiten 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31.

Parlament Gesetze geschaffen werden, die es dann den Ministern ermöglichen, energisch aufzutreten.

Wir haben auch ungezählte Protestschreiben an die verschiedensten Stellen gerichtet, und wir sind auch in einer anderen Richtung das mahnende Gewissen und bleiben sehr aufmerksam.

Weil wir beobachten konnten, daß in den letzten Jahren der 12. Februar nicht mehr der Tag ist, an dem es für sozialistische Organisationen eine Selbstverständlichkeit ist, daß sie kein Gschnasfest und keine Faschingsveranstaltung ansetzen, haben wir an die verschiedenen Stellen und Organisationen geschrieben und gebeten, den 12. Februar insofern aus all dem Trubel herauszuhalten, daß wenigstens von den Organisationen keine derartigen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Jetzt kommt eine schwere Aufgabe für mich. Wir haben gleich zu Beginn unserer Tagung durch die Genossin Rosa Jochmann erfahren, wie viele Genossinnen und Genossen in den zwei Jahren von uns geschieden sind. Unser Kreis wird immer kleiner, wie werden auch immer älter, und unsere Stimme wird immer schwächer — aber sie darf nicht verstummen. Solange noch ein einziger Freiheitskämpfer lebt, darf diese mahnende Stimme, um der Freiheit und um der Demokratie willen, für die so viele von unseren Besten ihr Leben eingesetzt haben, nicht verstummen, auch wenn sie noch so schwach ist.

Wir werden älter, und wir hätten alle ein Anrecht, uns jetzt nach dem bewegten Leben, das unsere Generation in all den Jahren von den Kindheitstagen an geführt hat, zur Ruhe zu setzen. Genosse Proksch meinte, wir säßen jetzt in der Loge, um alles zu beobachten. Das stimmt gar nicht, denn wir kommen doch immer wieder zu unseren Genossen, unseren 65jährigen — und das sind ohnehin die jungen — bis zu den 80jährigen, und fordern sie auf: Du darfst nicht aufhören, du mußt mittun, wir brauchen dich, wir brauchen deine Stimme, wir brauchen deine Mitarbeit. Es wird manchesmal die Frage an uns gerichtet: Wann endlich hört ihr auf? Im ASVG ist eine Altersgrenze vorgesehen, bei deren Erreichung Arbeiter und Angestellte in Pension gehen können. Bei euch im Kreis der Freiheitskämpfer gibt es diese Altersgrenze nicht? Nein, die gibt es nicht, wir müssen von den Alten und Ältesten immer wieder verlangen, daß sie mittun, daß sie weiter mit uns für die Ziele arbeiten, die wir uns selbst gesetzt haben.

Viele von uns würden sich brennend gern ganz zur Ruhe setzen, sich wirklich einmal „in die Loge" hineinsetzen, um zu sehen, was ringsherum geschieht —, aber sie bringen es dann doch nicht zusammen. Eine Genossin, die schon über 80 Jahre alt ist, wollte sich zur Ruhe setzen, und ich habe nicht den Mut gehabt — dazu gehört wirklich großer Mut —, ihr zu sagen: Du kannst uns doch nicht im Stich lassen! Ich habe es zur Kenntnis nehmen müssen. Aber eines Tages ist sie gekommen und hat einfach erklärt: Ich kann nicht aufhören, ich muß doch weitermachen. Seht ihr, das ist es dann wieder, was uns alle zwingt, weiterzumachen, und uns den Mut gibt, dies auch von den anderen zu verlangen. Immer stehen unsere Kampfgefährten vor uns, mit denen wir im Schützengraben des Klassenkampfes jahrelang ohne Ablösung gelegen haben. Und wenn wir uns erinnern, wie viele gefallen sind, dann wissen wir, daß es unsere Verpflichtung ist, alles daranzusetzen, damit das furchtbare Leid, das Generationen erleben mußten, nicht mehr wiederkommt.

Und die dritte Aufgabe, die wir uns gestellt haben, das ist die Sorge um die Opfer und ihre Hinterbliebenen. Auch hier darf ich mich kurz fassen. Erstens, weil ein ausführlicher Bericht in unserem Berichtsheft enthalten ist, und zweitens, weil unser Experte für Opferfragen, Genosse Bernstein, im Saale ist, und ich hoffe, daß er in der Diskussion zu dem Problem das Wort ergreifen wird. Auch hier wieder sind im Telegrammstil einige Punkte herauszuheben. Wir haben im Jahre 1971 bei unserer Bundeshauptversammlung einen ganzen Katalog von Forderungen aufgestellt, denn wir waren damals bei der 21. Novelle zum Opferfürsorgegesetz angelangt, die noch viele Lücken offen gelassen hatte. Wir waren dabei, die 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz vorzubereiten und haben im Sozialministerium über sie verhandelt. Wir haben bei unserem Genossen Häuser

„Ich erlaube mir, Ihnen allen meine herzlichsten Grüße auf diesem Wege zu übermitteln, und wünsche Ihnen für den Verlauf der Hauptversammlung ein recht gutes Gelingen ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Bautenminister Genossen Sepp Moser

ein offenes Ohr gefunden, genauso wie wir vorher bei Genossen Proksch offene Türen gefunden haben — und das gilt natürlich auch für unseren Genossen Maisel. Nur so ist es möglich gewesen, daß wir heute schon 22 Novellen haben, die immer Verbesserungen in der Opferfürsorge brachten.

Die 22. Novelle hat viele Lücken geschlossen — nicht alle, aber sehr viele. Das Leben im Verborgenen wurde bisher nach dem Gesetz nur anerkannt, wenn „menschenunwürdige Bedingungen" nachgewiesen werden konnten. Was das für die Menschen bedeutet hat, die im Untergrund leben mußten, wo aber die „menschenunwürdigen Bedingungen" nicht nachgewiesen werden konnten, das weiß unser Genosse Bernstein am besten, weil an ihn diese Fälle immer wieder herangetragen worden sind. Und von uns kann ich wirklich sagen: Wir versorgen ihn reichlich mit Arbeit. Durch die 22. Novelle ist die Einschränkung auf „ein Leben unter menschenunwürdigen Bedingungen" gefallen, und es haben jetzt alle, die nachweisen können, daß sie im Verborgenen leben mußten, den Anspruch nicht nur auf den Opferausweis, sondern auch auf eine Entschädigung für diese Zeit.

Rudolfine Muhr

Die Haftentschädigung an Eltern war bisher an bestimmte Bedingungen geknüpft; jetzt sind auch diese gefallen. Die Eltern haben nun nach Kindern, die Opfer geworden sind, für die Zeit der Haft auf jeden Fall Anspruch.

Die Erhöhung der Opferrenten und die Erhöhung der Witwenbeihilfe ist für viele Menschen eine wirkliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation.

Freilich, alle diese Verbesserungen sind spät gekommen. Aber wir haben ja auch erst seit 1970 eine sozialistische Regierung, und früher war es ja auch für unsere sozialistischen Sozialminister wesentlich schwieriger, unsere Wünsche zu erfüllen, unsere Forderungen durchzusetzen, weil wir ja immer auch mit den anderen rechnen und verhandeln mußten. Wir bedauern nur, daß so viele Menschen diese Verbesserungen nicht mehr erleben konnten, auf die sie sehnlichst gewartet haben.

Jetzt haben wir wieder Wünsche im Sozialministerium eingereicht. Wir haben bei diesen unseren Forderungen darauf hingewiesen, daß die Gewerbetreibenden und die Bauern wünschen, wieder die Leistungen der Gebietskrankenkassen in Anspruch nehmen zu können, weil diese Leistungen bedeutend besser sind als die Lei-

stungen ihrer Krankenkassen. Früher konnten sie die Leistungen der Gebietskrankenkassen in Anspruch nehmen, weil es weder eine Selbständigenkrankenkasse noch eine Bauernkrankenkasse gegeben hat.

Als Härte empfinden wir auch, daß bei älteren Menschen, wenn ein Verschlimmerungsantrag gestellt wird, sehr genau untersucht wird, ob die Verschlimmerung im kausalen Zusammenhang mit dem Haftleiden steht. Wie Ärzte das fertigbringen, ist mir unerklärlich: Soundso viel Prozent sind kausal, soundso viel sind es nicht. Meistens werden Altersgründe angeführt. Es handelt sich dabei um Menschen, die für die Bewegung, für die Freiheit, für die Demokratie Leben und Gesundheit eingesetzt haben. Darum verlangen wir schon seit vielen Jahren, man möge nicht nach der Kausalität suchen, wenn Opfer des Faschismus, die einen Gesundheitsschaden erlitten haben, in hohem Alter einen Verschlimmerungsantrag stellen, sondern man soll den gesamten Gesundheitsschaden berücksichtigen und danach die Opferrente bemessen.

Wir haben aber auch zwei neue Probleme, die Genossen aus Niederösterreich haben bereits einen Antrag gestellt, wie diese Probleme gelöst werden sollen. Wir bekommen unendlich viele Briefe von ehemaligen Österreichern, die einmal schöne Stellungen innehatten und sozial gut gestellt waren, die aber heute im Ausland leben und alt sind und nicht in den Rahmen unseres Gesetzes hineinfallen, denn meistens haben sie inzwischen die Staatsbürgerschaft des Gastlandes angenommen. Außerdem hatten sie das „Glück", emigrieren zu können. sie waren also nicht in Haft. Heute sind sie alt und krank und haben keinerlei Unterstützung. Darum haben wir in unseren neuen Forderungen angeregt, es möge im Sozialministerium ein Fonds geschaffen werden, damit solche Fälle dann berücksichtigt werden können. Wir hoffen, daß Genosse Häuser einen Weg finden wird, um diesen Wunsch zu erfüllen.

Das zweite Problem: Bis zum Jahre 1960 hat es keinen Ausgleichstaxfonds gegeben. Es konnten also Opfer, wenn sie eine neue Existenz aufbauen wollten, nicht um ein zinsenfreies Darlehen ansuchen. Diesen Ausgleichstaxfonds verdanken wir unserem Genossen Proksch; wenn wir beisammensitzen, denken wir immer daran, wie gut es ist, daß dieser Fonds geschaffen worden ist. Aber bis zum Jahre 1960 gab es diese Einrichtung nicht. Wenn sich aber jemand eine Existenz aufbauen wollte und einen größeren Betrag gebraucht hatte, dann mußte er darum einreichen, daß ihm die Rente vorausbezahlt werde. Das heißt, er hat auf einen Teil seiner Opferrente verzichten müssen. Inzwischen sind mehr als 20 Jahre vergangen, und er hat ein Vielfaches von dem Betrag zurückbezahlt, den er einst bekam, aber noch immer wird die Hälfte von seiner Opferrente einbehalten. Daher haben wir die Bitte an das Sozialministerium gerichtet, daß man in solchen Fällen jetzt wieder die volle Rente zuerkennen solle.

Jetzt noch ein paar Bemerkungen zu der parlamentarischen Kommission für Entschädigungsfragen, die im Finanzministerium eingerichtet worden ist. Das ist vor allem deshalb notwendig, um einen bedauerlichen Irrtum aufzuklären, als vor einigen Monaten durch die Presse die Nachricht gegangen war, daß jedes Opfer des Faschismus 68.000 S bekommen solle. Ich kann gar nicht schildern, welche Flut von Briefen wir aus dem In- und Ausland bekommen haben, in denen diese 68.000 S reklamiert wurden. Es ist bekanntgeworden, daß mit der Bundesrepublik Deutschland das Kreuznacher Übereinkommen, nachdem wir die 12. Novelle in Österreich finanzieren konnten, erweitert werde und daß Deutschland noch einen Betrag für Entschädigungsleistungen gibt. Im Finanzministerium wurde eine parlamentarische Entschädigungskommission geschaffen, in der alle Entschädigungsforderungen erfaßt werden. Über die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände haben wir unsere Forderungen aufgestellt und haben verlangt: Wenn eine Entschädigungskommission über Entschädigungsfragen zu beraten hat, dann sollten die Opfer des Faschismus dort vertreten sein. Wer versteht es besser, diese Fragen zu beurteilen, als jemand, der sich mit dieser Materie seit Jahren beschäftigt. Man erklärte uns, daß dies nicht möglich sei, weil es eine parlamentarische Kommission wäre. Man hat uns dann einen Beobachter in dieser Kommission zugestanden, und die Arbeitsgemeinschaft hat Dr. Soswinski entsendet. Doch schon lange hört man von einer Arbeit der Entschädigungskommission nichts.

Wir wissen zwar, daß namens des Klubs der sozialistischen Abgeordneten Genosse Tull aus Oberösterreich in diese Kommission delegiert worden ist, aber wir wollen von dieser Konferenz aus den Wunsch aussprechen, daß vom Klub in diese Kommission unser Genosse Skritek entsendet werden soll.

Seit vielen Jahren stellen wir die Forderung, daß der Steuerfreibetrag — damals haben wir 346 S im Monat absetzen können, jetzt sind es 546 S monatlich — auf jährlich 10.000 S erhöht werden soll. Wir haben diese Forderung am 16. Juni 1972 dem Finanzminister überreicht und meinen, daß es im Rahmen der Steuerreform doch möglich sei, diesen Wunsch zu erfüllen.

Was wir noch viel mehr begrüßen würden, wäre aber, daß dieser steuerfreie Absetzbetrag in einen festen Betrag umgewandelt wird, so ähnlich, wie dies bei den Kriegsauszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg der Fall ist. Dann hat jeder Inhaber eines Opferausweises oder einer Amtsbescheinigung ein Anrecht auf diesen Betrag. Das wäre für unsere Kreise ein Vorteil, weil unsere Mitglieder zu jenen Menschen gehören, die auf Grund ihres niedrigen Einkommens am wenigsten Steuer bezahlen. Sie haben von dem Absetzbetrag nichts, ob er jetzt 6552 S oder 10.000 S ausmacht. Die Frage ist noch offen, und wir haben daher auch im Berichtsheft einen Antrag, in dem wir den Finanzminister ersuchen, diese Forderung endlich zu erfüllen.

Ein wenig zumindest muß ich mich nun mit dem Organisatorischen beschäftigen. Wer sich die Mitgliedertabelle ansieht, wird finden, daß unser Mitgliederstand nicht um die Zahl gefallen ist, als wir Verstorbene zu beklagen haben. Das ist darauf zurückzuführen, daß es immer wieder gelingt, wenn Opfer von uns scheiden, die Frauen derselben als Mitglieder zu gewinnen.

Aber wir haben auch bei den unterstützenden Mitgliedern in diesen zwei Jahren 300 Neubeitritte erreichen können. Das ist schon eine ganz schöne Anzahl. Und wenn es auch für uns noch nicht genug ist, so ist es immerhin ein Fortschritt.

Verteidigung allein hat noch nie zu einem Erfolg geführt

Zum erstenmal ist auch ein Bericht über die Tätigkeit unserer jungen Genossen im Bund der Freiheitskämpfer zu finden. Das Kontaktkomitee hat sowohl 1971 als auch 1972 und auch im Februar 1973 Wochenendseminare abgehalten. Das ist gar nicht so leicht, und man muß das sehen, wie sehr sich diese jungen Mitarbeiter bemühen, für das Kontaktkomitee junge Menschen zu finden, die bereit sind, ein Wochenende zu opfern und zu hören, was es vor allem auf dem Gebiet des Neofaschismus und des Antisemitismus gibt. Unsere jungen Genossen haben in zwei Autobussen — das ist eine wichtige Arbeit — 80 junge Menschen nach Mauthausen geführt. Das war ein Anschauungsunterricht, den die jungen Menschen nicht vergessen werden. Ich hoffe aber, daß es uns noch in viel größerem Ausmaß gelingt, solche Gedenkfahrten zu organisieren, wenngleich ich bereits erwähnt habe, daß wir mit Buchenwald einen Abschluß unserer großen Gemeinschaftsreisen durchgeführt haben.

Aber wenn wir auch in diesem Jahr keine größere Reise unternehmen, dann heißt das nicht, daß wir nichts zu tun haben. Neben der Alltagsarbeit haben wir auch die Vorbereitungen für einen besonderen Gedenktag durchzuführen: Den 12. Februar 1974 — da werden es 40 Jahre her sein, daß in Österreich Schutzbündler mit der Waffe in der Hand auf den Barrikaden standen, um die Republik, um die Freiheit zu verteidigen. Wie uns bekannt ist, beschäftigt sich auch die Partei mit dem 12. Februar 1974. Wir haben einen diesbezüglichen Antrag in unserem Heft, und würden es sehr gerne sehen, wenn die Partei den Beschluß faßte, das Jahr 1974 zum „Jahr des Februar 1934" zu erklären.

Nachdem wir nur ein kleiner Kreis sind, müssen wir schon nach der Bundeshauptversammlung damit beginnen, die Teilnahme an dieser großen Gedenkkundgebung vorzubereiten. Unsere Aufgabe ist nach wie vor, unsere eigenen Genossen zu mobilisieren und sie aufzufordern, an Veranstaltungen teilzunehmen, unsere Aufgabe ist es vor allem, in den Bezirken und in den Ländern alle Sozialisten aufzufordern, gerade im Jahre 1974 nicht darauf zu vergessen, wem sie es zu verdanken haben, wieder in einem freien Land leben zu dürfen.

Und nun haben wir noch einen Antrag in unserem Heft — den Antrag Nr. 1, in dem wir fordern, daß die Gestaltung einer Sendung über die Februartage 1934 nur mit uns durchgeführt werden soll. Wir wollen nicht noch einmal erleben, was die Genossin Rosa Jochmann und auch andere Diskussionsredner erwähnt haben, daß eine ähnliche Sendung herauskommt, wie zum 12. März 1938. Es soll die Sendung gemeinsam mit jenen gemacht werden, die die Träger dieses Kampfes gewesen waren. Wir wollen uns auch an unsere Abgeordneten wenden, die im Aufsichtsrat des ORF vertreten sind, damit sie mithelfen, diesen Wunsch durchzusetzen. Ich habe bei der Sendung für den März 1938 — ich habe mich gezwungen (!), die Sendung bis zum Schluß anzusehen — dasselbe Empfinden gehabt, wie alle anderen. Wir sind nicht aufgefordert worden, jemanden zu stellen, der das alles miterlebt hat und der die Dinge von einer anderen Seite hätte beleuchten können! Aber eines hat diese Sendung auch gezeigt: Wieviel Arbeit es für uns noch zu leisten gibt. Denn wenn diese bürgerliche Frau sagt, sie hat das Gefühl gehabt, „der Führer" habe sie angeschaut, und sie dann auf die Frage, wie lange die Begeisterung gedauert habe, antwortet, bis zum Jahre 1944, dann muß ich doch sagen: Die muß blind und taub gewesen sein! Sie ist sicher nicht die einzige. Sie hat nichts davon gesehen, was den jüdischen Geschäftsleuten in Österreich angetan wurde, sie hat nichts davon gesehen, wie man mit Widerstandskämpfern umgegangen ist, sie hat von all dem nie etwas gehört. Und sie hat auch nach 1945 nichts davon gehört. Sie war sicher noch nie im Landesgericht Wien, einer einzigen Hinrichtungsstätte, wo auf der Tafel die Namen von 600 Menschen stehen, die dort hingerichtet worden sind, weil sie Widerstand geleistet haben.

Und die junge Frau, die heute noch begeistert ist, von der habe ich das Gefühl gehabt: Die ist sicher noch in den Windeln gelegen, als das namenlose Unglück über uns hereingebrochen ist.

Aber uns zeigt es, daß wir noch viel aufmerksamer alle Sendungen im Fernsehen und im Radio beobachten und auch hier unsere Stimme gegen diese einseitige Berichterstattung erheben müssen.

„Mit den besten Wünschen für einen erfolgreichen Verlauf der Bundeshauptversammlung verbinde ich meine aufrichtigsten Grüße an alle Teilnehmer, die ich auch namens der Bundeshauptstadt Wien herzlich willkommen heiße ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Bürgermeister Genossen Felix Slavik

Genosse Pittermann hat an die Solidarität erinnert. Ich bin zwar überzeugt, alle, die hier sitzen, haben ihr ganzes Leben Solidarität geübt; denn anders wäre es nicht möglich gewesen, alles zu bewältigen, was an uns herangetragen worden ist. In der Resolution II verweisen wir auf die Sammlung für Vietnam, die die Junge Generation durchführt. Und nun, liebe Genossinnen und Genossen, eine Bitte: Wir sind heute hier versammelt, und es wäre eine sehr schöne Geste, wenn wir — jeder nach seinen Möglichkeiten — eine Spende für Vietnam geben wollten. Unsere jungen Genossen werden nach dem Mittagessen die Spenden entgegennehmen und diese mit dem Hinweis der Jungen Generation übergeben, daß sie von den Sozialistischen Freiheitskämpfern gesammelt worden sind.

Draußen in der Halle ist eine Ausstellung über Spanien zu sehen, eine erschütternde Ausstellung. Es ist Genosse Schneeweiß hier, der selber ein Spanienkämpfer ist. Vielleicht wird er auch ein paar Worte dazu sagen. Aber er wird auch gerne bereit sein, da und dort zu erklären, was dem einen oder anderen nicht ganz verständlich sein sollte.

Genossinnen und Genossen! Zum Schluß möchte ich nur sagen, was uns das Recht und den Mut gibt, immer wieder von unseren Funktionären zu verlangen, auch jetzt noch ihren Beitrag zu allem zu leisten, was notwendig ist. Es gilt nicht allein, Freiheit und Demokratie zu erhalten, sondern es gilt auch, mit dazu beizutragen, daß die Jugend so erzogen wird, damit sie dereinst der Träger der Gesellschaft sein wird. Wir aber waren revolutionäre Sozialisten, wir sind revolutionäre Sozialisten und wir werden revolutionäre Sozialisten bleiben. Darum können wir nicht aufgeben, können wir nicht aufhören, werden wir mahnen und warnen und werden wir unsere ganze Erfahrung unseren jüngeren Genossinnen und Genossen zur Verfügung stellen. Wir hoffen nur, wenn wir die junge Generation rufen, daß sie den Ruf hört. Denn es liegt in ihrem eigenen Interesse, wie sich die Verhältnisse entwickeln. Wir können heute nur mehr raten, nur mehr mahnen und warnen; die Freiheit erkämpfen, die Demokratie erkämpfen müssen die Jungen selber — jeden Tag aufs neue!

Es folgte nun der Bericht des Kassiers, den Genosse Alfred Billmaier erstattete. Er führte unter anderem aus:

Wir haben in der Berichtsperiode sehr sparsam gewirtschaftet; das war notwendig. Unsere Aufgaben und Pflichten, soweit das die finanzielle Seite betrifft, in den Jahren 1971 bis 1973 haben wir nur so erfüllen können. Denn es liegt in der Natur unserer Organisation, daß wir mit den Mitgliedsbeiträgen allein nicht ausgekommen wären. Wir haben daher Spenden und Subventionen erhalten, für die ich von dieser Stelle aus nochmals unseren Dank ausspreche.

Zum Schluß möchte ich allen Genossinnen und Genossen, die mitgeholfen haben, unsere Finanzen so gut in Ordnung zu halten, recht, recht herzlich danken, wobei ich feststellen kann, daß wir eine hundertprozentige Kassierung erreicht haben.

Nachdem noch Genosse Johann Haas namens der Kontrolle seinen Bericht erstattet hatte, wurde dem Bundesvorstand und dem Kassier einstimmig die Entlastung erteilt. Dann wurde die Tagung unterbrochen.

*

Die Beratungen wurden am Nachmittag wieder aufgenommen. Die Diskussion zu den Berichten der Genossin Rudolfine Muhr, des Genossen Alfred Billmaier und des Genossen Johann Haas wurde beschlußgemäß gemeinsam geführt, und der Vorsitzende, Genosse Manfred Ackermann, erteilte dem ersten Genossen, der sich zu Worte gemeldet hatte, das Wort.

Paul Bernstein

Zur Frage der Krankenkassen möchte ich sagen, daß sich die Situation für viele dadurch verschlechtert hat, als sie von der Gebietskrankenkasse abgezogen wurden. Es ist klar und verständlich, daß man das System der Krankenkassen nicht zerstören kann, aber es wurde gerade vor kurzem eine geeignete Formulierung gefunden. In einem Gesetz, das Beispielsfolgerungen auch für uns nach sich ziehen könnte, nämlich in dem sogenannten Blutopfergesetz (das ist ein Gesetz, das geschaffen wurde, um Personen, die Opfer von Verbrechen geworden sind, zu entschädigen und ihnen Hilfe zu gewähren), ist formuliert, daß diejenigen Krankenkassen, denen der Betreffende angehört, Leistungen nach den Satzungen der Gebietskrankenkasse zu erbringen haben. Ich glaube, es würde für uns völlig ausreichen, wenn wir ein ähnliches Gesetz bekämen, das etwa sagen würde: Bitte, du gehörst einer anderen Krankenkasse an; aber wenn du willst — verschlechtern wollen wir es nicht —, kannst du wahlweise auch zu den Satzungen der Gebietskrankenkasse greifen.

Zwei weitere Punkte, die mir am Herzen liegen, möchte ich noch erwähnen. Der eine betrifft eine Gruppe, die oft übersehen wird, das sind die Zigeuner. Ich glaube, daß man ihnen doch auch ermöglichen sollte, einen Opferausweis zu bekommen, wenn sie in Lackenbach waren. Es ist in der letzten Novelle gelungen, daß Emigranten auf einen Opferausweis Anspruch haben. Es müßte möglich sein, auch für Lackenbach den Opferausweis zu bewilligen, um diesen Personenkreis aus dem Ausgleichstaxfonds zu betreuen.

Der zweite Punkt wäre, daß wir analog zu dem bereits in der letzten Novelle durchgesetzten Standpunkt, daß Härteausgleich nur vom Sozialminister zu gewähren ist und man nicht mehr die Finanzministeriumsbeamten fragen muß, wie es bisher praktisch der Fall gewesen ist, jetzt auch auf die Nachsichtsfälle ausdehnen sollte. Ich glaube, hier wäre eine Möglichkeit, zumindest eine Verkürzung des Weges zu erreichen, die manchem dienlich wäre.

Bei dieser Gelegenheit mache ich auf den Ausgleichtaxfonds aufmerksam. Er eröffnet uns viele Möglichkeiten. Davon soll man Gebrauch machen. Es sind also Möglichkeiten für zinsenlose Darlehen da, die nicht nur den Opfern, sondern auch deren Kindern oder Witwen gewährt werden können, wobei der Begriff der Kinder ohne zeitliche Limitierung ist; das Kind kann also unter Umständen auch 60 Jahre alt sein und kann ein Darlehen oder eine Aushilfe bekommen. Aber die Ansuchen wären dann bitte so zu formulieren, daß wirklich damit etwas gemacht werden kann. Das gilt auch für Aushilfen. Es soll nicht geschrieben werden: Ich habe als Einkommen nur die Unterhaltsrente, ich bitte, die mir halbjährlich zustehende Unterstützung zu überweisen. Das genügt nicht, sondern man muß schon anführen, wofür man die Aushilfe haben will. Wenn einer arm ist, weiß man ja genau, daß er Kleidung braucht.

Wenn Zweifel bestehen, soll trotzdem ein Antrag gestellt werden, denn ohne Antrag kann man nicht aktiv werden; klärt eure Referenten entsprechend auf. Wir haben vor Jahren bereits in dieser Richtung einen Kursus abgehalten, selbstverständlich würden wir das immer weiter tun.

Da noch keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erteilte Genosse Manfred Ackermann dem Genossen Dr. Schneeweiß das Wort.

Liebe Genossen! Ich spreche für die Spanienkämpfer. Vor allem danke ich euch, daß es möglich gewesen ist, im Vorraum dieses Hauses der Begegnung in Döbling unsere Wanderausstellung zu zeigen. Ich möchte nur einige Worte zu dieser Ausstellung und zum spanischen Bürgerkrieg überhaupt sagen.

Es ist vielfach unbekannt, daß im spanischen Bürgerkrieg weit mehr Schutzbündler gefallen sind als in den Februarkämpfen. Im spanischen Bürgerkrieg gab es in den Internationalen Brigaden, die eine Stärke von 35.000 Mann gehabt haben, 1700 Österreicher, die für die Freiheit der spanischen Republik eingetreten sind; davon sind 700 in Spanien gefallen.

Diese Wanderausstellung wollen wir an verschiedenen Orten in Österreich, an verschiedenen Punkten in Wien, aufstellen, und die große Sozialistische Partei

Dr. Josef Schneeweiß

braucht sich ihrer Vergangenheit nicht zu schämen. Auch das österreichische Volk — um einen Satz von Friedrich Engels im Vorwort zum „Deutschen Bauernkrieg" abzuwandeln — hat eine revolutionäre Vergangenheit; denken wir an die Bauernkriege, denken wir an Stefan Fadinger, an den März 1848, an die Februarkämpfe, an die Revolutionären Sozialisten und nicht zuletzt an den Kampf der österreichischen Freiwilligen in Spanien.

Daß die österreichische Reaktion aller Schattierungen kein Interesse daran hat, irgendwie davon zu sprechen, daß man an den Mittelschulen ebenfalls kaum etwas davon erfährt, das versteht sich doch von selbst. Aber wir, als die fortschrittliche Partei Österreichs, dürften doch über die Opfer, die Österreich im weiteren Sinne im Kampf gegen den Faschismus gebracht hat, nicht schweigen.

Das Bild, das der Spanienreisende aus Österreich heute gewinnt, trügt natürlich. Wohin kommt er? Er kommt an die Mittelmeerküste, er sieht dort große Hotels und ein bescheidenes Maß einer gewissen Wohlhabenheit, weil das die wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Gebiete Spaniens sind. Wenn man in das Innere geht, in die landwirtschaftlichen Gebiete oder in die Industriegebiete, dann sieht man das Elend. Wir hätten natürlich einen Wunsch: Meine Organisation, die Vereinigung der österreichischen Freiwilligen der spanischen Republik, wird zwangsläufig immer kleiner. Wir hätten es gerne, wenn eine Straße oder ein Platz in Wien nach den Internationalen Brigaden benannt würde oder daß man, wenn das nicht möglich sein sollte, zumindest eine Straße oder einen Platz nach dem berühmten spanischen Dichter Garcia Lorca benennt, der von den Faschisten im Juli 1936 ermordet wurde, ein Mann, dessen Name in jeder Literaturgeschichte steht und den auch eigentlich die ÖVP gezwungen wäre zu ehren.

Vergessen wir nicht, daß der Faschismus in Spanien, der sich jetzt in ein autoritäres Regime umgewandelt hat, noch immer eine Bedrohung der Arbeiterbewegungen in Westeuropa darstellt, denn mit einem Auge blinzelt die europäische Reaktion noch immer dort hinunter. Und vergessen wir noch eines nicht: Von den 300 Millionen Westeuropäern leben 50 Millionen in

faschistischen Staaten, nicht nur in Spanien, sondern auch in Portugal und in Griechenland.

Daß die USA, die stärkste reaktionäre Macht auf der ganzen Welt, Franco-Spanien unterstützen, ist allgemein bekannt. Es gibt einen internationalen Klassenkampf, es gibt einen Klassenkampf hier in diesem Land zwischen arm und reich und es gibt einen Klassenkampf in der ganzen Welt. Unser Platz ist jedenfalls auf der Seite der spanischen Antifaschisten.

Nachdem noch Genosse Rudolf Fiedler daran erinnert hatte, unter welchen Gefahren und Schwierigkeiten die Revolutionären Sozialisten seinerzeit bemüht waren, die illegale „Arbeiter-Zeitung" zu verbreiten, appellierte er an alle Genossinnen und Genossen, sich auch heute ihre eigene Meinung zu bilden und sich nicht von der Boulevardpresse beeinflussen zu lassen. Dann ergriff Genossin Muhr nochmals das Wort.

Rudolfine Muhr

Genossen und Genossinnen! Schlußwort brauche ich keines zu halten, denn ich kann nur alles unterstreichen, was hier gesagt worden ist: Die Ergänzungen, die Genosse Bernstein vorgenommen hat, begrüße ich ebenso wie das, was Genosse Schneeweiß hier über den spanischen Bürgerkrieg erwähnt hat; natürlich auch die Worte unseres Genossen Fiedler. Wir bemerken es auch in der Straßenbahn, daß viel mehr die „Kronen-Zeitung" und der „Kurier" gelesen werden und sehr selten die „Arbeiter-Zeitung". Das ist ein Erziehungsproblem.

Genosse Marsch hat davon gesprochen, daß das Karl-Renner-Institut gegründet worden ist, welches eine Bildungsstätte für den politischen Nachwuchs sein soll. — Nun haben wir von diesem Institut eine Einladung bekommen, denn am 16. und 17. April — und darüber können wir uns ja sehr freuen — wird eine Studienkonferenz „Neofaschistische Gefahren und reaktionäre Tendenzen in der Gegenwart" abgehalten werden. Diese Studienkonferenz findet in Neuwaldegg statt. Es besteht die Möglichkeit, daß sich Genossen und Genossinnen für diese Studienkonferenz anmelden, und es wäre sehr zu begrüßen, wenn unser Jugendkontaktkomitee — soweit es die Zeit erlaubt, denn leider ist das kein Wochenende — diese Studienkonferenz besuchen würde. Auch aus unserem Kreis sollten einige Genossen und Genossinnen dort anwesend sein.

Es ist sehr erfreulich, daß das Karl-Renner-Institut dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, und wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es nicht das einzige Mal ist, daß dieses Thema behandelt wird und daß nach und nach alle Hörer dieses Karl-Renner-Instituts auch mit diesen Fragen konfrontiert werden. Das habe ich vergessen zu sagen, daher hole ich es nach.

„Gerade in unserer Zeit, da die Erinnerung an das Erlittene schon im Verblassen ist und neue Gefahren, oft gut getarnt, an uns herankommen, ist das Wirken des Bundes der Freiheitskämpfer um so größer und bedeutungsvoller ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Vizebürgermeister Genossin Gertrude Fröhlich-Sandner

Damit war dieser Punkt der Tagesordnung abgeschlossen, und der Vorsitzende Genosse Manfred Ackermann gab bekannt, daß Genosse Bindel, der als Vertreter der „Kinderfreunde" an der Bundeshauptversammlung hätte teilnehmen sollen, erkrankt wäre und sich entschuldigen lasse. Er wünschte dem Genossen Bindel recht baldige Genesung.

Anschließend kam noch Genosse Eduard Schlesinger zu Wort, der namens der Mandatsprüfungskommission berichtete, daß 147 ordentliche Delegierte gemeldet wurden und zusammen mit den Gastdelegierten und Gästen 278 Delegierte eingeladen worden waren. An der Bundeshauptversammlung nehmen heute 137 ordentliche Delegierte und 92 Gastdelegierte oder Gäste teil.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission wurde zur Kenntnis genommen und der Vorsitzende dankte dem Genossen Schlesinger für seinen Bericht. Dann erteilte er dem Genossen Josef Hindels das Wort und ersuchte ihn, sein Referat zu beginnen.

Wachsam bleiben — den Anfängen wehren

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit Jahren mahnen die Freiheitskämpfer zur Wachsamkeit, seit Jahren wird bei jeder Gelegenheit betont, wie notwendig es ist, faschistischen, antidemokratischen Erscheinungen rechtzeitig und entschieden entgegenzutreten.

Aber so richtig diese Forderung ist — und wir müssen sie immer wieder und wieder erheben —, so müssen wir uns doch auch über eines im klaren sein: Jede Wiederholung ist mit der Gefahr verbunden, daß unsere Forderung zum Klischee erstarrt, daß sie zur Phrase wird. Deshalb möchte ich an die Spitze meines Referates den Versuch stellen, die beiden Begriffe, die wir da immer wieder verwenden, „Wachsam sein" und „Den Anfängen wehren", zu erläutern, zu sagen, daß sie weit über das hinausgehen können und sollen, was sie sprachlich bedeuten.

Wachsam sein heißt aufpassen auf etwas, das geschieht; in unserem Fall also aufpassen auf Aktivitäten von faschistischer, von antidemokratischer Seite. Die Wachsamkeit ist aber eine defensive Haltung, die aber unbedingt notwendig ist. Nur glaube ich, und das ist ein Grundanliegen meines Referates, daß es außer dieser defensiven Wachsamkeit auch eine offensive geben muß. Unter offensiver Wachsamkeit verstehe ich, nicht bloß zu reagieren, wenn etwas geschieht, was zum Protest herausfordert, sondern zu versuchen, ein Klima zu schaffen, in dem faschistische Erscheinungen entweder überhaupt nicht entstehen können oder, wenn sie entstehen, sofort erkannt und bekämpft werden.

Nun zum zweiten Begriff: „Den Anfängen wehren!" Darunter verstehen wir, daß man sich auch dann gegen faschistische Erscheinungen wehrt, wenn es sich um winzige Gruppen handelt. Das heißt also: Nicht warten, bis sie größer geworden sind. In diesem Sinn ist das „Den Anfängen wehren!" unbedingt notwendig.

Aber man kann es auch in einem viel weitergehenden Sinn verstehen, und auf den will ich vor allem aufmerksam machen. „Den Anfängen wehren!", das heißt, sich mit Gedanken, Tendenzen oder Verhaltensweisen rechtzeitig auseinanderzusetzen, die zwar noch lange nicht als faschistisch oder neofaschistisch zu bezeichnen sind, die sich aber dazu entwickeln können. „Den Anfängen wehren!" heißt, den „inneren Hitler" auch dort zu bekämpfen, wo er scheinbar nur in peripheren Erscheinungen zum Ausdruck kommt. Wenn beispielsweise eine antisemitische Bemerkung fällt, so muß das noch lange keine akute faschistische Gefahr sein; es kann sich sogar herausstellen, daß derjenige, der diese antisemitische Bemerkung gemacht hat, zumindest kein bewußter Faschist ist. Aber „Den Anfängen wehren!" heißt, nicht dazu zu schweigen, sondern sofort dagegen auftreten. Dieses Entgegentreten muß keineswegs in physischer Form erfolgen, sondern man kann entgegentreten in einer geistigen Auseinandersetzung.

Bei allen Diskussionen, die über Gesundheitsfragen geführt werden, wird von allen Ärzten gesagt, wie wichtig die Vorbeugemedizin ist. Die Ärzte betonen, die Aufgabe der Medizin sei es, nicht bloß zu warten, bis Menschen krank werden, bis Symptome der Krankheiten zu sehen sind, um sie dann zu heilen, sondern die entscheidende Aufgabe der Medizin, insbesondere der Sozialmedizin ist es, vorbeugend zu wirken und solche Verhältnisse zu schaffen, unter denen Krankheiten womöglich nicht entstehen oder rechtzeitig entdeckt werden können.

Und einen solchen vorbeugenden Antifaschismus brauchen wir meiner Ansicht nach in Österreich mehr denn je! Nicht warten, sondern rechtzeitig vorbeugen!

Es ist oft die Frage gestellt worden, vor allem an die Sozialistischen Freiheitskämpfer, ob sie nicht die faschistische Gefahr überschätzen, aufbauschen. Jedesmal, wenn ich in einer Zeitung einen Artikel schreibe, der sich mit Fragen des Faschismus und Neofaschismus auseinandersetzt, bekomme ich eine Reihe von Telephonanrufen — ich erwähne natürlich nicht die anonymen Telephonanrufe mit ihren ordinären Beschimpfungen —, aber es rufen auch Menschen an, die ihren Namen sagen, sich oft als Parteimitglieder deklarieren, und die mir dann in einem freundschaftlichen Gespräch sagen: „Genosse Hindels, du übertreibst! Vielleicht hast du irgendwo recht, aber im großen und ganzen übertreibst du! Es gibt doch in dem Österreich der Zweiten Republik keine ernstzunehmende faschistische Gefahr!"

Ich erinnere mich an eine Diskussion mit einem Parteifunktionär, der mir einmal gesagt hat: Du und einige andere — die „anderen" hat er zwar nicht mit Namen genannt, aber ich wußte sehr genau, wen er meinte —, ihr seid in der Vergangenheit steckengeblieben! Er hat dann noch versucht, das psychologisch zu erklären, indem er gemeint hat: Menschen, die so Entsetzliches durchgemacht haben, können sich von der Vergangenheit einfach nicht lösen, da ist ein Trauma zurückgeblieben; in Wirklichkeit aber existiere eine ernstzunehmende faschistische Gefahr nicht.

Wie mißt man aber die Größe einer faschistischen Gefahr? Genossin Muhr hat in ihrem Bericht unter anderem erwähnt, daß die Vertreter der Opferverbände vor kurzem mit den beiden Ministern, die für diese Fragen zuständig sind, also mit dem Justizminister und dem Innenminister, darüber lange gesprochen haben. Das Ergebnis der Gespräche hat die Genossin Muhr in sehr nobler Weise angedeutet: Es ist nicht allzu viel dabei herausgekommen.

In diesem Zusammenhang habe ich mich an eine Aussprache beim Innenminister erinnert — das war nicht der gegenwärtige, sondern einer seiner Vorgänger —, bei der auch von der faschistischen Gefahr in Österreich die Rede war. Und da hat dieser Innenminister ununterbrochen Ziffern zu schreiben begonnen. Dann begann er, diese Ziffern vorzulesen: Es waren das Ziffern über die Mitgliederzahlen neofaschistischer Organisationen, soweit sie ihm von der Staatspolizei bekanntgegeben wurden. Der Minister hat diese Ziffern addiert — ich weiß heute nicht mehr, wie hoch die Summe war; es dürften so ungefähr um die 3000 bis 4000 gewesen sein — und dann triumphierend gesagt: Also das sind die Faschisten in Österreich! Und jetzt vergleicht das einmal mit der Einwohnerzahl und mit der Größe der demokratischen Parteien!"

Ich kann nur wiederholen, was ich damals gesagt habe: Das ist das typische Beispiel einer Addition, die zwar rechnerisch richtig, politisch aber völlig falsch ist!

Warum ist diese Addition politisch falsch? Weil es bei der Beurteilung der Größe der faschistischen Gefahr nicht bloß auf Ziffern ankommt — selbst angenommen, daß diese Ziffern stimmen —, sondern weil hier zwei Faktoren eine ganz entscheidende Rolle spielen, die bei einer solchen Addition überhaupt nicht berücksichtigt werden: Das ist erstens die Aktivität dieser Gruppen, die ja in den Ziffern nicht zum Ausdruck kommt, und

das ist zweitens die Zahl der Menschen in Österreich, die für faschistisches, antisemitisches, rassistisches Gedankengut anfällig sind, die dafür inklinieren, ohne einer solchen Gruppe anzugehören. Und sie sind in der Summe, die bei dieser Addition herauskommt, nicht enthalten.

Deshalb glaube ich, daß die faschistische Gefahr wesentlich größer ist als das Resultat der addierten Mitgliederziffern von faschistischen oder halbfaschistischen Organisationen.

Wir haben in letzter Zeit sehr oft gegen die NDP, die Nationaldemokratische Partei des Norbert Burger, Stellung genommen. Gerade hier in Döbling ist die NDP monatelang von einer besonderen Aktivität gewesen. Man hat uns aber immer wieder gesagt: Das ist doch eine so kleine, so unbedeutende Gruppe!

Natürlich wissen wir, daß die NDP klein ist, daß sie nicht die geringsten Aussichten bei Wahlen hat. Aber wenn es darum geht, faschistische Emotionen, rassistische Gefühle auszulösen, dann kann auch eine so kleine Gruppe eine verheerende Wirkung auslösen!

Es ist nicht uninteressant, die Schmieraktionen der NDP zu betrachten. Zum Schmieren — das wissen viele von uns aus eigenen Erfahrungen in halblegalen und illegalen Zeiten — braucht man nur ein paar Dutzend Aktivisten. Aber entscheidend ist, ob die Parolen, die geschmiert werden, auf Teile der Bevölkerung im Sinne der faschistischen und rassistischen Verhetzung wirken. Wenn man sich die Parolen der NDP anschaut — abgesehen von den Buchstaben NDP, die natürlich an das „NSDAP" erinnern sollen —, dann sieht man, daß die NDP Parolen schmiert, die eindeutig an den Fremdenhaß appellieren, an Gefühle oder Vorurteile, die bei vielen Menschen vorhanden sind, die man jedoch keineswegs pauschal als Neonazis bezeichnen kann.

Wenn ich diese Schmieraktionen der NDP betrachte, dann erinnere ich mich an den oft zitierten Ausspruch des deutschen Sozialdemokraten Kurt Schumacher, der im Reichstag der Weimarer Republik bei einer der letzten legalen Auseinandersetzungen mit den Nazis den Nazi-Abgeordneten zugerufen hat: „Der Nationalsozialismus, das ist der Appell an den inneren Schweinehund im Menschen!"

Er meinte damit den Appell an all das, was es an niedrigsten Instinkten, an primitiven Haßgefühlen, an von Generationen vererbten Vorurteilen in den Menschen gibt. Solche Appelle sind eben keineswegs ungefährlich!

Aber in letzter Zeit ist es auch dazu gekommen, daß von seiten der NDP unverhüllt zum politischen Mord aufgefordert wurde. Sie alle werden in der „Arbeiter-Zeitung" den Bericht über eine Versammlung der NDP auf der Mölkerbastei gelesen haben, wo der NDP-Redner erklärt hat: Wenn das in Österreich so weitergeht, wenn diese volksfremde Regierung auch in Zukunft Verrat am deutschen Volkstum betreibt, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eine Kugel in den Kopf geschossen wird.

Als vor längerer Zeit der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt in Tirol war, da hat die NDP ein Flugblatt mit einem Meuchelphoto von Brandt und dem Text herausgebracht: „Willy Brandt wegen Mordes an deutschen Soldaten gesucht." Also eine indirekte Aufforderung zu einem Attentat auf den deutschen Bundeskanzler. Und vor kurzem ist berichtet worden, daß der NDP-Funktionär Engelke festgenommen wurde, weil er arabische Terroristen in seinem Auto transportiert und in seiner Wohnung versteckt gehalten hatte. Wir haben es bei der NDP mit einer Organisation zu tun, die einerseits rassistische Propaganda betreibt und die andererseits eine kriminelle Tätigkeit entfaltet, die eines Tages zu katastrophalen Folgen führen könnte. Dann würden wahrscheinlich viele sagen: „Das hat man ja nicht wissen können. Es war doch nur eine so kleine Gruppe ..."

Aber es geht um mehr; es geht auch darum, daß diese NDP sich auf nazistische Gruppen an den Hochschulen und an den Mittelschulen stützt. Es geht darum, daß wir in Österreich große legale Organisationen haben, die man nicht pauschal als neonazistisch bezeichnen kann, die aber ohne Zweifel einen guten Nährboden für diese Tätigkeit der NDP abgeben. Ich will nur einige

„Das Motto Eurer diesjährigen Hauptversammlung ist eine unabweisliche und bleibende Aufgabe, getragen von der Hoffnung, daß die Menschheit vielleicht doch bereit ist, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Landtagspräsidenten Genossen Dr. Wilhelm Stemmer

nennen: Die Kameradschaftsbünde, die nach wie vor den Hitlerkrieg verherrlichen, den sogenannten Österreichischen Turnerbund, dessen „Dietwarte" die Jugendlichen in nazistischem und großdeutschem Sinn beeinflussen, und nicht zuletzt eine Organisation, die in der Öffentlichkeit sehr bekannt geworden ist (auch im Ausland) — den Kärntner Heimatdienst. Das sind große Organisationen, keine kleinen Gruppen! Und auf dem Boden solcher Organisationen haben neonazistische Aktivisten ein ideales Operationsfeld.

Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang auch über das, was sich 1972 in Kärnten ereignet hat, ein paar offene Worte gesagt werden müssen. Wir haben zuerst erlebt, daß deutschnationale und nazistische Kreise, die anfällige Gruppen der Bevölkerung mitgerissen hatten, die Ortstafeln abmontierten, also gesetzwidrige Aktionen durchführten, ohne daß die Sicherheitsbehörden eingeschritten wären. Das war eine Verhöhnung des Rechtsstaates. Es wurde offen zum Ausdruck gebracht: Es gibt in Österreich zweierlei Recht. Wenn linke Jugendliche demonstrieren, dann muß eingegriffen werden, denn bei uns hat sich jeder, wie in einem solchen Zusammenhang gesagt wurde, im Rahmen der Gesetze zu bewegen. Wenn aber Deutschnationale und Neonazi gesetzwidrige Aktionen durchführen, dann verhält sich die Exekutive passiv, dann wird nichts unternommen, um diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die die Gesetze gebrochen haben. Zu einem dramatischen Höhepunkt, der wie ein greller Blitz die faschistische Gefahr in Österreich beleuchtet, sind dann die Ereignisse in Klagenfurt geworden. Dazu, Genossinnen und Genossen, gestattet mir ein hartes Wort; wir wollen ja offen miteinander reden: Es ist in letzter Zeit in der Partei üblich geworden, daß man immer wieder von den Erfolgen spricht, die wir erreicht haben, und dann sagt: Denkt doch zurück, wie es früher war! Ich glaube, man muß diese Methode auch einmal mit negativem Vorzeichen anwenden. Ich möchte jeden einzelnen von euch, der den Faschismus erlebt hat, fragen, ob er sich im Jahre 1945 hätte vorstellen können, daß in Klagenfurt einmal laut und vernehmlich „Saujud" gebrüllt wird? Und das ist in Klagenfurt nicht einmal, sondern es ist Dutzende Male gebrüllt worden!

Das beweist doch, daß die Unbelehrbaren nicht nur weiter unter uns sind, sondern daß es ihnen gelungen ist (das konnte man beim Betrachten der Bilder feststellen), auch jüngere Menschen mit dem Gift des Nazismus und des Deutschnationalismus zu infizieren.

Ich glaube, daß es ein verhängnisvoller Fehler wäre, wenn wir über das, was sich 1972 in Kärnten ereignet hat, den Schleier des Verschweigens, des taktischen Vertuschens breiten würden: Kärnten war ein Alarmzeichen! Es ist unsere Aufgabe, dieses Alarmzeichen zu verstehen.

Wir erleben es immer wieder, daß uns bei Interventionen gegen faschistische Umtriebe — ob es sich um die NDP, die „National-Zeitung", oder um irgendwelche antisemitische Exzesse handelt — erklärt wird: Die Demokratie ist nun einmal mit einem gewissen Risiko verbunden. In der Demokratie gibt es Gesetze, und die Exekutive und die Legislative müssen sich im Rahmen dieser Gesetze halten.

Mich erinnert das an einen Artikel von Joseph Goebbels, der mit Recht als einer der größten Lügner

in die Weltgeschichte eingegangen ist. Aber auch ein großer Lügner kann einmal die Wahrheit sagen. Und im Jahre 1928 hat Joseph Goebbels im „Angriff" — das war damals die Zeitung der NSDAP in Berlin — einen Artikel veröffentlicht, der heute den Charakter eines zeitgeschichtlichen Dokuments hat.

Worum ist es damals gegangen? Die NSDAP, noch relativ schwach, hatte sich nach großen innerparteilichen Auseinandersetzungen zu der Meinung durchgerungen, daß sie die Demokratie ausnützen wolle. Es gab Nazis — fast würde ich sagen, ehrliche Nazis, obwohl mir das Wort schwer über die Lippen kommt, die gesagt haben: Das können wir doch nicht! Wir verabscheuen doch die Demokratie! Wir können auch nicht ins Parlament gehen. Wir haben doch das Parlament wiederholt als Quatschbude bezeichnet.

Joseph Goebbels hat darauf damals in diesem Artikel — geschrieben 1928 — geantwortet:

„Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für die Bärendienste, die wir ihr leisten, noch Freikarten und Diäten zu geben" — das bezog sich auf die Abgeordneten —, *„warum sollen wir das nicht benützen?"* Und Goebbels sagte wörtlich: *„Wir wollen alle gesetzlichen Möglichkeiten ausnützen, im Kampf gegen die Demokratie. Wir kommen in die demokratischen Einrichtungen, wie der Wolf in die Schafherde."*

Und damit hatte der große Lügner Joseph Goebbels die volle Wahrheit ausgesprochen. Der Aufstieg des Faschismus, vor allem des deutschen Faschismus, ist unlösbar verbunden mit dem bewußten und zynischen Mißbrauch der Demokratie.

Und da drängt sich doch von selbst die Frage auf: Haben wir nicht aus der Erfahrung gelernt? Sollten wir nicht aus dem, was sich damals ereignet hat, die Folgerung ziehen, daß wir die demokratischen Einrichtungen nicht wieder von jenen mißbrauchen lassen, die Todfeinde der Demokratie sind?

Wir werden — es liegt eine solche Resolution vor — der Partei und insbesondere dem Klub der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte sagen: **Die Sozialistischen Freiheitskämpfer haben volles Verständnis dafür, daß gegen die Feinde der Demokratie nur im Rahmen der bestehenden Gesetze vorgegangen werden soll. Aber wenn diese nicht ausreichen, dann kann es sich doch bei diesen Gesetzen nicht um „Heilige Kühe" handeln, die man nicht schlachten darf. Dann müssen die Gesetze entweder novelliert oder durch andere ersetzt werden.**

Diese Forderung ist deshalb von so brennender Aktualität, weil in der nächsten Zeit die Strafrechtsreform im Parlament behandelt wird. Der Justizminister, unser Genosse Dr. Broda, hat mehr als einmal erklärt: Es gibt in Österreich eine ganze Reihe von Gesetzen, die nicht mehr der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen; diese Gesetze müssen geändert, müssen den veränderten Verhältnissen im Lande und in der Welt angepaßt werden.

Das gilt auch für jene Gesetze, die sich mit dem Schutz der Demokratie beschäftigen. Hier wird es notwendig sein, im Strafrecht solche Bestimmungen zu schaffen, die es den Behörden möglich machen, einzugreifen. Wir müssen uns aber bei uneingeschränkter Bejahung des Rechtsstaates vor formaljuristischem Kretinismus hüten! Wir müssen uns davor hüten, auf Paragraphen zu starren, wenn die Demokratie bedroht wird. Ein solcher formalrechtlicher Kretinismus hat in der Vergangenheit zu dem geführt, was man den Selbstmord der Demokratie genannt hat. Ich glaube daher, daß diese Forderung an das Parlament eines der zentralsten Anliegen der Bundeshauptversammlung sein soll.

Wenn ich hier von der Notwendigkeit des Kampfes gegen faschistische und antidemokratische Erscheinungen gesprochen habe, dann möchte ich betonen, daß dieser Kampf auf überparteilicher Grundlage geführt werden soll. Wir müssen gemeinsam mit anderen Antifaschisten, gemeinsam mit Menschen aus den verschie-

denen Opferverbänden, gemeinsam mit allen, die Opfer des Faschismus waren, den Abwehrkampf führen! Dabei gibt es aber auch Grenzen der Überparteilichkeit.

Der offensive Antifaschismus ist unlösbar verbunden mit unserer sozialistischen Gesinnung. Und damit komme ich darauf zurück, was ich zu Beginn meines Referates sagte: Daß „Wachsam bleiben — den Anfängen wehren" nicht nur rein defensiv verstanden werden soll. Aber wenn es offensiv verstanden werden soll, wenn wir dem Faschismus, wenn wir den reaktionären Gefahren eine echte Alternative gegenüberstellen, dann kann das nur die Alternative sozialistischer Gesinnung sein!

Wir haben in diesem Jahr den 100. Geburtstag von Max Adler gefeiert. Es ist sehr viel Gescheites gesagt und geschrieben worden über die Bedeutung von Max Adler als Philosoph, als Theoretiker, als Denker des wissenschaftlichen Sozialismus. Es ist aber vielleicht bei dieser Hundertjahrfeier zuwenig gesagt worden über die Funktion des Max Adler, die Genosse Manfred Ackermann im Jahre 1967 bei der Gedenkstunde anläßlich des 30. Todestages in einer faszinierenden Rede*) dargelegt hat: Als Mahner der Arbeiterbewegung vor Verbürgerlichung, vor Verspießerung, vor dem Verlust der sozialistischen Ideologie. Diese Gefahr ist nämlich heute größer denn je! Wir alle sind stolz und glücklich über die Erfolge, die unsere Partei erzielt hat. Als bekannt wurde, daß unsere Partei die absolute Mehrheit in diesem Lande erobert hatte, da erfaßte uns alle ein Glücksgefühl, und manche haben damals gesagt: Warum haben das so viele unserer Genossen nicht miterleben können, die dafür jahrelang gekämpft haben?

Dieses Gefühl des Glücks und der Begeisterung, daß es uns zum erstenmal gelungen war, die angestrebte absolute Mehrheit tatsächlich zu erreichen, war ein legitimes Gefühl.

Aber — Genossinnen und Genossen — täuschen wir uns nicht: Wenn wir diese Mehrheit, wenn wir diese einzigartige Möglichkeit, die wir zum erstenmal in diesem Lande haben, nicht mit sozialistischer Gesinnung verknüpfen, dann kann es sein, daß der großen Begeisterung die große Ernüchterung folgt.

Bei der Diskussion über unser Parteiprogramm hat ein Genosse gesagt: Wir steigen jetzt auf; und bei diesem Aufstieg können wir den Ballast der sozialistischen Ideologie, können wir den Ballast des Marxismus nicht brauchen — das hindert uns beim Aufstieg.

Wenn wir bei diesem touristischen Beispiel bleiben wollen, dann möchte ich sagen:

Wir können die höchsten Gipfel erreichen und dennoch abstürzen, wenn wir auf das verzichten, was der Sinn unserer Bewegung ist — auf die sozialistische Ideologie!

Nach dem Referat des Genossen Hindels, das von den Delegierten mit großem Beifall aufgenommen wurde, gab Genosse Ackermann bekannt, daß die für Vietnam durchgeführte Sammlung einen Betrag von 5050 S ergeben habe.

Dann eröffnete er die Diskussion über das Referat des Genossen Hindels und erteilte als erstem Redner dem Genossen Karl Peter Lhotzky (Antifaschistisches Kontaktkomitee) das Wort.

Karl Peter Lhotzky

Genossinnen und Genossen! Anschließend an das Referat des Genossen Hindels möchte ich euch gern einige Worte aus einer Zeitschrift, die ich hier vor mir liegen habe, vorlesen und euch bitten, euch selbst Gedanken darüber zu machen. Ich lese nur die Schlagworte vor: „Die österreichische Nation ist eine kommunistische Geschichtslüge", „Wir lassen uns nicht als schweigende Mehrheit zum Kuschen verurteilen und räumen der kleinen Minderheit fremdbestimmter Linkslinie nicht das Feld". Das sind Worte, die in der Zeitschrift der Arbeitsvereinigung der Mittelschüler, AVM, fast alle zwei Monate erscheinen. Diese Zeitschrift hat derzeit eine Auflage von 3000 Stück. Viele werden sagen: Es sind ja nur 3000 Exemplare; aber, Genossinnen und Genossen, bedenken wir, wie viele das in die Hand bekommen, wie viele dieses Gedankengut weiterverarbeiten. Wir haben zum Beispiel bei uns bei der Gürtelbrücke seit zirka vier Monaten riesengroß stehen: „NDP: Österreich bleibt teutsch."

Wir haben weiters verschiedene Schmieraktionen beobachtet, zum Beispiel: „Balkanisierung droht, daher kommt zur AVM", „Seid den Linken unbequem, unterstützt die AVM".

Ich glaube, damit zeigt sich am besten: Wir müssen den Anfängen wehren, wir müssen ihnen entgegentreten, wir sollen nicht nur im kleinen Kreis, zum Beispiel unter uns im antifaschistischen Kontaktkomitee diskutieren — wir sollen in der Öffentlichkeit, in der Straßenbahn und überall, wo wir sind, dagegen auftreten und uns zur Diskussion stellen.

Nächster Diskussionsredner war Genosse Exenberger, der ebenfalls dem Antifaschistischen Kontaktkomitee angehört.

Herbert Exenberger

Ich möchte meine kurzen Ausführungen mit den deutschnationalen Exzessen in Kärnten einleiten, die vor allem in der faschistischen Vernichtungsparole „Smert Slovensko — Tod den Slowenen" gipfelten. Wer das nicht glauben will, ist eingeladen, in das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zu kommen, wo wir Photos von Schmieraktionen an slowenischen Häusern haben.

Die ständige NDP-Hetze gegen die Gastarbeiter, gegen die Wiener Stadtverwaltung und die antisemitischen Vorkommnisse der letzten Zeit, gehen Hand in Hand mit einer riesigen Flut von Zeitungen, Flugblättern und dergleichen neonazistischer Organisationen.

Ich möchte Sie mit ein paar typischen Beispielen konfrontieren und will mit dieser Versammlung auf der Mölkerbastei beginnen. Da zeigen sich zum erstenmal auch die Verbindungen, die innerhalb neonazistischer Organisationen bestehen, denn eingeladen hat zu dieser Versammlung auf der Mölkerbastei die AVM, der Mittelschülerverband. Geredet hat Gerd Honsik von der NDP und das Lokal ist ein Lokal des Ringes Freiheitlicher Jugend, der Jugendorganisation der FPÖ! Wie weit sich dieser Jugendverband der FPÖ deklariert, zeigt sich aus einem Leserbrief in der neonazistischen Zeitschrift „Mut" aus der deutschen Bundesrepublik. Österreichischer Redakteur ist Konrad Windisch!

Dort steht folgendes von M. P., Wien, Mitglied des Ringes Freiheitlicher Jugend: *„Denn auch im RFJ"* — das ist also dieser Ring — *„gibt es, und zwar sehr viele volksbewußte, nationaleuropäisch gesinnte junge Menschen."*

Ihr werdet durch die Debattenreden der Genossin Jochmann im Parlament den Namen Fritz Stüber kennen. Für diesen Mann wird nun am 15. März im

„Mein Gruß gilt den altbewährten Streitern um Demokratie und Sozialismus, die für ihr mutiges Handeln Kerker und Konzentrationslager auf sich nehmen mußten. Er gilt aber auch den Jungen, die aus gleichen Motiven und um den Wert der Freiheit und der Menschenwürde wissend, heute diesen Kampf zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Stadtrat Genossen Hubert Pfoch

* Vgl.: Unsere Broschüre, Manfred Ackermann: „Max Adler — Erzieher zu sozialistischem Denken", Seite 12.

„Österreichhaus" im Palais Palffy eine Geburtstagsfeier zum 70. Geburtstag veranstaltet, bei der der Kulturreferent des Volksbildungskreises Wien, ebenfalls einer extrem neonazistischen Organisation, Heinz Gollner-Goldnenfels sprechen wird. Fritz Stüber schreibt in einem Zitat aus einem Buch „Programm Europa" über Demokratie folgendes:

„Das ist zuerst ein Erziehungsproblem. In kleinen, abgeschlossenen Gemeinschaften nach strengsten Prinzipien ausgewählter Persönlichkeiten, die bereits im tätigen Leben ihre Bewährungsprobe abgelegt haben, ist die Grundlage für die Heranbildung einer Führerschicht zu legen, der man künftig die Aufgabe anvertrauen kann, die Leitung der Staatsgeschäfte und überregional die Verantwortung für Europa zu übernehmen. Zur Bezeichnung der Gemeinten wissen wir kein besseres Wort als ‚Orden'."

Wer denkt in diesem Zusammenhang nicht automatisch an die Situation in Spanien, wo eine solche Clique die Führung hat. Er schreibt weiter:

„Eine Art ziviler preußischer Generalstab, aber keineswegs bloß auf uns Deutsche beschränkt, sondern mit gleichgesinnten Kräften, mit der Auslese aller europäischen Völker eng verbündet."

Diese Österreichische Landsmannschaft bringt neben dem „Eckartboten" auch die „Eckartschrift" heraus. In einer der letzten Nummern dieser Schrift schreibt Borodajkewycz, auch ein bekannter Name, über die „Wegmarken der Geschichte Österreichs" eine Chronologie. Diese Broschüre, die wir in unserem Mitteilungsblatt so heftig angegriffen haben, wird von dem Mitteilungsblatt des Turnerbundes „Der Junge Bund" folgendermaßen definiert: *„Wer die Geschichte nicht kennt, hat kein Maß für die Zukunft. Wer über Österreichs Geschichte lesen oder nachschlagen will, findet hier eine unschätzbare Quelle. Klar und deutlich werden Tabus zerstört und eine geraffte Darstellung unserer Geschichte gegeben. Hier liest du die Wahrheit, ohne Weglassung und Hinzufügung."*

Ich glaube, das zeigt: Der Turnerbund ist alles andere — wie sich aus dieser kurzen Notiz gezeigt hat — als eine Sportorganisation, wo man vor allem turnen kann.

Es gibt „Das neue Wort" von dem sattsam bekannten SA-Terroristen Hanke. In diesem „Neuen Wort" sind etliche deutschnationale Gruppen zusammengefaßt. Und zu seinem 80. Geburtstag schreibt unter anderem der Kamerad Maichanitsch, eine der führenden Persönlichkeiten der Jugendkameradschaft Babenberg, die gleichzustellen ist mit dem Schlägertrupp der NDP, die immer wieder am 1. November auffällt, weil sie mit der NDP Ehrenabordnungen zum Grab von Nowotny stellt. Und da schreibt dieser Kamerad Maichanitsch:

„Als Sprecher der jungen österreichischen Soldaten grüße ich in dir auch den alten, schwer verwundeten k. k. Oberleutnant des Ersten Weltkrieges, mit dem Wunsch, daß du noch viele Geburtstage erleben sollst, daß du zumindest die Morgenröte des Wiederaufstieges unseres Volkes" — wie er das meint, können Sie sich bestimmt denken — *„und Landes sehen kannst. Heil dir zu deinem 80. Freund und Kamerad Hanke!"*

Man liest also: „Heil dir!", „Dir Heil!", „Mit deutschem Gruß!" usw. Aber in Österreich wird gegen diese Zeitung nichts unternommen.

Es gibt auch die „Nationaldemokratischen Nachrichten". Es gibt auch die „Kommentare zum Zeitgeschehen" von Konrad Windisch, der in der letzten Nummer effektiv neonazistische Agitation betrieben hat. In Vorarlberg gibt es eine Zeitschrift „aktuell — Jugend-Pressedienst" — ich habe hier eine Nummer —, die natürlich gegen die Ostverträge fürchterlich wettert, wo unter dem neckischen Titel „Man könnte natürlich ... Bundeskanzler Kreisky eine Bombe unter den Stuhl legen" für diese Zeitung geworben wird.

Alle diese kurzen Beispiele zeigen, wie weit es in Österreich gekommen ist und was unsere Exekutive gegen diese Exzesse macht, nämlich — glaube ich — überhaupt nichts.

Ich möchte diese Worte abschließen mit einem Zitat: „Die Folgen dieser Aktivitäten sind unübersehbar. Obwohl dabei immer bestehende Gesetzesvorschriften durchbrochen werden und die Drahtzieher der Aktionen bekannt sind, wird aus falsch verstandener Toleranz nicht mit genügend Schärfe oder wie in Kärnten überhaupt nicht eingegriffen." Im Sinne des Referates von Genossen Hindels „Wachsam bleiben — den Anfängen wehren" wäre es höchste Zeit, daß energisch gegen diese neonazistischen Aktivitäten vorgegangen wird. Sie sind schon sehr weit gediehen, und der Anfang ist schon längst überschritten.

Bevor nun Genosse Wedenig zu Wort kam, begrüßte der Vorsitzende, Genosse Manfred Ackermann, die soeben erschienene Genossin Elisabeth Thury unter dem Beifall der Versammlung.

Ferdinand Wedenig

Kärnten ist seit mehr als 1000 Jahren ein gemischtsprachiges Territorium. In Kärnten leben auch heute noch — so wie damals zur Zeit des alten Österreich, der österreichischen Monarchie — 13 Nationen, darunter Slowenen, Tschechen, Polen, Ukrainer, Deutsche, mit einem Wort: es war wirklich eine Völkerfamilie, möchte man sagen — und ein kleiner Beweis dafür, daß es möglich ist, die Menschen verschiedenster Sprachgemeinschaften zu einer noch größeren Familienform, wie etwa der Vereinigten Staaten von Europa, zusammenzuführen und ihnen dadurch die neue Lebensgrundlage für ihren sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg zu legen.

Ich halte keine Verteidigungsrede; es ist vielmehr ein Skandal, Genossinnen und Genossen, daß wir dies alles erleben müssen, wir, die diese scheußliche Zeit des Faschismus durchlebten, die Konzentrationslager und die Gefängnisse hinter uns gebracht haben. Nachdem durch die wiedergewonnene Freiheit unseres Landes auch uns die Freiheit wiedergegeben wurde, sind wir in die Heimat zurückgekommen und finden dort Ideen, die sich zu Entwicklungen anbahnen, die wir alle verurteilen. Es ist ein Skandal, was dort unten geschehen ist. Nicht von uns wurde es organisiert, Genossinnen und Genossen, das muß ich von vornherein sagen; die, die dies organisiert haben, haben es zu schlecht vorbereitet.

Nun, was hat die oberste Sicherheitsbehörde getan? Wir haben es durch die Presse erfahren: 120 Anhaltungen sind vorgenommen worden und 120 Akte wurden über Terroristen angelegt und bestehen zu Recht. Aber was wurde getan? Sind sie bestraft worden? Oder gehen sie spazieren? Es wird euch nicht unbekannt sein, daß ich die Liga für Menschenrechte veranlaßt habe, ein Protesttelegramm an den Innenminister zu richten, an unseren gemeinsamen Freund Rösch.

So sehen die Dinge aus, Genossen, und ich glaube, wenn Fälle festgehalten sind, darf man dann auch in der Fortsetzung dieser Aktenlage nicht steckenbleiben. Der Genosse Innenminister Rösch hat gemeint, es genüge, wenn jemand von der Volkshilfe schreibt: Ja, das stimmt. Damit ist aber niemandem gedient; wir wollen doch diese üblen Erscheinungen, die immer wieder an den Tag kommen, ehrlich ausmerzen! Und wer sollte es denn tun als jene, die selbst jahrzehntelang die faschistische Schmach erdulden mußten, die selbst Opfer dieser Entwicklung geworden sind? Wir haben ein besonderes Interesse daran, daß dort, wo feststeht, daß sich jemand strafbar gemacht hat, von der zuständigen Behörde auch wirklich im Sinne des Gesetzes vorgegangen wird.

Nächster Diskussionsredner war Genosse Peter Seda, der auf die Wichtigkeit der Jugendarbeit hinwies, um rasch und entschlossen irgendwelchen faschistischen Gefahren in welcher Form immer entgegentreten zu können. Er kam insbesondere auf die Tätigkeit des Antifaschistischen Jugendkontaktkomitees und die antifaschistischen Seminare zurück, wobei

er bedauerte, daß sich die Jugend leider nur zu einem geringen Teil daran beteilige.

Zuletzt kam Genosse Seda noch auf ein spezielles Problem zu sprechen, mit dem sich die antifaschistische Arbeit im Sinne der Parole „Den Anfängen wehren!" schon oft auseinanderzusetzen hatte: Den Mißbrauch der Rechte und Freiheiten, die die Demokratie uneingeschränkt ihren erbittertsten Feinden und dem ganzen faschistischen Gelichter einräumt.

Peter Seda

Ich komme nun zu einem weiteren Problem. Der Genosse Exenberger hat schon vom Turnerbund gesprochen. Ich habe im Zuge meiner Besprechungen anläßlich einer Gedenkfeier „125 Jahre Kommunistisches Manifest", die wir nächste Woche am Samstag in diesem Saale abhalten, erfahren, daß anschließend an unsere Veranstaltung um 5 Uhr im Stiegensaal dort oben der „Österreichische Turnerbund" eine Veranstaltung abhält, bei der der berüchtigte Dr. Scheidl sprechen wird. Ich habe heute nochmals mit dem Verwalter dieses Hauses darüber gesprochen und mich erkundigt, was da eigentlich vor sich geht, und erfahren, daß der Turnerbund hier regelmäßig Veranstaltungen abhält! Diese Veranstaltungen sind nicht zu verhindern, weil das eine Sache der Volksbildung (!) ist und die Volksbildung allen Strömungen gegenüber offen ist.

Ich werde diese Sache auch morgen bei der Debatte über das Referat des Genossen Sinowatz zur Sprache bringen, weil die Volksbildung ja auch in sein Ressort fällt. Denn ich glaube, man sollte die Mittel der Demokratie — und die Volksbildung ist ein Mittel der Demokratie zur Erziehung von Demokraten — nicht solchen Leuten wie dem Dr. Scheidl und dem Österreichischen Turnerbund zur Verfügung stellen, und ich möchte hier auch beantragen, daß man zusätzlich zu den schon vorliegenden Anträgen bis morgen noch einen Antrag einbringt, der sich gegen diesen Mißbrauch der Volksbildung wendet.

Während der Rede des Genossen Seda war auch der Justizminister, unser Genosse Doktor Broda, zu unserer Bundeshauptversammlung gekommen, den nun der Vorsitzende mit besonders herzlichen Worten begrüßte, ehe er dem nächsten Diskussionsredner das Wort erteilte — dem Genossen Dr. Schneeweiß.

Dr. Josef Schneeweiß (Spanienkämpfer)

Viel mehr noch als Deutschland hat Österreich eine unbewältigte Vergangenheit; eigentlich ist man darüber überrascht. Aber in der Bundesrepublik Deutschland ist man sich darüber längst im klaren, welche Verbrechen das Dritte Reich begangen hat.

Das hängt mit der Unabhängigkeit Österreichs und mit der Proklamierung der österreichischen Nation zusammen. Große Teile der österreichischen Bevölkerung haben nämlich überhaupt kein Schuldgefühl, was die Verbrechen des Dritten Reiches betrifft. Und dieses mangelnde Schuldgefühl äußert sich eben darin, daß es bei uns noch immer unterschwellige neofaschistische oder faschistische Tendenzen gibt.

Bei uns in Österreich ist es doch so, daß man etwa in der Straßenbahn ohneweiters erzählen kann: „Ja, ich war bei der Partei!" — Gemeint ist natürlich die NSDAP. — Aber daß einer in der Straßenbahn im Gespräch sagt: „Ich war im KZ!" — und das noch dazu so hinausposaunt, daß es der ganze Waggon hört, das wird man wohl selten bemerken.

Und da, Genossen, ist ein grundlegender Unterschied zwischen dem, was sich bei uns hier in Österreich abspielt, und den Dingen in Westeuropa. In Italien, in Frankreich, in Holland, in Dänemark, in Norwegen: Wenn da einer bei der Widerstandsbewegung war, wenn da einer eingesperrt gewesen ist, dann ist er ein nationaler Held, da haben die Leute Hochachtung vor ihm. Wenn man aber bei uns von jemand sagt: „Er war ein Widerstandskämpfer!" oder gar: „Er war ein Spanienkämpfer!", dann sieht man in ihm einen Hochverräter, einen Spion oder was weiß ich sonst noch.

„Eine überraschend anberaumte Auslandsreise zwingt mich, diesen Weg zu wählen, um dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer einen guten Verlauf der Bundeshauptversammlung und viel Erfolg für die weitere Arbeit zu wünschen ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Stadtrat Genossen Reinhold Suttner

Genossen! Ich möchte aber die Gelegenheit, heute hier zu euch sprechen zu dürfen, ergreifen, um eine Sache offen auszusprechen, die mich schon jahrelang bedrückt. Man hört immer wieder, daß die anderen denken: „Na, diese KZler, das sind halt besonders empfindliche Menschen." Aber wenn man das mitgemacht hat, was wir mitgemacht haben? Ich habe nach dem spanischen Bürgerkrieg — unter anderem — zwei Jahre lang in der Totenkammer eines Konzentrationslagers gearbeitet. Wir alle haben den Faschismus von seiner schrecklichsten Seite gesehen. Sollen wir da „besonders empfindliche Menschen" sein?

Da kann man nur das eine feststellen: Obwohl wir nahezu 20 Jahre in einer Koalitionsregierung gewesen sind, ist an Aufklärung über die Verbrechen des Faschismus blutwenig geschehen! Viel weniger als in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu ein Beispiel, das ich sozusagen aus dem Ärmel schüttle: Ich habe junge Menschen in meiner Ordination gehabt, die bei mir als Ordinationshilfen tätig gewesen sind; sie waren 17 oder 18 Jahre alt. Wissen Sie, daß keine von ihnen überhaupt gewußt hat, was die SS oder die Gestapo gewesen ist?

Die beiden haben in Wien die Schule besucht, nicht irgendwo in einem anderen Bundesland. Wenn man sich vorstellt, daß von dieser Generation Mittelschulprofessoren, die die Jugend zu unterrichten hat (etwa zum Beispiel in Deutsch oder Geschichte, diesen eminent wichtigen Fächern), ja bestimmt die Hälfte frühere Nationalsozialisten gewesen sind, dann muß man sich nicht erst fragen: Was können wir uns denn anderes erwarten? Bestenfalls, daß sie zumindest nichts gesagt haben. Was aber, wenn sie verschleiert irgend etwas anderes gesagt haben?

Genosse Schweeweiß kam dann auch noch ausführlich auf den „Fall" Landauer und die Zwischenfälle in Kärnten zu sprechen, wobei er meinte, hier läge ein Pendant zu Zypern vor.

Die Diskussion wurde nun unterbrochen und der Vorsitzende ersuchte den Genossen Doktor Broda, einige Worte der Begrüßung zu sagen.

Dr. Christian Broda

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte wirklich nicht viele, sondern nur ein paar Begrüßungsworte sagen, und dies aus naheliegenden Gründen. Ich fühle mich gar nicht als Gast hier — wie der Vorsitzende gesagt hat — und möchte das auch heuer wieder sagen, denn ich bin Mitglied der Organisation und fühle mich eben hier zu Hause. Ich komme selbstverständlich immer, wenn ich eingeladen werde. Wie ich schon der Genossin Muhr gesagt habe (ich weiß nicht, ob es mitgeteilt worden ist), war ich in Oberösterreich und

konnte daher erst jetzt direkt zu euch hierherkommen. Alles Gute für eure Arbeit!

Zu unserer Zusammenarbeit möchte ich folgendes sagen: Was immer die Genossinnen und Genossen — es kann nicht alle Tage Feiertag sein, auch nicht in der Politik, auch nicht in unserer demokratischen Politik — ich darf sagen, unserer Organisation, kontrollierend oder kritisierend an der Arbeit unserer Regierung, an der Arbeit unserer Behörden zu sagen haben; wir werden es immer sehr sorgfältig aufnehmen und anhören, und wir sind ja auch in ständigem Kontakt. Und ich lade euch ein, uns so wie jedes Jahr alles das immer wieder von neuem zu sagen; denn nur in einem Gespräch können wir zusammenarbeiten und werden wir weiterarbeiten. Ich weiß nicht, ob über unsere letzte Aussprache, die Genosse Rösch und ich mit den Genossen der Organisation hatten, berichtet worden ist; aber es wird nicht unsere letzte Aussprache gewesen sein, und wir werden so fortfahren.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte jetzt ein paar Worte über das, was mir in meinem engeren Arbeitsbereich (Genosse Skritek, unser Fraktionsführer im Justizausschuß und Obmann-Stellvertreter des Justizausschusses, ist ja hier) für die nächsten Monate als das Wichtigste erscheint: Wir wollen in diesem Jahr und für diese Gesetzgebungsperiode mit den beiden großen Gesetzgebungsvorhaben der Rechtsreform zu einem Abschluß kommen: Mit der großen Strafrechtsreform einschließlich jener Bestimmungen, die ihr verlangt habt, und einschließlich der Bestimmungen gegen die rassische Verhetzung. Wir haben die internationalen Verpflichtungen auf Grund der UNO-Konvention gegen Rassenhaß und Rassenhetze unterschrieben und werden unsere Verpflichtungen genauest einhalten.

Darin haben wir viele Jahre Arbeit investiert, darauf haben wir unendliche Mühe, Geduld, Toleranz, Überzeugungskraft, Überredungsgabe verwendet, und wir wollen und wir werden in wenigen Monaten damit zu Ende kommen. Dieses große Gesetzeswerk wird beschlossen werden und am 1. Jänner 1975 in Kraft treten.

Wir werden gleichzeitig mit der großen Familienrechtsreform — auch das ist ein großes Reformwerk — vorankommen und damit gleichfalls am 1. Jänner 1975 in volle Wirksamkeit treten können. Ich sage das jedes Mal, und der Genosse Seda möge das seiner Mutter ausrichten, weil sie immer mahnt, über der Strafrechtsreform nicht die Familienrechtsreform zu vergessen.

Und nun ein paar Worte zur Bedeutung der beiden großen Rechtsreformvorhaben in dieser unserer Regierung. Die sozialistische Regierung ist von Anfang an eine Regierung der Rechtsreform gewesen, hat sich immer als solche verstanden und wird es auch weiter sein. Wir haben in dieser Rechtsreform (Familienrechtsreform und Strafrechtsreform) nicht nur das, was wir mit gutem Gewissen als Erkenntnisse moderner Wissenschaften (Gesellschaftswissenschaft, Sozialwissenschaft und Rechtswissenschaft) erkannt haben, zu verarbeiten versucht, wir haben nicht nur versucht, sehr viele neue, fortschrittliche, menschliche Gedanken zu Papier zu bringen und nun dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt, sondern wir haben auch noch etwas anderes getan: Wir haben uns dabei als Verwalter alter, guter sozialdemokratischer Gedankengänge und Grundsätze betrachtet, als Verwalter alter sozialdemokratischer Prinzipien, die wir Schritt für Schritt nun zu verwirklichen versuchen.

Bei der Familienrechtsreform ist es Tradition, die auf Hainfeld und auf das Wiener Programm 1901 zurückgeht, das die Beseitigung der Benachteiligung der Frau im Familienrecht verlangt hat. Wir knüpfen an die bekannten Gesetzesvorschläge der Genossin Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger aus dem Jahre 1925 an, und wir sind uns bei der Verwirklichung der Strafrechtsreform dessen bewußt, daß der Kampf um die Strafrechtsreform, der Kampf um die Verwirklichung humaner Gedanken im Strafgesetz die Geschichte der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen an begleitet hat.

Es ist von tiefer symbolischer Bedeutung, daß in der gleichen Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich am 3. April 1919, in der das Habsburger-Gesetz beschlossen worden ist, das Gesetz, das den Schlußstrich unter eine lange Periode österreichischer Geschichte gesetzt hat, auch das Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren beschlossen wurde. Berichterstatter war damals der sozialdemokratische Abgeordnete Genosse Dr. Eisler.

Genossinnen und Genossen! Wir haben im Jahre 1945 wieder angeknüpft an diese lange sozialistische Tradition in der Strafrechtsreform. Sprecherin der sozialistischen Abgeordneten bei der neuerlichen Abschaffung der Todesstrafe im Jahre 1950 war die Genossin Gabriele Proft. Es waren unsere sozialdemokratischen Abgeordneten, die durch diese ganzen Jahrzehnte hindurch die Pioniere, die Vorkämpfer der Gedanken der Vermenschlichung der Gesetze gewesen sind, nach denen die Menschen zusammenleben sollen. Und wir freuen uns, daß wir jetzt damit zu einem Abschluß kommen, daß wir alles das, woran wir so viele Jahre gearbeitet haben, nun verwirklichen können. Das sind auch eure Gedanken, unser aller Gedanken, Vorschläge und Grundsätze gewesen.

Und so will ich meine Grüße für die heutige Arbeitstagung und meine Wünsche für die Erfolge eurer Beratungen mit dem Bekenntnis zu diesen Grundsätzen verbinden, die wir jetzt Schritt für Schritt verwirklichen können. Die Erfüllung dessen, was wir uns seit so vielen Jahrzehnten vorgenommen haben und wofür so viele Opfer gebracht worden sind, wird der schönste Lohn für unsere Arbeit sein. Freundschaft, Genossinnen und Genossen!

Nach der richtungweisenden Rede des Genossen Dr. Broda, für die der Vorsitzende namens der Bundeshauptversammlung gedankt hatte, wurde die Debatte fortgesetzt. Der nächste Redner war Genosse Menahem Bargil vom Verein der Freunde der griechischen Demokratie.

Menahem Bargil:

Genossinnen und Genossen! Ihr seid euch dessen bewußt, daß es keine Manipulation ist, wenn ich nach dieser tiefschürfenden und ergreifenden Rede des Genossen Broda darankomme, der gezeigt hat, wie lang der Kampf um Recht und Gerechtigkeit in Österreich schon dauert. Aber vielleicht paßt das ein wenig dazu, was ich jetzt sagen möchte.

Mein Vorredner, der Genosse Schneeweiß, hat erwähnt, daß es in Österreich sowohl einen versteckten Antisemitismus als auch einen versteckten Faschismus gibt. Nun, so ganz versteckt sind beide wieder nicht! Ich glaube, man sollte sich darüber im klaren sein.

Vor elf Tagen hatte ich Gelegenheit, bei einer Forumdiskussion in der Brigittenau am Podium

Von der Erziehung hängt es ab, ob die Kinder Träger oder Opfer der kommenden Gesellschaft sein werden

dabei zu sein, als die NDP in Uniform erschien. Genossinnen und Genossen! Überlegen wir uns das doch! In der roten Brigittenau ist die NDP vorhanden, in feldgrauer Uniform, mit einer Feldmütze und schwarz-weiß-roter Schleife mit der Aufschrift „NDP"!

Ich will das nicht überbewerten, und ich will auch nicht sagen, daß das eine sofortige ernste Gefahr ist. Aber man hat mir erzählt, daß in den Anfängen des Faschismus in Österreich in den dreißiger Jahren das Politische Kabarett sich lustig machte über die Heimwehrler mit den grünen Schärpen. Aber währenddessen haben sie sich bewaffnet und kurz darauf die Macht ergriffen. Ich glaube, wir sollten deshalb schon jetzt den Anfängen wehren, die sich zeigen.

Und wenn zu einer solchen Diskussion die NDP erscheint und das Bezirkspolizeikommissariat auf Befragen sagt: „Na ja, das ist doch keine besondere Angelegenheit!", und erst angerufen werden mußte, damit die Staatspolizei erscheint, die allerdings trotz des eindeutigen Bruches der gesetzlichen Bestimmungen niemanden vertrieben hat, dann muß ich schon sagen, daß wir sehr wachsam sein müssen. Bei dieser Forumdiskussion hat sogar ein Redner der NDP das Wort bekommen und Adolf Hitler zitiert. Allerdings mit dem Hinweis: Adolf Hitler habe einige Fehler gemacht. Es gab Äußerungen der Art wie: „Der Antisemitismus sollte an den Grenzen Israels haltmachen."

Genossinnen und Genossen! Was das heißt, ist doch ganz eindeutig: Hier sollt ihr den Rassenhaß predigen, hier sollt ihr die Juden verfolgen!

Das, Genossinnen und Genossen, geschieht im Jahre 1973 in unserer Republik!

Vielleicht gleich ein weiteres Wort. Die Leute, die dort anwesend waren, gehörten zum Teil der Jungkameradschaft Babenberg an. Die Staatspolizei und die zuständigen Stellen wissen ganz genau, daß es diese Jungkameradschaft gibt. Sie macht Woche für Woche Schießübungen in einem Restaurant im 14. Bezirk (!). Und es wird nichts dagegen unternommen. Wie lange müssen wir uns das eigentlich bieten lassen?

Vielleicht sind die paar NDPler nicht so besonders wichtig. Aber der Faschismus ist international. Nicht allein die Expropriateure sind solidarisch, auch die Faschisten sind untereinander solidarisch. Und wenn die NDP-Jungkameradschaft Babenberg, die sogenannte Aktionsgemeinschaft für Politik, und einige andere „internationale" Kontakte haben, so bedeutet das bereits etwas anderes. Die NDP, Babenberg und AfP haben eine offizielle Delegation nach Griechenland geschickt, die vom Diktator Papadopoulos empfangen worden ist. Und das ist ja eine der Tatsachen, bei denen uns wahrlich ein Grauen erfassen müßte, denn hier besteht die Gefahr, daß ein Faschist den anderen unterstützt. Der „internationale" Faschismus aber ist stärker, als wir vielleicht glauben.

Es hat im Frühsommer in Süddeutschland eine internationale Zusammenkunft stattgefunden. Um aber das Wort „International" zu vermeiden — das haben die Leute nicht gern —, nannten sie sie „Intereuropäische Nationale". Es war ein Jugendtreffen, beschickt von allen Ländern, die „man" anerkennt: Belgien war nicht vertreten, weil für diese Leute „Flandern" gilt. Und wie Berichte besagen, war der Aktivste, der Schärfste und Faschistischste — wenn man so sagen darf —, der Vertreter Österreichs Konrad Windisch. Das, Genossinnen und Genossen, sollte uns doch ebenfalls zu denken geben.

Ich glaube aber, wir sollten uns diese Dinge genau merken. Und wir sollten uns auch merken, Genossinnen und Genossen — ich will da gar nicht zu tief darauf eingehen —, daß es Organisationen gibt, die aus verständlichen Gründen, und vor allem um in ihren eigenen Reihen Ruhe zu haben, es auch hinnehmen, daß etwa Naziverteidiger, die zwar nicht selbst Nazi sind, aber als Verteidiger in Naziprozessen auftreten, in anerkennenswerten und großen Organisationen im Vorstand sitzen. Ich weiß, daß ich nichts weiter zu sagen brauche. Es sei nur nebenbei bemerkt; aber ich hoffe doch, daß auch das einmal ausgemerzt werden kann.

„Eine Auslandsreise hindert mich, an Eurer Tagung teilzunehmen. Ich wünsche viel Erfolg für Eure Beratungen und Eure Arbeit ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Stadtrat Genossen Otto Schweda

Und schließlich noch eins, Genossinnen und Genossen. Es ist an der Zeit, morgen dem Genossen Sinowatz einiges über Lehrbücher zu sagen. Zwar besteht kein Zweifel, daß er sich wirklich bemüht, hier den Ungeist der Vergangenheit auszumerzen, und ich möchte auch heute nicht das zitieren, was morgen zur Debatte stehen wird. Aber eines ist vielleicht doch interessant genug, um schon jetzt gesagt zu werden: Ein Lehrbuch, das an österreichischen Schulen verwendet wird, autorisiert vom Bundesministerium für Unterricht und subventioniert von der Arbeiterkammer, gibt unter anderem folgende, wirkliche „schöne" Zusammenfassung der politischen Ereignisse in Österreich in den dreißiger Jahren, und über 1934 steht drinnen:

„Die Republik wurde abgelöst durch den Ständestaat (Ständevertretung von Berufsorganisationen)."

Mehr wird über das Jahr 1934 in diesem Buch nicht gesagt. Wenn wir so unsere Jugend erziehen wollen, dann dürfen wir uns doch nicht über das wundern, was geschieht!

Als nächster Diskussionsredner war die Genossin Dr. Ruth Lichtenberg gemeldet, die ebenfalls dem Antifaschistischen Kontaktkomitee angehört.

Dr. Ruth Lichtenberg

Ich möchte zum Referat des Genossen Hindels, dessen Thema heißt: „Wachsam sein, den Anfängen wehren", nur zwei Punkte ergänzend sagen.

In der Gewerkschaftszeitung der gewerkschaftlich organisierten Lehrer an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen vom Dezember 1972 — die Zeitung heißt: „Die Allgemeinbildende Höhere Schule" — befindet sich die Rezension eines Buches „Schwarz und Weiß in Afrika" von dem wegen seiner neonazistischen Tendenzen berüchtigten Kurt Ziesel, in der zu lesen war, *„daß der Autor ein anschauliches Bild der wirklichen Lage von Schwarz und Weiß in Afrika gebe, und daß er den Rassismus der Weißen sowie die Ausbeutung der Schwarzen durch die Weißen im Süden Afrikas als Legende bezeichne"* Das sind also eindeutig Tendenzen, die man als faschistoid bezeichnen muß. Und ich glaube, daß die sozialistischen Lehrer dazu verpflichtet gewesen wären, gegen diese hintergründige Rezension zu protestieren: Ich weiß nicht, ob das geschehen ist. Aber ich habe jedenfalls einen Leserbrief geschrieben, weiß jedoch nicht, wieweit das sonst geschehen ist.

Eine zweite Sache: Es ist heute davon gesprochen worden, daß man die Aufklärungsarbeit vor allem nach außen tragen soll. Und der Genosse Seda hat auch von unserer Schulungsarbeit im Kontaktkomitee gesprochen: Dazu möchte ich hier über zwei Erlebnisse berichten.

Wir hatten einmal eine Bildungsausschußsitzung in Favoriten, bei der ich auch über das Problem des Jugendkontaktkomitees gesprochen habe. Und da hat mir ein Bildungsfunktionär, der früher einmal selbst aktiv in der Jungen Generation tätig war (noch heute

hat er einen recht guten Kontakt zur Jungen Generation, das möchte ich hier betonen), erklärt: „Die Sozialistischen Freiheitskämpfer sind eigentlich eine Veteranenorganisation, die sich längst schon überlebt hat. Und die paar Jungen suchen sich hier nur ein künstliches Betätigungsfeld."(!)

Wie unrecht dieser Funktionär hat, das beweisen doch die Tatsachen, von denen wir heute sowohl im Referat des Genossen Hindels als auch in den Diskussionsbeiträgen gehört haben. Das beweist aber auch das zweite Erlebnis, das ich bei einem unserer Seminare gehabt habe und von dem ich immer wieder berichte, weil es mich so betroffen hat.

Wir hatten einen Genossen, der alle unsere Veranstaltungen besucht hatte und sich wirklich bemühte und ein aufmerksamer Hörer war. Am Ende des Seminas kam es zu einer Diskussion über die Gastarbeiter. Dabei hat jener Genosse eine Meinung vertreten, die sich kaum von dem unterschieden hat, was man sonst ganz allgemein an Vorurteilen gegen die Gastarbeiter hören kann. Das heißt also, daß es auch in unseren Reihen Menschen gibt, die für diese Vorurteile, wie das der Genosse Hindels wiederholt ausgedrückt hat, inklinieren, und das beweist, wie wichtig unsere Aufgabe gerade in der Schulungsarbeit der Partei ist.

Gerade deshalb ist für uns Junge der Bund nach wie vor das Gewissen der Partei, und zwar nicht nur an Feiertagen, sondern immer. Gerade deshalb bemühen wir uns immer wieder, junge Menschen von der Bedeutung des Bundes zu überzeugen.

Dann ergriff Genosse Rudolf Fiedler als letzter Diskussionsredner der Rednerliste das Wort. Er bedauerte, daß zur Nachmittagssitzung der Bundeshauptversammlung nicht auch unser Genosse Otto Rösch eingeladen worden sei und zitierte eine Reihe von neonazistischen Exzessen, in deren Gefolge von den Behörden zwar Untersuchungen eingeleitet und Maßnahmen versprochen worden waren — von einem Ergebnis der Erhebungen oder entsprechenden Maßnahmen, wie sie gesetzlich vorgesehen sind, habe man jedoch nie etwas gehört.

Rudolf Fiedler

Genossinnen und Genossen! Wir sagen „Den Anfängen wehren", und es wurde hier vom Turnerbund gesprochen. Als alter Arbeiterturner habe ich schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg den Deutschen Turnerbund aufmerksam beobachtet. Ich habe gleich nach 1945 wieder dem nachfolgenden „Österreichischen" Turnerbund meine Aufmerksamkeit geschenkt und habe auch auf unserer Bundeshauptversammlung seinerzeit in Mauthausen, als noch unser Genosse Afritsch Innenminister war, zum Problem Turnerbund mit viel belastendem Material Stellung genommen. Damals wäre es noch leicht gewesen, den Turnerbund zu eliminieren. Aber im Gegenteil: Man hat dem „Österreichischen" Turnerbund wieder einen Großteil der Sachen zurückgegeben, die man seinerzeit beim Deutschen Turnerbund beschlagnahmt hat! Das also zum Turnerbund.

Nun möchte ich noch sagen: Ich glaube, wir haben heute einen Fehler gemacht, wir hätten den Genossen Rösch für Nachmittag einladen sollen. (Beifall.)

Ich habe hier die „Arbeiter-Zeitung" vom 11. November 1972. Damals wurde Frau Erika Heil von einem Otto Braun umgebracht. Erinnern Sie sich an diesen Frauenmord? Bei einer Hausdurchsuchung wurde umfangreiches Propagandamaterial der NDP gefunden und sichergestellt. Dabei hat jener Otto Braun in einem Kellerlokal gehaust, das nicht nur dazu diente, heiratswillige Damen zu empfangen oder dubiose Firmengeschäfte abzuwickeln, sondern es war auch ein Treffpunkt der NDP. Vom Innenministerium verlautete damals: Es wird eingeschritten, es wird schon etwas gemacht. — Nichts ist geschehen, und wir haben nie gehört, was mit dem lastwagenweise weggeführten Material geschehen ist.

Über die Affäre von der Mölkerbastei ist schon in der „Arbeiter-Zeitung" geschrieben worden, und auch hier hieß es, die Staatspolizei werde schon einschreiten. Aber von wirklichen Ergebnissen haben wir ebenfalls bis jetzt nichts gehört.

Oder betrachten wir Kärnten. Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe hier die „Furche" vom 16. Dezember 1972 mit einem wunderschönen Bild. Darauf sieht man, wie Landeshauptmann Sima mit seiner Gattin flüchten muß und wie er mit faulen Eiern beworfen wird. Man sieht darauf allerdings auch Gendarmen, die aber praktisch untätig sind. Und unter ihnen sieht man auch einen, der lacht; also der braucht wahrlich keine Hakenkreuzbinde, und wie der sich benimmt, das erinnert mich schon an die Nazigendarmen. Oder an den Film, der im Fernsehen gezeigt wurde, wo man gesagt hat: „So einen kleinen Hitler brauchten wir nur." Ja braucht denn der Innenminister, braucht unsere Staatspolizei noch mehr? Von diesen Leuten muß kein Phantombild entworfen werden. Hier haben wir die Bilder und könnten sie sofort eruieren und auch bestrafen.

Unsere großen Schwierigkeiten resultieren daraus, daß wir Freiheitskämpfer alle alt geworden sind. In der Partei hat sich zwar erfreulicherweise „Nachwuchs" eingestellt; aber, Genossen, vergessen wir nicht: daß dieser mit uns fast keinen Zusammenhang mehr hat. Diese jüngeren Parteimitglieder können nichts mehr erklären, und wenn man dort etwas sagt, dann wird einem bedeutet: „Na ja, das liegt schon 30, 40 Jahre zurück." Die Arbeit ist sehr schwierig, und wir müssen uns sehr, sehr anstrengen, damit wir zu irgendeinem Ergebnis kommen.

Nach den Ausführungen des Genossen Fiedler übergab Genosse Ackermann den Vorsitz an den Genossen Otto Seifried und ergriff selbst das Wort.

Manfred Ackermann

Genossen und Genossinnen! Ich möchte meine Bemerkungen — ich will mich bemühen, kurz zu sein, aber Sie wissen ja, wie schwer es mir fällt, sehr kurz zu sein — zunächst einmal mit einer Feststellung beginnen, die mit dem Thema, das der Genosse Hindels behandelt hat, vielleicht bloß in einem indirekten Zusammenhang steht.

Es ist mir nämlich aufgefallen, daß bei unserer heutigen Tagung Vertreter des Parteivorstandes, Vertreter der Regierung und Vertreter der Gewerkschaftsbewegung anwesend gewesen sind, und sie alle haben uns außerordentlich herzlich begrüßt; das hat uns ein gutes Gefühl gegeben, zu hören, wie man zu uns und über uns gesprochen hat. Aber keine der beiden großen Jugendorganisationen, sowohl die Sozialistische Jugend als auch die Institution, die wir in der Partei haben, die Junge Generation, ist hier durch einen Vertreter aufgeschienen. Ich weiß zwar nicht, ob ich das sagen darf: Diese Organisationen haben es nicht der Mühe wert gefunden, einer Einladung zur Bundeshauptversammlung der alten Kämpfer, der Genossinnen und Genossen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer zu entsprechen.

Dazu gehört aber auch eine andere kurze Bemerkung: Wir haben heute einige Repräsentanten des Kontaktkomitees reden gehört. Sie haben davon gesprochen, daß wir vor zwei oder drei Jahren — länger ist es sicher nicht her — das Antifaschistische Jugendkomitee innerhalb des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer gegründet haben. Und wenn ich da sehen konnte, wie der Lhotzky, der Seda, der Exenberger und die Ruth Lichtenberg die Probleme ernst und sachlich, in durchaus bescheidener und feiner Weise behandelt haben, dann muß ich sagen, daß mir dieses Komitee auch in der Art seines heutigen Auftretens sehr imponiert hat. Ich glaube, daß das Komitee zunächst einmal mehr und mehr (und das ist entscheidend) von den eigenen Genossen in unserem Bund, in unseren Bezirks- und Landesorganisationen ernst genommen werden wird und noch mehr ernst genommen werden soll, als das bis nun geschieht. Denn wir haben da junge

Menschen, die bereit und entschlossen sind, sich einer Aufgabe zuzuwenden, die hart und schwer und zunächst einmal absolut undankbar ist.

Ich möchte, daß dieses Kontaktkomitee der jungen Freiheitskämpfer auch die Anerkennung der beiden großen Jugendorganisationen findet, deren Unterstützung für die Entwicklung unserer eigenen antifaschistischen Jugendaktivitäten meiner Ansicht nach unerläßlich ist. Wenn es nicht gelingt, die Genossen von den Jugendorganisationen zu überzeugen, daß sie da eine Verpflichtung zu erfüllen haben, die Tätigkeit des antifaschistischen Kontaktkomitees des Bundes der Freiheitskämpfer wirklich zu unterstützen, zu kooperieren und zusammenzuarbeiten, dann, glaube ich, würden sie eine Aufgabe, die ihnen übertragen ist, arg vernachlässigen.

Ich habe heute vormittag einen sehr starken Eindruck von dem erhalten, was unser Genosse Proksch über seine Eindrücke, betreffend den Tiefstand der sozialistischen Bildungs- und Schulungsarbeit, gesagt hat. Das bezieht sich ja nicht nur auf gewisse Gebiete der Partei oder sonstiger Organisationen der Arbeiterbewegung, das bezieht sich natürlich auch auf den Tiefstand der politischen Schulung in den Jugendorganisationen selbst.

Ich habe in einem privaten Gespräch dem Genossen Proksch gesagt, daß ich ein sehr ernster, ein sehr scharfer Beobachter unserer Bildungseinrichtungen bin. Wenn ich nun vergleiche, was zu unserer Zeit an politischer Schulung, an sozialistischer Schulung, an der Formung sozialistischen Denkens, sozialistischer Überzeugung und Gesinnung an jungen Menschen geleistet wurde, dann muß ich sagen, daß es beschämend ist und entsetzlich zu vergleichen, was heute auf diesem Gebiet geschieht oder, richtiger gesagt, in Wirklichkeit nicht geschieht.

Ich bin sehr dankbar, daß der Genosse Proksch hier als Repräsentant einer Generation, die immerhin geschichtliche Bedeutung in der Entwicklung der österreichischen sozialistischen Bewegung erlangt hat, über ein so entscheidendes, wichtiges Problem der sozialistischen Schulungsarbeit gesprochen hat.

Und nun noch einige Worte zu dem, was uns der Genosse Hindels heute gesagt hat. Wir haben da wieder den Beweis, wie ein Genosse in unserer Bewegung Dinge zu sagen hat, und wie das, was er sagt und wie er es sagt, eigentlich nicht so beachtet wird, wie es beachtet werden sollte. Für mich war das Referat des Genossen Hindels nicht nur ein rein rhetorisches, sondern auch ein moralisches Erlebnis. Denn da ist einer gestanden, von dem man in gewissen Parteikreisen immer wieder behauptet: Das ist ein Einzelgänger, das ist die Stimme eines Einzelnen! Was wir heute gehört haben, das war in Wirklichkeit aus dem tiefen Unterbewußtsein unserer Furcht und Angst und Besorgnis die Stimme derer, die aus der Geschichte zu lernen sich bemühen und die wissen, daß entgegen all dem dummen Gerede die Geschichte sich in der Tat wiederholen könnte.

Es ist gar nicht richtig, daß das, was einmal geschehen ist, nie wieder geschehen kann. Sondern alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Parole, von der manche gemeint haben, sie sei veraltet, überholt, ja sogar eine Dramatisierung der Situation darstelle, die gar nicht gegeben ist, die Parole: „Wachsam bleiben und den Anfängen wehren", gerade in der jetzigen Zeit, in der Gegenwart, ihre außerordentliche Berechtigung hat.

Ich brauche hier nicht auf Kärnten einzugehen und kann aus praktischer Erfahrung sprechen. Ich komme nämlich trotz meines jugendlichen Alters noch viel herum und habe Gelegenheit zu sehen, wie es zum Beispiel um manche Organisationen, nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern bestellt ist. Ich habe in einem Wiener Bezirk einen Vortrag gehalten und über den Faschismus gesprochen; aber nicht über den Faschismus als Theorie, sondern ich habe darüber geredet, wovon der Genosse Schneeweiß heute wiederholt gesprochen hat, was hier angedeutet und gesagt worden ist. Über den Faschismus in seiner unmenschlichen, bestialischen Praxis, die die erlebt haben, die jahrelang in den Konzentrationslagern gelebt und dort gelitten haben. Und da ist der Bildungsfunktionär der Sektion, gewählt von der Gesamtheit der sozialistischen Vertrauensmänner und Mitglieder dieser Organisation, aufgestanden und hat mich korrigiert und gemeint: Ja, es wäre aber doch auch notwendig, daß uns der Genosse Ackermann gesagt hätte, daß die Menschen, die da in Konzentrationslagern gehalten wurden, doch zum großen Teil auch zu nützlichen industriellen Zwecken verwendet worden sind.

Der zeitlich immer größer werdende Abstand vom Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hat keineswegs dazu geführt, daß die Notwendigkeit geringer geworden wäre, die Wahrheit über den Faschismus zu verbreiten.
Der Ungeist des Faschismus läßt sich nicht legislativ oder administrativ beseitigen, sondern läßt sich nur überwinden durch den Geist des humanitären Sozialismus. In diesem Sinne sind Sie, liebe Gesinnungsfreunde, nicht nur die beredten Zeugen einer schrecklichen Vergangenheit, sondern auch die Bahnbrecher einer neuen, einer menschlicheren Zeit!"

Aus dem Begrüßungsschreiben von Präsident der Arbeiterkammer Genossen Ing. Wilhelm Hrdlitschka

Und dieser Bildungsfunktionär der sozialistischen Organisation hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß ich noch etwas unterlassen, einen Informationsfehler begangen hätte. Denn in Wirklichkeit, wenn man der historischen Wahrheit die Ehre geben wollte, sind ja diese Konzentrationslager, für die er zwar kein gutes Wort einlegen möchte, von den Engländern schon im Burenkrieg erfunden wurden. Wie könne man sich also dann so entrüsten, wenn die Deutschen die Konzentrationslager in ihrer Art, mit deutscher Gründlichkeit — er würde sagen, mit der gottverdammten Wissenschaftlichkeit, mit der dieses Volk begabt ist —, daß sie die Konzentrationslager eben auf ihre Art geführt haben?

Das ist der Punkt, wo ich zurückkommen und die Gelegenheit benützen möchte, mir selbst Genugtuung zu bereiten. Ich weiß ganz genau: Als ich auf der letzten Bundeshauptversammlung in Anwesenheit des Bundeskanzlers, meines alten Freundes und Genossen Bruno Kreisky, über das Problem der Unterwanderung unserer Bewegung gesprochen habe, da hat es Kärnten noch nicht gegeben, da wußten wir noch nicht, welche Formen und Äußerungen diese Unterwanderung zeigen könnte, wenn es einmal zu einer kritischen Situation kommt. Ich weiß es, Genossen, es ist mir erzählt worden, und ich nehme es gar niemandem übel, es hat mancher aus unserem eigenen Kreis gesagt: Na, das wäre nicht notwendig gewesen, das war übertrieben, und darüber hat sich vielleicht der Genosse Kreisky auch geärgert und gelegentlich ungehalten geäußert.

Sehen Sie, Genossen, ich gehöre zu denen, die von dieser Partei so erzogen worden sind, daß ich das, was ich ehrlich meine, immer wieder auch vor denen auszusprechen versuche, die in der Bewegung die Macht ausüben. Darauf kommt es an, und ich wiederhole das, weil ich auch vor jungen Menschen spreche: Ihr müßt lernen, eine Meinung zu haben, eine ehrliche Meinung, und sie dann vertreten, aufstehen und sie aussprechen. Dazu gehört auch, daß wir sagen, was mit Klagenfurt zusammenhängt, und ich meine, daß wir daraus Entscheidendes zu lernen haben. Klagenfurt haben wir in den Mittelpunkt, in das Zentrum unserer Überlegungen und Betrachtungen zu stellen, denn dort hat sich das Ausmaß der Unterwanderung gezeigt: Kreisky ist also mit Sima hinausgegangen — und es hat mir ein Ehemaliger erzählt, mit dem ich unlängst gesprochen habe, daß er der einzige gewesen sei, der aus dem Saal mit hinausgetreten ist, in dem vielleicht 200 Funktionäre, Gemeinderäte und Bürgermeister versammelt waren! Von der ganzen Gruppe sozialdemokratischer, sozialistischer Bürgermeister ist keiner dagewesen, der es als eine Ehrenpflicht empfunden hätte,

den Bundeskanzler, den Chef der Partei, den Genossen irgendwie zu schützen, der der heulenden, wütenden Banditenmasse von Neofaschisten gegenübergestanden ist, die ihm den „Saujuden" ins Gesicht gebrüllt haben. Das ist die Unterwanderung, das ist die Verderbnis der Partei, das ist die Verderbnis der Bewegung, und damit haben wir uns zu beschäftigen!

Deswegen muß man den jungen Menschen vor allem die Geschichte so lehren, wie sie sich zugetragen hat, man muß die Geschichte darstellen in ihrer vollen Wahrheit. Die Geschichte stellt man nicht in ihrer vollen Wahrheit dar, wenn man zum Beispiel in unserem theoretischen Organ — ich habe hier vor mir die Nummer 4 aus dem Februar 1973 unseres theoretischen Organs „Die Zukunft" — einen Artikel druckt, der den verlockenden und sehr interessanten Titel trägt: „Bewältigung der Gegenwart." Wie wird nun die Gegenwart bewältigt? Ihr müßt mir jetzt gestatten, daß ich daraus ein paar Sätze zitiere. Es wird darauf hingewiesen, wenn man die Dinge genau betrachte und nüchtern feststelle, was damals 1934 bis 1938 geschehen ist, also in der austrofaschistischen Periode, solange es Augenzeugen gibt, die die Wahrheit schildern können, man sich mit der Vergangenheit befassen soll; das sei wichtig. Dagegen hätte ich gar nichts einzuwenden, denn das ist eine durchaus richtige Bewertung.

Aber dann schreibt ein alter Genosse, ein Genosse, der viel journalistische Arbeit geleistet hat — ich kann nicht verstehen, was da über einen geschulten, marxistisch geschulten Sozialisten eigentlich gekommen sein mag —:

„Die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg war eine Zeit, in der sich die Menschen aus ideologischen Gründen bekämpft, ihre Existenz und ihr Leben für irgendwelche Ideale eingesetzt haben." Jetzt hören Sie genau und scharf zu: *„Die dreißiger Jahre sind aus diesem Grund nicht eine Zeit, für die sich der Österreicher schämen muß, sondern im Gegenteil eine Zeit, auf die wir stolz sein können."*

Er sagt, er hätte ... *„selbst bei einer Arbeit über die Zeit von 1929 bis 1938 mit einiger Überraschung entdeckt, wie sehr das nicht nur für die Sozialisten gilt"* — daß es nämlich eine Zeit war, auf die wir stolz sein können —, *„also nicht nur für jene paar tausend Schutzbündler, die im Februar 1934 heldenhaft gekämpft haben, sondern auch für jene zahlreichen Sozialisten, die keine Gelegenheit hatten, damals oder in der Folgezeit ihre Weltanschauung unter Beweis zu stellen, auch für viele Christlichsoziale"* — auch für sie war das eine Heldenzeit, eine große Zeit — *„und für jene Faschisten, von denen viele es heute nicht mehr wahrhaben wollen, daß sie es einmal gewesen sind. Auch für die Kommunisten und in der Zeit vor 1938 sogar für viele österreichische Nazi — denn auch sie haben damals für ihre Überzeugung Gefahren auf sich genommen."*

Das ist meiner Ansicht nach, Genossinnen und Genossen, einer der unbegreiflichsten Ausdrücke dafür, was ich als modernes praktisches Versöhnlertum in der Bewegung bezeichnen möchte. Das ist ein Reden, das keinen Sinn hat, das ist ein Reden, das das Denken der jungen Menschen nur verderben kann. Wir sind in einer Zeit, wo wir eine große Aufgabe vor uns haben! Wie oft ist es hier gesagt worden: Die Alten werden müde, die Alten werden aussterben, und wir haben einander einmal gelobt — ich hoffe, wir bleiben als jene, die müde werden, die aussterben müssen bei diesem Gelöbnis —: Wenn es uns irgendwie gelingen kann, dann soll dieser Bund übernommen werden von einer jungen Generation, die unsere Ideen, unsere Entschlossenheit, unsere Überzeugung und unsere Gesinnung erbt. Diese wird die Aufgabe erfüllen, die nach wie vor gestellt ist und die für das ganze Werden der sozialistischen Welt und Gesellschaft die entscheidende Aufgabe ist!

Ich komme zum Schluß. Einer unserer größten Lehrer — ich habe ihn selbst noch in einigen Reden erlebt —, Victor Adler, hat zu dem österreichischen Proletariat davon gesprochen, wie wichtig es ist, Wähler zu gewinnen, und er sagte dazu: Ebenso wichtig ist es aber, aus Wählern Sozialisten zu machen.

Otto Bauer sagte uns, daß es darauf ankäme, jede Teilbewegung einmünden zu lassen in den Kampf um ein nie zu vergessendes und nie zu verleugnendes Ziel: Dieses Ziel für kämpfende, gesinnungstreue Sozialisten kann stets nur der Sozialismus sein.

Anschließend übernahm Genosse Ackermann wieder den Vorsitz und erteilte der Genossin Jochmann das Wort zu einer Richtigstellung.

Rosa Jochmann

Ganz kurz, Genossinnen und Genossen — es fällt mir schwer, aber ich werde es trotzdem tun. Denn ich möchte dir, lieber Genosse Schneeweiß sagen, daß es nicht ganz so ist, wie du es dargestellt hast. Um den Fall des Genossen Landauer hat sich der Bund der Sozialistischen Freiheitskämpfer viel Mühe gemacht, und wir haben zum wiederholten Male mit dem Genossen Rösch über diesen Fall gesprochen.

Wir haben auch mit ihm selber geredet, und ich möchte nur abschließend dazu sagen, daß der Genosse Rösch den Fall in Ordnung gebracht hat und dem Genossen Landauer gerade jetzt Gerechtigkeit widerfahren ist. Das ist unser Verdienst, muß ich sagen.

Nun gab der Vorsitzende, Genosse Ackermann, bekannt, daß ein Antrag von Genossen Lhotzky eingebracht worden ist. Der Antrag ist nicht im Antragsheft enthalten und Genosse Ackermann ersucht daher den Genossen Lhotzky, den Antrag vorzulesen und dazu einige kurze Erläuterungen zu geben.

Karl Peter Lhotzky

Genossinnen und Genossen! Es ist der Antrag, den der Genosse Peter Seda vorhin ausgearbeitet hat und den das Jugendkontaktkomitee gerne der Bundeshauptversammlung vorlegen möchte, damit dieser Antrag beschlossen wird. Darf ich den Antrag vorlesen:

Antrag Nr. 6

Die Bundeshauptversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die Einrichtungen der Volksbildung, die der Erziehung mündiger Demokraten dienen sollen, nicht zum Tummelplatz neofaschistischer und antidemokratischer Kräfte werden.

Begründung:

Der Österreichische Turnerbund (ÖTB), der nicht nur der „körperlichen Ertüchtigung", sondern auch der „völkischen Erziehung" dient (Rassismus), hält regelmäßig Veranstaltungen (Julfeiern usw.) in Einrichtungen der Volksbildung (Häuser der Begegnung) ab. Bei diesen Veranstaltungen wird die „Glorreiche Zeit" im Sinne der „Herrenmenschen" anschaulichst dem großteils jugendlichen Publikum dargeboten. Wir können nicht einsehen, daß die Einrichtungen der Volksbildung im Sinne der Taktik der alten Nazis (Zerstörung der Demokratie durch Ausnützung ihrer Möglichkeiten) Verwendung finden."

Da der Antrag erst jetzt der Versammlung vorgelegt worden war und daher nicht im Antragsheft aufscheint, stellte der Vorsitzende, Genosse Ackermann, die Frage, ob Einwände

Erinnert euch immer daran, daß man begeistert sein muß, um große Dinge zu tun

dagegen bestehen, den Antrag zu behandeln. Es gab keine Wortmeldungen, so daß sich eine Abstimmung erübrigte.

Weitere Wortmeldungen im Rahmen der Diskussion lagen nicht vor, die Rednerliste war erschöpft und Genosse Ackermann konnte den Referenten, Genossen Hindels, ersuchen, sein Schlußwort zu halten.

Josef Hindels

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß ihr damit einverstanden seid, wenn ich auf ein konventionelles Schlußwort verzichte. Ein konventionelles Schlußwort besteht darin, zu den Ausführungen eines jeden einzelnen Debattenredners Stellung zu nehmen. Es scheint mir das aber wirklich überflüssig zu sein, weil fast alle Debattenredner das ergänzt haben, was ich in meinem Referat über die neonazistische Gefahr, über die Notwendigkeit, wachsam zu sein und den Anfängen zu wehren, gesagt habe. Einigen Diskussionsrednern bin ich besonders dankbar, weil sie das, was ich im Referat gesagt habe, dokumentarisch belegt haben. Alles, was Ihnen hier aus neonazistischen Zeitungen vorgelesen wurde, was Ihnen hier über das Auftreten der uniformierten NDP in der Volkshochschule berichtet wurde, was hier über den Vortrag eines berüchtigten Antisemiten — und das ist der Doktor Scheidl — in der Volkshochschule gesagt wurde, und schließlich, was über die nicht bewältigte Vergangenheit an vielen Beispielen aufgezeigt wurde, unterstreicht nur die Notwendigkeit, den Kampf zu führen.

Ich beschränke mich daher auf einige wenige Bemerkungen, die sich zunächst auf das beziehen, was der Genosse Wedenig über Kärnten gesagt hat, und komme dann auf die Begrüßungsworte des Genossen Dr. Broda zurück.

Für mich war die Rede, die der Genosse Wedenig in der Diskussion gehalten hat, ein Erlebnis. Und zwar deshalb, weil er uns die schwierige Situation bewußtgemacht hat, in der er sich als Kärntner, als ehemaliger Landeshauptmann von Kärnten, als sozialistischer Freiheitskämpfer und als SPÖ-Funktionär befindet, der daran interessiert ist, daß die Partei bei den Gemeinderatswahlen gut abschneidet. Genosse Wedenig hat uns nämlich klargemacht — und das war ein sehr großes Verdienst von ihm —, daß das, was er als Skandal bezeichnet, alles nicht plötzlich gekommen ist, daß das nicht vom Himmel gefallen ist, daß das nicht ein Zufall ist, sondern daß es das Produkt einer langjährigen Entwicklung ist, die die sozialistischen Freiheitskämpfer immer mit Beunruhigung erfüllt hat.

Ohne mich jetzt mit einzelnen Personen beschäftigen zu wollen, weil ich glaube, daß es bei solchen grundsätzlichen Auseinandersetzungen nicht gut ist, Probleme zu personalisieren, möchte ich sagen: In Kärnten — aber nicht nur in Kärnten — war die Auffassung sehr, sehr stark verbreitet, es komme in erster Linie darauf an, die Stimmen der Ehemaligen zu bekommen. Und um dieser Stimmen willen hat man auf eine echte geistige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verzichtet. So konnte es einem passieren (ich sage wieder: nicht nur in Kärnten, denn mir ist das zum Beispiel in einem anderen Bundesland passiert), daß man als Redner in einer Parteiversammlung sprechen soll und einem der Lokalobmann vorher sagt — in diesem Fall selbst ein Opfer des Faschismus! —: Lieber Freund, laß die Nazi in Ruh'! Wir kennen deine Einstellung, aber das können wir da nicht brauchen, das kommt bei unseren Leuten nicht an!

Nur durch eine solche Mentalität konnten Ereignisse entstehen, die dann einen so verdienten Funktionär wie den Genossen Wedenig dazu bringen, daß er uns hier aus innerster Überzeugung sagt: Das, was dort geschehen ist, war ein Skandal! — Ja, es war ein Skandal, aber der Skandal hat nur ans Licht gebracht, was lange vorher an echter geistiger Auseinandersetzung versäumt wurde.

Und nun zum Schluß. Genosse Dr. Broda hat uns hier sehr freundlich begrüßt. Er hat, wie er es immer tut — das ist verständlich —, auf seine Strafrechtsreform hingewiesen, und er hat das zitiert, was im ORF durchgegeben worden ist. Das war eine Erklärung, die ich einem Reporter des ORF gegeben habe. Worum handelte es sich? Ich bitte jetzt um Entschuldigung, wenn ich etwas wiederhole, was ich früher in meinem Referat gesagt habe. Ich habe berichtet, daß wir vor kurzem eine lange Aussprache mit den Genossen Rösch und Broda hatten und daß diese Aussprache vom Standpunkt der Sozialistischen Freiheitskämpfer kein Ergebnis gebracht hat. Denn was wir erreichen wollten, nämlich wirksame Maßnahmen gegen all die neonazistischen Umtriebe, die auch hier von so vielen Diskussionsrednern aufgezeigt worden sind, haben wir nicht erreicht.

Ich habe weiter gesagt, daß der Genosse Dr. Broda, aber auch andere Genossen, uns immer wieder sagen, daß die Demokratie mit einem gewissen Risiko verbunden ist. Denn der Rechtsstaat ist unteilbar, und man kann auch gegen Feinde der Demokratie nur im Rahmen der bestehenden Gesetze vorgehen. Darauf erwiderte ich, daß bestehende Gesetze doch keine „Heiligen Kühe" seien, die man nicht antasten dürfe. Und ich wies besonders darauf hin, daß der Genosse Doktor Broda (das habe ich übrigens auch beim ORF gemacht, aber das ist dort nicht gebracht worden) derjenige ist, der immer wieder in der Öffentlichkeit erklärt: Eine Strafrechtsreform sei deshalb notwendig, weil die Gesetze der veränderten gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt werden müssen. Dabei habe ich die Meinung der Bundeshauptversammlung zum Ausdruck gebracht: Wenn eine solche Strafrechtsreform jetzt beschlossen wird — Genosse Broda hat das angekündigt —, dann legen wir größten Wert darauf, daß eine solche Bestimmung geschaffen wird, die uns nicht mehr in die zutiefst deprimierende Situation bringt, daß uns von den Juristen erklärt wird: Ihr habt in allem, was ihr sagt, recht, aber wir können nichts tun, weil uns die gesetzlichen Grundlagen fehlen.

Wir hoffen also, daß diese Ankündigung der Beginn dafür ist, in Österreich den Kampf gegen den Neonazismus auf gesetzlichem Wege zu führen, denn wir bejahen uneingeschränkt den Rechtsstaat.

Mit dem Schlußwort des Genossen Hindels war das Programm des ersten Tages der Bundeshauptversammlung abgeschlossen. Und nachdem der Vorsitzende, Genosse Ackermann, noch daran erinnert hatte, daß am nächsten Tag die angekündigte Filmvorführung über die seinerzeitige Gedenkfahrt nach Amsterdam zum Anne-Frank-Haus (den Film hatte Genosse Zechner gedreht) um 8 Uhr früh beginne und er hoffe, daß sich viele Delegierte und Gäste rechtzeitig einfinden werden, dankte er nochmals allen Diskussionsrednern für ihre Beiträge, den Delegierten und Gästen für ihre Aufmerksamkeit und vertagte die Bundeshauptversammlung auf den nächsten Tag.

„Liebe Genossinnen und Genossen, unser Haus und viele der leitenden Funktionäre haben an sich selbst erfahren, was faschistischer Terror bedeutet, und wir teilen mit Euch die Überzeugung, daß der Freiheitskampf in den unseligen Jahren 1934 bis 1945 nicht vergessen werden darf. Es ist für uns alle Pflicht, wachsam zu sein, damit unser demokratisches Gemeinwesen nie wieder von totalitären Kräften zerstört wird ..."

Aus dem Begrüßungsschreiben von Generaldirektor der BAWAG Genossen Walter Flöttl

2. Tag unserer Hauptversammlung

Schon um 8 Uhr früh hatten sich viele Genossinnen und Genossen eingefunden, um dem angekündigten Vortrag über die Gedenkfahrt zum Anne-Frank-Haus beizuwohnen. Genossen Zechner war es gelungen, seinen Vortrag so zu gestalten, daß er auch allen jenen, die damals nicht mitkommen konnten, das erschütternde Erlebnis dieses Besuchs vergegenwärtigte.

Um 9 Uhr wurden dann die Beratungen wiederaufgenommen. Vorsitzende war nun die Genossin Frieda Nödl. Sie eröffnete die Tagung und begrüßte vor allem den schon in unserer Mitte weilenden Genossen Dr. Fred Sinowatz, dessen Referat über „Die Erziehung der Jugend zur Demokratie" im Mittelpunkt der heutigen Tagung stand.

Genossin Nödl dankte aber auch nochmals vom Präsidium aus dem Genossen Zechner für den Vortrag von heute morgens und hob besonders hervor, daß er überdies auch noch viele Bilder von der Rembrandt-Ausstellung gezeigt hat; die Sozialistische Partei von heute setzt alles daran, ihre Mitglieder und Freunde mit den unschätzbaren Gütern aus Kunst und Kultur vertraut zu machen. Dann teilte die Vorsitzende noch mit, daß sich die Genossin Jochmann zu Wort gemeldet und gebeten habe, noch vor Eingang in die Tagesordnung sprechen zu können.

Rosa Jochmann

Liebe Genossen und liebe Genossinnen! Es ist für Geburtstagskinder immer sehr schwer, daß sie an dem Tag, an dem sie der Welt geschenkt worden sind — und wenn ich den Kreis hier betrachte, dann muß ich sagen, daß es ein Glück ist, daß so viele Freiheitskämpfer der Welt geschenkt worden sind —, ihrer Familie fernbleiben sollen; aber dafür ist es um so mehr zu würdigen. Wir haben auch heute wieder Geburtstagskinder unter uns, vor allem unseren lieben Genossen Schramm aus Niederösterreich. Wir wollen ihm für all sein Tun und Wirken den herzlichsten Dank aussprechen.

Ich kann es mir gar nicht vorstellen, daß er wirklich schon zu denjenigen gehört, die irgendwie in das „ehrwürdige" Alter einrücken. Er schaut eigentlich so harmlos, so still und so bescheiden aus — aber das trügt. So war es auch in der Zeit, da wir in Wiener Neustadt eine Bastion des illegalen Kampfes hatten. Und wenn der Erwin irgendwie geschnappt worden ist, dann hat er genauso unschuldig dreingeschaut, wie er heute dreinschauen kann; aber — bitte schön, laßt euch nicht täuschen — er ist weder jetzt so ein „Unschuldiger" noch ist er es in der Illegalität gewesen. Damals war es aber ein Glück, wenn einem nicht direkt ins Gesicht geschrieben stand, was einer gedacht hat.

Also, lieber Erwin, du mußt schon ein bißchen näherkommen, ich kann dir ja nicht über das Podium hinweg gratulieren. Ich möchte dir vom Bundesvorstand etwas mit auf den Weg geben*, und wir möchten dir für alles, was du getan hast, allerherzlichst danken.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir haben auch einen Salzburger hier, der heute Geburtstag hat, den Genossen Sepp Heuberger. Er gehört in diesem Kreis, wie man ja sehen kann, zwar zur „Jugend", nähert sich aber doch schon irgendwie jenem Alter, wo man beginnt, nachdenklich auf die Jahreszahl zu blicken. Jedenfalls gehört der Genosse Sepp Heuberger zu jenen Menschen, für die der Einsatz für die Idee des Sozialismus immer eine Selbstverständlichkeit war und eine Selbstverständlichkeit geblieben ist. Auch dir unsere herzlichen Glückwünsche! Und unseren Blumengruß wollen wir dir nach Hause schicken.

Aber damit habe ich noch nicht abgeschlossen. Es begeht heute einer der ganz Großen unserer Partei, der frühere Bürgermeister von Linz, der Genosse Koref, ebenfalls seinen Geburtstag — er wird nämlich heute 82 Jahre alt —, und wer den Genossen Koref kennt, der weiß, daß er nicht nur für Linz eine Persönlichkeit gewesen ist, sondern weit über Linz und — ich kann sagen — über Österreich hinaus wirkte. Und wer vor kurzem sein Referat gehört hat — wir werden es ja auch in unserer Zeitung lesen —, der kann nur bewundern, daß ein Mensch nach all den Erlebnissen und mit seinem Alter eine so wunderbare, klare, positive und wegweisende Rede halten kann.

Wir werden von dieser Konferenz aus auch dem Genossen Koref unsere innigsten und herzlichsten Glückwünsche und unseren Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß er so geblieben ist, wie er ist. Freundschaft!

Nach den Glückwünschen, die Genossin Jochmann im Namen des Bundesvorstandes ausgesprochen hatte, richtete die Vorsitzende, Genossin Frieda Nödl, einige Worte an den Genossen Dr. Fred Sinowatz und an die Versammlung. Sie wies darauf hin, daß der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus nicht etwa, wie man oft in oberflächlichen, ja geradezu leichtfertigen Äußerungen hören könne (sogar in unserer eigenen Partei!), ein „Veteranenverein" sei. Er sei vielmehr gerade als das gegründet worden, was Genosse Kreisky vor zwei Jahren und Genosse Marsch gestern bei seiner Begrüßungsansprache wieder betont haben: Als das mahnende Gewissen der Partei! Und sie führte dann abschließend aus:

Wir glauben, wir sind es unseren Kameraden schuldig, die in den KZ und in den Zuchthäusern im Kampf für ein demokratisches Österreich zugrunde gegangen sind, daß wir dafür sorgen, daß die Erinnerung an das Grauen wachgehalten wird, das einst unser Land beherrschte; nicht um Rache zu üben, sondern um zu verhüten, daß die Jugend von heute wieder einmal so schreckliche Dinge erleben muß, wie wir sie durchmachen mußten.

Wer heute die „Arbeiter-Zeitung" aufschlägt und auf Seite 5 die Bilder von NDP-Funktionären in Uniform (!) sieht, wer einmal erlebt hat, was es seinerzeit bedeutet hat, wenn solche uniformierte Strolche durch unsere Städte und Dörfer gewandert sind, dem geht ein Grauen durch den ganzen Körper.

Wir haben uns deshalb auch die Aufgabe gestellt, nicht nur am Beispiel Vergangenheit zu zeigen, was verhütet werden muß.

Und wenn wir dich, Genosse Sinowatz, gebeten haben, heute zu uns zu kommen und über die Erziehung der Jugend zur Demokratie zu sprechen, so vor allem auch deshalb, weil wir wissen, daß in den Schulen noch viel zuwenig getan wird, um der Jugend zu helfen, die Dinge richtig zu sehen.

Nun ergriff der Unterrichtsminister, Genosse Dr. Fred Sinowatz, das Wort zu seinem Referat, das auf Seite 2 wiedergegeben ist.

* Unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden begab sich Genosse Schramm aufs Podium zum Rednerpult, wo ihm Genossin Rosa Jochmann einen Strauß roter Nelken und ein Geschenk überreichte.

Die Vorsitzende, Genossin Frieda Nödl, dankte dem Genossen Dr. Sinowatz für sein ausführliches und richtungweisendes Referat mit herzlichen Worten und sagte unter anderem:

Frieda Nödl

Genosse Sinowatz hat im Burgenland in der schwersten Zeit gewirkt, damals, als es in dem kleinen Ort noch wesentlich schwerer war, politisch zu arbeiten, als in einer Stadt. Wir setzen daher gerade in Dich, Genosse Sinowatz, sehr viel Vertrauen als Unterrichtsminister, weil wir wissen, daß Du Verständnis dafür hast, daß es für alle Menschen nur besser werden kann und daß die Freiheit nur gesichert ist, wenn die Jugend von heute die richtige Erziehung genießt. In dieser Überzeugung danke ich Dir nochmals für Dein Referat recht herzlich.

Dann begrüßte Genossin Nödl die Genossen Dr. Karl Mantler und Dr. Manfred Scheuch, die zur heutigen Tagung der Bundeshauptversammlung gekommen waren. Und sie teilte noch anschließend mit, daß bereits zehn Wortmeldungen zum Referat vorlägen. Das mache es mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung, die jedem Debattenredner zehn Minuten Redezeit zubillige, notwendig, alle Genossen und Genossinnen zu bitten, sich möglichst kurz zu halten und Wiederholungen in der Diskussion zu vermeiden.

Und nun erteilte Genossin Nödl dem ersten Debattenredner, Genossen Ernst Toch, das Wort, der namens der Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz unter anderem sagte:

Ernst Toch

Vorerst erlaube ich mir, Ihnen im Namen jener Menschen, die zwar wohl sehr oft zitiert werden, von denen aber keiner annimmt und nur ganz wenige wissen, daß es überhaupt noch welche gibt, im Namen der Überlebenden des wohl schrecklichsten Konzentrationslagers des Dritten Reichs, im Namen der Überlebenden von Auschwitz für die sie sehr ehrende Einladung zu danken, die an mich ergangen ist. Und ich bitte im vorhinein um Entschuldigung für das Mißverhältnis, das jetzt im Vergleich zu den Ausführungen des Genossen Sinowatz im besonderen eintreten wird; denn es wird mir kaum gelingen, dieses Niveau zu halten. Und es wird mir auch nicht gelingen, das Feuer und die Flamme der Begeisterung zu wecken, die im Laufe der Ausführungen und der Appelle meiner Vorredner von gestern und heute auf diese Versammlung ausgestrahlt sind.

Nun, ich habe überlebt und ich darf heute hier stehen und berichten, daß es gelungen ist, im Rahmen der Betreuung einer Ausstellung — der Auschwitzausstellung in der Wiener Arbeiterkammer — den führenden Genossen zu beweisen, daß wir alten Häftlinge, auch wenn wir keine besonderen Funktionen im öffentlichen Leben ausfüllen, doch in der Lage sind, jungen Menschen zu vermitteln, was wir erfahren haben. Und in dieser Atmosphäre einer solchen Ausstellung war es auch möglich, sie zu dem Bewußtsein hinzuführen, was es bedeutet, in einer Demokratie zu leben! Wir zeigten ihnen, was ununterbrochen zu tun ist, damit uns diese Demokratie erhalten bleibt, und führten ihnen vor allen Dingen vor Augen, daß der Faschismus, in welcher Form immer, seinen größten, seinen stärksten, seinen gefährlichsten Gegner in den Arbeiterbewegungen sieht, vor allem in der Sozialdemokratie. Denn immer war es die sozialdemokratische Arbeiterbewegung oder ihre Randorganisationen, die vom Faschismus als allererste zerschlagen worden sind.

Drei Jahre hat diese Ausstellung als Mittel zur Information der Jugend funktioniert, als Mittel, um Lücken im Zeitgeschichte-Unterricht auszufüllen. Nach drei

Jahren — das ist jetzt sechs Jahre her — ist diese Ausstellung von der Bildfläche verschwunden, obwohl entsprechend einer Anregung des Herrn Bundespräsidenten der Stadtschulrat diese Ausstellung mit der Auflage übernommen hat, sie als Dauereinrichtung in den Schulunterricht einzubauen.

Es wurden sogar Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und adaptiert. Sechs Jahre sind vergangen. Jetzt gibt es ein Bezirksmuseum des 1. Bezirkes dort — aber keine Ausstellung „Nie wieder".

Genosse Toch appellierte zum Schluß seiner Ausführungen an den Unterrichtsminister, die Auschwitz-Ausstellung „Nie wieder" weiter in den Dienst des Unterrichtes zur Zeitgeschichte zu stellen.

Dann kam Genosse Dr. Schneeweiß zu Wort, der an die Situation an den Mittelschulen in den dreißiger Jahren erinnerte und zugleich an die Zustände an den österreichischen Hochschulen und Universitäten, als die „Roten" einfach aus den Hörsälen hinausgeprügelt wurden. Er kam dann auf die so dringend nötige Erziehung der Jugend zu mündigen Bürgern unserer demokratischen Republik zu sprechen und sagte unter anderem:

Dr. Josef Schneeweiß

Erziehung zur Demokratie: Uns interessiert natürlich, zu was für einer Demokratie wollen wir die jungen Leute erziehen? Wollen wir die jungen Leute zu einer reaktionären Demokratie erziehen, wie wir sie zum Beispiel heute in Frankreich haben, wo das Volk darüber abstimmen wird, ob der Gaullismus bleibt oder nicht, wo in einem Wahlkreis in der Provinz 20.000 Wähler einen Abgeordneten wählen, wo aber in einem Wahlkreis in der Umgebung von Paris 120.000 Wähler einen Abgeordneten wählen, oder wollen wir eine fortschrittliche, eine sozialistische Demokratie? Wir wissen, dieses Modell sozialistischer Demokratie besteht heute noch nicht, und es ist unsere Aufgabe, es wäre die Aufgabe der österreichischen Sozialisten, in dieser Richtung vorzustoßen. Daß die Volksdemokratie keine Demokratie ist, brauche ich hier in diesem Kreis wohl nicht näher zu erörtern.

Ich möchte daher zum ausgezeichneten Referat des Genossen Sinowatz eines hinzufügen: Der Erfolg der Erziehung zur Demokratie ist meiner Meinung nach

nicht ausreichend, denn zur Demokratie bekennen sich die Leute doch mehr oder minder deswegen, weil ja gar keine andere Alternative besteht. Freilich, viele, gut die Hälfte oder zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung sind natürlich für die Demokratie; aber diese Begeisterung zur Demokratie, wie wir sie uns eigentlich im Jahre 1945 gewünscht hatten, die ist heute doch nicht mehr vorhanden.

Aber warum ist sie heute nicht vorhanden? Weil dieser Impetus, dieses weitere Vorstoßen zu einer fortschrittlichen Demokratie bis heute eben doch etwas zu wünschen übrigließ. Ich weiß natürlich sehr genau, daß man in drei, vier Jahren sozialistischer Regierungspolitik keine Wunder wirken kann; aber jeder weitere Schritt in dieser Richtung würde irgendwie die Menschen aus ihrer Lethargie, aus ihrer ständigen Kritik und Nörgelei an den Dingen, die wir machen, doch herausreißen.

Nun, vieles hängt natürlich mit einer Sache zusammen: 25 Jahre hindurch beherrschte die Reaktion das Unterrichtswesen. Und unser Genosse Sinowatz wird heute oft wegen Dingen angegriffen, die die anderen verbrochen haben. Der Unterrichtsminister war ein ÖVPler, der Finanzminister war ein ÖVPler. Aber die Bauern waren natürlich der ÖVP wesentlich wichtiger als irgendwelche Verbesserungen des Unterrichtswesens. Allein schon die materiellen Voraussetzungen wurden vernachlässigt, und vom Geist wollen wir überhaupt nicht reden. Meine Frau ist eine Mittelschulprofessorin, und auch von dieser Richtung weiß ich etwas. Ich habe mit Mädchen aus dieser Schule immer gesprochen. Die haben nicht einmal vom spanischen Bürgerkrieg etwas gewußt.

Man hätte nämlich im Jahre 1945 schon eine große Erziehung der Massen, eine große Erziehung unserer Funktionäre durchführen müssen. So ist es also nicht allein die Schuld mancher Leute, daß sie nicht zu 100 Prozent Sozialisten geworden sind, der gleiche Pragmatismus aber hat es mit sich gebracht, daß man gleichzeitig die Ideologie 100prozentig vernachlässigt hat. Leute, die von einer sozialistischen Idee gesprochen haben, wurden vielfach als „Spinner", als Michael Kohlhaas und anderes dargestellt. Nun, so liegen die Dinge nicht.

Ich habe aber auch eine Bitte an den Unterrichtsminister. Da draußen vor dem Saal stehen einige Tafeln über den spanischen Bürgerkrieg. Man könnte diese Tafeln vielleicht an österreichischen Mittelschulen oder Volkshochschulen oder wo immer — Genosse Doktor Sinowatz wird das besser wissen als ich — als Zeitdokumentation zur Verfügung stellen.

Viele wissen nicht, daß unser kleines Land das größte Kontingent an Freiwilligen in den Internationalen Brigaden gestellt hat. Und die Österreicher, die junge Generation, ja vielleicht sogar viele Menschen bis 50, wissen von unserer Existenz und von den Opfern, die wir gebracht haben, überhaupt nichts; noch viel weniger als von den Opfern der Widerstandskämpfer hier im eigenen Lande selbst.

Nächster Diskussionsredner war die Genossin Dr. Lichtenberg vom Antifaschistischen Kontaktkomitee. Sie zitierte Max Adler und wies darauf hin, daß die Erziehung — auch die politische Erziehung — schon im frühesten Kindesalter beginnt.

Dr. Ruth Lichtenberg

Beim Geschichtsunterricht kommt der Erziehung zur Demokratie und somit der politischen Erziehung die größte Bedeutung zu. In der Praxis wird dieser Tatsache aber kaum Rechnung getragen. Es gibt allerdings noch keine hundertprozentige Untersuchung über den Zeitgeschichte-Unterricht; in den Lehrplänen ist er zwar vorgeschrieben und verankert, aber man kann sagen, daß bis vor einigen Jahren die Zeitgeschichte in den Schulen mit dem Ersten Weltkrieg beendet war. Heute ist es in der Regel wenigstens so weit, daß doch auch der Zweite Weltkrieg behandelt wird, allerdings — und das ist jetzt das Wesentliche — nicht von Leuten, die dazu geeignet und berufen wären.

Damit bin ich eigentlich schon beim Kernproblem. Wir haben gehört, daß zum Teil noch immer Lehrkräfte unterrichten, die in der Nazizeit erzogen worden sind und die daher heute noch faschistoide Theorien vertreten.

Wenn wir uns aber gar anschauen, wie die Geschichtslehrer an den Hochschulen ausgebildet werden, dann sehen wir, daß sich hier überhaupt nichts geändert hat und daß sich — das klingt sehr pessimistisch — in den nächsten 30 Jahren wahrscheinlich auch nichts ändern wird.

Ich habe mir die Prüfungsanforderungen für Lehramtskandidaten an allgemeinbildenden höheren Schulen angesehen und mir einiges herausgeschrieben. Dabei zeigt sich, daß den Reformbestrebungen, wie sie vor allem in der letzten Zeit zu beobachten waren, nur in ein paar „Alibi"-Pflichtvorlesungen Rechnung getragen wird.

Ich nenne jetzt diese Vorlesungen und schicke gleich voraus, daß es sich dabei um zweistündige Vorlesungen handelt, die durch ein einziges Semester besucht werden müssen. Was man dabei an Ahnung von dem kriegen kann, was dann unterrichtet werden soll, ist sehr fraglich. Es sind das: Eine Vorlesung über das österreichische Regierungssystem, eine Vorlesung über Gesellschaft und Politik in der Gegenwart, eine Vorlesung über Grundbegriffe der Rechtsordnung, eine Vorlesung über „Einführung in die Nationalöko-

Resolution Nr. I

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer stellt fest, daß seine wiederholt ausgesprochenen Warnungen vor neonazistischen Umtrieben in Österreich durch Ereignisse bestätigt wurden, die im In- und Ausland Beunruhigung hervorgerufen haben.

Die unter dem Vorwand des Streites über zweisprachige Ortstafeln in Kärnten veranstalteten Demonstrationen, bei denen auch antisemitische Parolen gerufen wurden, dürfen nicht unterschätzt werden.

Auch die Warnungen der sozialistischen Freiheitskämpfer vor den Umtrieben der neonazistischen NDP haben sich als berechtigt erwiesen. Diese zahlenmäßig kleine, aber militante Gruppe war an den gesetzwidrigen Ausschreitungen in Kärnten maßgeblich beteiligt. Sie hat in großen Teilen des Bundesgebietes gezielte Schmieraktionen durchgeführt, wobei vor allem rassistische Parolen verwendet wurden.

Wie aus den Veröffentlichungen der Tageszeitungen bekannt ist, wurden in einer Versammlung der NDP weitere rassistische Aktionen angekündigt. In dieser Versammlung wurden auch die Taten der SS verherrlicht und Morddrohungen gegen den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler ausgestoßen. Ebenso wie die in Österreich legal erscheinenden Neonazizeitungen versucht die NDP an vorhandene Stimmungen des Fremdenhasses anzuknüpfen, um Teile der Bevölkerung für rassistische Aktionen zu gewinnen.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer haben Verständnis für das Argument, daß in einem Rechtsstaat auch gegen die Feinde der Demokratie nur Maßnahmen im Rahmen der Gesetze zulässig sind. Aber erweisen sich die geltenden Gesetze als unzureichend, dann sind sie zu novellieren oder durch neue Gesetze zu ersetzen.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer appellieren an den Klub der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte, bei der Beschlußfassung über die Strafrechtsreform dafür zu sorgen, daß gesetzliche Grundlagen für einen wirksamen Kampf gegen neonazistische Umtriebe und rassistische Verhetzung geschaffen werden.

nomie" und eine Vorlesung „Einführung in die Soziologie". Ich betone noch einmal: Das sind zweistündige Vorlesungen.

Genauso wie in der Schule liegt die Behandlung der Zeitgeschichte auch an der Universität sehr im argen. Laut Vorschrift muß zwar der Studierende Vorlesungen und Seminare aus Neuerer Geschichte besuchen; aber die Neuere Geschichte beginnt ja schon beim 15. Jahrhundert. Das heißt also, daß es einem Studierenden der Geschichte durchaus möglich ist, etwa eine Vorlesung und ein Seminar über Machiavelli zu besuchen, womit er dieser Anforderung Genüge getan hat und fähig ist, zur Lehramtsprüfung anzutreten. Bei dieser Lehramtsprüfung hat er wieder eine Hausarbeit aus Neuerer Geschichte vorzulegen und eine Prüfung aus Neuerer Geschichte zu machen. Dann wird er sich selbstverständlich wieder einen Fragenbereich aus dem aussuchen, was er eben vorbereitet hat.

Das heißt also, daß dann Geschichtslehrer unterrichten, die keine Ahnung von der wirklichen Zeitgeschichte haben.

Dazu muß hier noch etwas erwähnt werden: Der Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Wien ist ein gewisser Professor Wolfram. Dieser Herr Wolfram ist der Sohn des FPÖ-Gemeinderates Wolfram, der ja wegen seiner faschistischen Theorien bekannt ist, die er in der Vergangenheit vertreten hat und in der Gegenwart immer noch vertritt. Dieser Professor Wolfram, der übrigens auch die Betreuung der Lehramtskandidaten für Geschichte über hat, ist 35 Jahre alt; das heißt also, daß er mindestens die nächsten 30 Jahre noch aktiv sein wird! Was Wunder, daß 75 Prozent der Geschichtsstudenten, und zwar der Institutsvertretung der Geschichtsstudenten, dem Ring Freiheitlicher Studenten angehören.

Genossin Dr. Lichtenberg teilte dann noch mit, daß das Antifaschistische Kontaktkomitee beschlossen habe, in nächster Zeit eine Vorlesung zum Thema „Zeitgeschichte" durchzuführen, weil damit dokumentiert werde, daß das eine der wichtigsten Aufgaben sein wird.

Sie schloß ihre Ausführungen mit dem Hinweis auf einige gute Geschichtsbücher, die sie auch dem Präsidium überreichte beziehungsweise zur Ansicht vorlegte.

Auch der nächste Redner, Genosse Lhotzky, gehört dem Antifaschistischen Kontaktkomitee an. Er stellte zuerst die Frage, welche „Gesellschaft" Genosse Dr. Sinowatz in seinem Referat gemeint habe und fuhr dann fort:

Wir haben es verlernt, Genossinnen und Genossen, uns von der derzeit bestehenden Gesellschaft selbst in Gedanken zu lösen; wir nehmen sie einfach als gegeben an. Ich glaube aber, das ist das Schlechteste, was man innerhalb einer sozialistischen Bewegung machen kann. Denn wir können nur dann eine sozialistische Gesellschaft erreichen, wenn wir täglich dafür kämpfen, die bestehende Gesellschaft verändern.

Genosse Lhotzky kam in seinen weiteren Ausführungen auch auf den Rummel zu sprechen, der seinerzeit durch die Affäre Karl Schranz ausgelöst wurde. Unsere führenden Genossen selbst hätten dabei ihre Unterstützung nicht versagt, als die Massenmedien Tausende auf die Straße brachten. Als aber eine Veranstaltung stattfand „125 Jahre Kommunistisches Manifest", da wäre es kaum möglich gewesen, einen Saal zu füllen.

Da der nächste Debattenredner, Genosse Josef Schramayr, auf das Wort verzichtet hatte, kam Genosse Karl Mark zu Wort. Er sagte unter anderem:

Resolution Nr. II

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus drückt dem vietnamesischen Volk, das jahrelang unter einem grauenhaften Krieg zu leiden hatte, seine tief empfundene Solidarität aus.

Es ist zu hoffen, daß der Waffenstillstand zu einem dauerhaften Frieden führt, und nicht wieder versucht wird, durch Bombardierungen und andere Mittel der brutalen Gewalt, dem vietnamesischen Volk den Willen ausländischer Großmächte aufzuzwingen.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer begrüßt die von jungen Sozialisten eingeleitete Solidaritätsaktion für Vietnam und fordert seine Mitglieder auf, diese Aktion zu unterstützen.

Karl Mark

Schule ist ebenso wie Erziehung eine Funktion der Gesellschaft. Das ist ein Standpunkt, der für jeden Marxisten eigentlich selbstverständlich ist und den ich persönlich durch 20 Jahre im Parlament bei jeder Unterrichtsdebatte vertreten habe; dabei immer angefeindet von den anderen, aber zum Teil auch von unseren eigenen Genossen, die das nicht verstehen konnten und die immer wieder geglaubt haben, Schule sei eine autonome Angelegenheit.

Wenn ich Bedenken gegen das Hochschulorganisationsgesetz habe, das zwar nicht unmittelbar zu Deinem Bereich gehört, Genosse Sinowatz, so möchte ich sagen: Ich halte die Drittelparität bei den Hochschulen in der Form, in der sie uns dargelegt wird, nämlich Lehrer, Studenten und Assistenten, für falsch. Ich glaube vielmehr, die Drittelparität müßte sein: Lehrer, Hörer und die Gesamtheit. Das alte Prinzip, das in den seinerzeitigen Vorschlägen von Otto Bauer zur Gesellschaftsreform immer wieder vorkam, daß nämlich neben die Konsumenten und die Produzenten auch die Interessen der Gesamtheit gestellt werden müßten, ist, glaube ich, auch heute noch richtig.

Genosse Mark kam auch auf einen Vorschlag zu sprechen, der vom seinerzeitigen Unterrichtsminister abgelehnt wurde, den man aber jetzt doch wieder in Erwägung ziehen sollte: Abgeordnete mögen sich zu Diskussionen mit Oberschülern zur Verfügung stellen, vielleicht auch mit den Schülern des Polytechnischen Lehrganges. Es komme darauf an, daß die jungen Menschen diskutieren lernen, denn Demokratie sei Diskussion. Und er setzte fort:

Wenn wir wirklich politische Bildung in die höheren Schulen und in den Polytechnischen Lehrgang bringen wollen, wenn man also die Jugendlichen über 14 Jahre damit befassen will, so sollte man das mit Leuten organisieren, die aus dem politischen Leben kommen. Man wird wahrscheinlich nicht genug Abgeordnete finden — aber man wird genug Leute finden, die das tun können, die in Diskussionen mit den jungen Menschen die Fragen behandeln können und die imstande sind, auf Fragen, die unmittelbar, also nicht manipuliert gestellt werden, auch wirklich einzugehen.

Der nächste Diskussionsredner war Genosse Leo Lesjak, der sich zuerst ebenfalls mit dem ORF und mit einigen Fernsehsendungen, die unseren besonderen Protest herausforderten, befaßte. Und auch er betonte die gefährlichen Auswirkungen solcher Manipulationen besonders auf die Jugend, denn ungleich den Erwachsenen, die früher offenen Auges die Geschehnisse verfolgen konnten, fehlt den jungen Men-

schen das Wissen um die Dinge, so daß sich ihre Meinungsbildung in einer vollkommen falschen Richtung entwickle. Und er setzte fort:

Der ORF legt die Pressefreiheit praktisch nur im Sinne unserer Gegner aus. Wenn von sieben Akademikern im ORF-Nachrichtendienst sechs CVer sind, dann ist es kein Wunder, wenn die Sendungen dann anders aussehen, als es die Objektivität verlangen würde. Wir aber wollen eine objektive Berichterstattung, natürlich keinen (wie sie sagen) Regierungsrundfunk, aber noch weniger einen Antiregierungsrundfunk!

Nun nimmt der ORF als größtes Massenmedium eine Monopolstellung ein und geht seine eigenen erzieherischen Wege. Was folgt daraus? Ich habe es ganz kurz schon erwähnt: Verantwortlich für die Erziehung

ist zwar der Staat und seine Regierung, aber der ORF wird von niemand daran gehindert, Volk und Jugend einseitig zu beeinflussen.

Wissen die Genossinnen und Genossen, ja wissen die Österreicher, was das für die Zukunft bedeutet? Ich meine, darin liegt eine Riesengefahr! Denn politisch Kurzsichtige werden vom ORF aufgeputscht; er selbst putzt sich aber ab und hat keine Verantwortung, wenn es unangenehm wird oder schiefgeht.

Nach 35 Jahren muß man also eine gewisse Verflachung und ein Nachlassen der demokratischen Erziehung und der objektiven Berichterstattung feststellen und darüber besorgt sein. Ich ziehe aus dem, was wir erlebt haben, aber Schlüsse und glaube, daß die zwei Vorschläge, die ich nun vorbringe, auch realisiert werden können.

Ich schlage erstens vor, ein Protestschreiben an den ORF und den Programmbeirat zu richten, wobei sich — ich bin überzeugt — auch die anderen zwei Verbände anschließen werden. Das wird bestimmt seine Wirkung haben.

Zweitens müssen wir in geeigneter Form mit dem ORF in Kontakt treten und verlangen, daß derartige Sendungen, wie sie in letzter Zeit gezeigt wurden und wahrscheinlich auch in Zukunft noch gezeigt werden sollen, in irgendeiner Form gemeinsam mit den Opferverbänden abgesprochen werden sollen.

Die Vorsitzende, Genossin Frieda Nödl, wies nun darauf hin, daß noch fünf Wortmeldungen vorlägen und ersuchte die Debattenredner, sich möglichst kurz zu fassen und die Redezeit einzuhalten. Dann erteilte sie dem Genossen Seda das Wort.

Peter Seda

Liebe Genossinnen und Genossen! Genosse Sinowatz hat in seinem Referat erwähnt, daß die Durchsetzung der Demokratisierung an den Schulen nicht durch Deklarationen, Verordnungen und Erlässe geschehen kann. Das ist selbstverständlich, und das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen.

Nun, vor einiger Zeit, vor eineinhalb Jahren, hat sich das am Beispiel des Mürzzuschlager Geschichtsprofessors Stadler gezeigt, der in seinem Unterricht — damals im Freifach „Politische Bildung" — fortschrittliche und kritische junge Menschen heranzubilden versuchte. Die konservative Schulbürokratie der Steiermark, die von einem ÖVP-Landesschulrat und von ÖVP-Funktionären aus der Professorenschaft beherrscht wird, hat diesen Mann praktisch abgesägt und ihm jede politische Aktivität und jede bildnerische und erzieherische Aktivität an den Schulen unmöglich gemacht.

Aber wir dürfen uns nicht nur auf die konservative Schulbürokratie ausreden; wir können ja auch offensiv werden. Besonders unsere sozialistischen Professoren, denen ich hier diesen Vorwurf mache, sind viel zu ängstlich. Sie lassen sich von ihren konservativen Kollegen einschüchtern. Aus meiner eigenen früheren Tätigkeit bei den sozialistischen Mittelschülern ist mir bekannt, daß sich sozialistische Direktoren viel mehr vor Aktivitäten kritischer junger Menschen fürchten als konservative Direktoren, weil sie den Druck ihrer konservativen Kollegen fürchten. Hier möchte ich also den Appell an die sozialistischen Mittelschulprofessoren und Mittelschuldirektoren richten, sich nicht ängstlich zu verkriechen, sondern im Sinne der Erziehung zur Demokratie und auch der Erziehung zum Sozialismus tätig zu werden.

Genosse Seda brachte dann noch Beispiele aus verschiedenen Schulen und kam nochmals auf die Gesamtfrage der politischen Bildung zurück, die sich nicht nur im Elternhaus, sondern so wie in der Schule selbst, auch in der Volksbildung vollziehe.

Dann kam Genosse Dr. Moser zu Wort, der den Diskussionsbeitrag des Genossen Toch ergänzte und abschließend an den Unterrichtsminister appellierte, alle Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen, die den Jugendlichen die Zeit von 1938 bis 1945 so vor Augen führen, wie sie wirklich war.

Dr. Jonny Moser

Ich fühle mich verpflichtet, wegen des Diskussionsbeitrages des Genossen Toch eine kleine Berichtigung hier vorzubringen.

Wir wissen, Genosse Toch hat sich sehr viele Meriten in dem Bestreben erworben, die Zeit von 1938 bis 1945 einem breiteren Publikum bekanntzumachen. Er hat ja, wie er selbst erwähnt hat, die Ausstellung „Nie wieder" in der Arbeiterkammer gestaltet, und ich muß sagen, es war eine der besten Ausstellungen, die ich persönlich gesehen habe.

Vor sechs oder sieben Jahren wurde diese Ausstellung vom Stadtschulrat angekauft; es war beabsichtigt, die Ausstellung in Form eines Museums in einem geeigneten Saal unterzubringen. Man sprach damals vom sogenannten Ratssaal im Alten Rathaus, der ja zu einer Ausstellungshalle umgebaut wurde. Aber irgendwie scheint dem Stadtschulrat entweder das Geld ausgegangen zu sein oder man dachte sich, daß eine Ausstellung wie die Ausstellung „Nie wieder" vielleicht zu schade wäre, um in Form eines Museums irgendwo zu stehen. Diese Ausstellung sollte also in Form einer Wanderausstellung — die gibt es nämlich auch — von Schule zu Schule gehen. Aber die Ausstellung steht heute weder in Form eines Museums noch wandert sie als Wanderausstellung von Schule zu Schule.

Ich möchte aber hier als Mitglied des Bezirksmuseums Innere Stadt und auch als Mitglied des

Dokumentationsarchivs klipp und klar erklären: Die Verwaltung dieser Ausstellung haben wir über. Sie steht daher jederzeit für Ausstellungszwecke zur Verfügung und es ist nur notwendig, sich rechtzeitig anzumelden.

Im Zusammenhang mit der Frage der Aktivierung der Ausstellung „Nie wieder" ergriff auch Genosse Exenberger das Wort.

Herbert Exenberger

Bitte mir zu verzeihen, wenn ich mich noch einmal zu Wort melde. Aber wie ich schon gestern angedeutet habe, bin ich im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, und da Genosse Toch die Formulierung gebraucht hat, wir könnten keine echte Atmosphäre vermitteln, möchte ich dazu etwas sagen.

Die Ausstellung „Nie wieder" wäre für uns sehr wertvoll; nur haben wir jetzt in diesem Raum die Ausstellung „Nationalsozialismus in Österreich — Versprechen und Wirklichkeit", wo wir an Hand von Plakaten die NS-Versprechungen antikapitalistischer Natur und im Gegensatz dazu die konkreten Ergebnisse aufzeigen, die dann das braune Terrorregime gebracht hat. Es ist weiter geplant, in diesem Ausstellungsraum eine Spanienausstellung zu zeigen. Und außerdem werden wir gemeinsam mit dem Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung im nächsten Jahr eine große Februar-1934-Ausstellung machen.

Genosse Exenberger wies auch noch darauf hin, daß trotz der Unterstützung durch den Unterrichtsminister, der in Erlässen zum Besuch des Dokumentationsarchivs aufgefordert hatte, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Lehrerschaft mit den Schülern gekommen sei.

Nächster Redner war Genosse Menahem Bargil, der einleitend auf die Jura-Soyfer-Ausstellung hinwies und betonte, daß alles, was damals über die Lehrer und die Schule geschrieben worden ist, auch heute noch gelte. Auch er brachte Beispiele, die zeigten, daß es immer wieder vorkommt, was nicht gern zugegeben wird. Lehrer, die gegen faschistische oder neofaschistische Umtriebe auftreten oder die ihrerseits für eine demokratische Erziehung sorgen, müssen immer wieder damit rechnen, von einem reaktionär eingestellten Vorgesetzten gerügt oder zurechtgewiesen zu werden. Und er meinte:

Wenn wir die sozialistischen Lehrer, diejenigen also, die in Ordnung sind, immer wieder die Erfahrung machen lassen, daß ihre Bemühungen nichts wert sind, daß sie nichts tun dürfen, daß sie letzten Endes nur Unannehmlichkeiten haben — dann wird sich der eine oder andere schließlich auch zurückziehen. Denn man will ja schließlich nicht ein Held sein, sondern man will ja unterrichten.

Zum Schluß seiner Ausführungen kam der Redner noch auf einen Vortrag zu sprechen, der vor einiger Zeit im Institut für Gesellschaftspolitik stattfand und sich mit der Qualität des Lebens befaßte. Er meinte, daß man speziell den jungen Menschen klarmachen sollte, daß das sogenannte Wirtschaftswachstum nicht alleinseligmachend sei.

Als nächster Debattenredner war Genosse Schiller an der Reihe.

Hans Schiller

Ich möchte nur einen Wunsch aussprechen und zugleich eine Bitte an den Genossen Sinowatz richten. Wir haben im nächsten Jahr die Feier „40 Jahre 12. Februar 1934" — wir haben heuer „35 Jahre 1938". Vielleicht könnten wir diese beiden Gedenktage zum Anlaß nehmen, um von seiten des Unterrichtsministeriums alle Schüler — nicht nur die Pflichtschüler —, sondern auch die Teilnehmer an den Volkshochschulen, wo ja auch verhältnismäßig viele junge Menschen Kurse besuchen —, die die Zeit ohne Gnade nicht selbst erlebt haben, mit dem Gedankengut jener Epoche vertraut zu machen. Jetzt wäre noch Zeit genug, um ein solches Werk zu schaffen und in Druck zu geben. Ich bin überzeugt, Genosse Sinowatz würde auch die Mittel finden, um ein solches volksbildnerisches Vorhaben zu finanzieren. Wir sollten diese Jahrestage dazu verwenden, um das an die Menschen heranzutragen und zur Diskussion zu stellen, was uns allen so sehr am Herzen liegt.

Der Genosse Johannes Cäsar, der nun zu Wort kam, wies darauf hin, daß im Österreichischen Schulfunk für die Schüler der höherbildenden Schulen immer wieder Szenen aus dem Altertum gemacht werden, obwohl Altertumsgeschichte ohnehin zum Lehrstoff dieser Schulen gehört. Dagegen hört man nichts von ähnlichen szenischen Sendungen aus der Zeitgeschichte, gerade jenem Gegenstand, der überhaupt nicht gelehrt wird — oder wenn schon, dann meist sehr mangelhaft. Dazu kommt, daß es gerade dazu nicht eigener Dramatisierungen bedürfe, sondern dokumentarische Hilfsmittel, Tonbänder oder Filmaufnahmen, vorlägen, die historische Wahrheit selbst sind.

Nun kam als letzter Diskussionsredner Genosse Fiedler zu Wort.

Rudolf Fiedler

Unsere führenden Genossen sollten ein bißchen grob sein, wenn sie die Möglichkeit haben, im Rundfunk zu sprechen; sie sollten die österreichische Verleumderpartei in die Schranken weisen! Sie sollten vor allem

(Fortsetzung auf Seite 40)

Resolution Nr. III

Neonazistische und antisemitische Gruppen, die großteils aus Jugendlichen bestehen, treiben ein immer stärker werdendes Unwesen. Die jungen Menschen, die von Ewiggestrigen verhetzt werden, versuchen in letzter Zeit größeren Einfluß in der Jugend zu gewinnen. Diesen gefährlichen Tendenzen gilt es entgegenzutreten.

Dazu ist unbedingt notwendig, die Jugend gegen das neonazistische Gedankengut zu immunisieren und allen Erscheinungen des Fremdenhasses entgegenzutreten. Nur durch eine wahrheitsgemäße Aufklärung über die geschichtlichen Ereignisse der letzten 50 Jahre und eine Erziehung zum Sozialismus kann dieser Forderung Rechnung getragen werden.

Im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer hat sich ein „Antifaschistisches Jugendkontaktkomitee" gebildet, das sich zum Ziele gesetzt hat, die jungen Sozialisten mit sozialistischem und antifaschistischem Gedankengut bekannt zu machen. Wir wollen gemeinsam mit den bestehenden Jugendorganisationen der Partei, in Ergänzung zu der Schulungsarbeit der einzelnen Organisationen, die antifaschistische Erziehung der jungen Sozialisten wahrnehmen.

Wir rufen daher alle jungen Sozialisten auf, dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus als Unterstützende Mitglieder beizutreten und im antifaschistischen Jugendkontaktkomitee mitzuarbeiten. Gleichzeitig geht unser Appell an die sozialistischen Jugendorganisationen, uns bei unserer Arbeit zu unterstützen.

Unsere

1

Gedenken an den Februarkampf

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus stellt immer wieder fest, welche Methoden der Geschichtsfälschung und Meinungsmanipulation von den Medien des ORF bei der Behandlung von zeitgeschichtlichen Fragen angewendet werden.

Es soll verhindert werden, daß auch die Februarereignisse in diesem Sinne verfälscht werden.

Antrag

Die Bundeshauptversammlung möge beschließen:

1. **Der Bundesparteivorstand wird ersucht, das Jahr 1974 als Jahr im Zeichen des Gedenkens an den Februarkampf vor 40 Jahren zu erklären.**
2. **Die Vertreter der SPÖ und des ÖGB werden ersucht, in den Gremien des ORF die Forderung zu erheben, daß Sendungen über die Februarkämpfe nur im Einvernehmen mit jenen herzustellen sind, die damals für die Freiheit gekämpft haben und zu den Opfern der faschistischen Diktatur zählen.**

2

Erhöhung des Absetzbetrages

In der am 1. Jänner 1973 in Geltung getretenen Steuerreform wurde unsere seit Jahren erhobene Forderung nach Erhöhung des steuerfreien Absetzbetrages nicht berücksichtigt.

Antrag

Die Bundeshauptversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, wieder die Forderung zu erheben, daß der steuerfreie Absetzbetrag für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises auf 10.000 S erhöht wird.

In diesem Zusammenhang halten wir fest, daß die Umwandlung des steuerfreien Absetzbetrages in einen festen Betrag angestrebt wird, wie dies bei Kriegsauszeichnungen des 1. Weltkrieges der Fall ist.

Dem angeführten Personenkreis würde dadurch, ohne Rücksicht auf das Einkommen, diese Verbesserung zugute kommen.

3

Zu offenen Fragen des OFG

Die 22. Novelle zum Opferfürsorgegesetz brachte wesentliche Verbesserungen für die Opfer und vor allem für die Witwen. Einige seit langer Zeit gestellte Forderungen sind aber offen geblieben.

1. Vor dem Jahre 1960 gab es im Opferfürsorgegesetz keine Möglichkeit, durch ein zinsenfreies Darlehen den Wiederaufbau einer wirtschaftlichen Existenz vorzunehmen. Es mußte daher, selbst bei kleinen Beträgen, die auf Antrag gewährt wurden, ein Teil der Opferrente abgetreten werden. Dieser Teil der Opferrente wird bis in die Gegenwart einbehalten, obwohl bereits ein Vielfaches von dem damals zur Verfügung gestellten Betrag bezahlt wurde.
2. Es ist eine Härte, daß ehemalige Österreicher, die aus Gründen der Verfolgung emigriert und die Staatsbürgerschaft des Gastlandes angenommen haben, selbst bei Not keine Leistungen aus dem OFG in Anspruch nehmen können.
   Eine gesetzliche Regelung dieses Problems bedeutet eine Hilfe für Opfer des Faschismus.

Antrag

Die Bundeshauptversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die offenen Fragen in der Opferfürsorge bei den Verhandlungen zu vertreten.

Zusätzlich stellen wir die Forderung:

1. **Wiedergewährung der vollen Opferrente für Inhaber einer Amtsbescheinigung, die vor dem Jahre 1960 zur Gründung einer Existenz sich einen Teil der Opferrente abgelten ließen.**
2. **Für ehemalige Österreicher, die aus Gründen der Verfolgung die Heimat verlassen mußten, soll eine Möglichkeit geschaffen werden, wonach sie bei Notlage eine Unterstützung erhalten können.**

Anträge

4

Zeitgeschichte in den Schulen

Zur Bewältigung der Probleme der Gegenwart ist die Bewältigung der Vergangenheit nötig. Immer wieder müssen wir aber feststellen, daß gerade die Behandlung der Zeitgeschichte im Unterricht sträflich vernachlässigt wird. Die Folge davon ist unter anderem auch das beängstigende Anwachsen rechtsradikaler Organisationen, denen vielfach auch Jugendliche angehören.

In den Lehrplänen für den Geschichtsunterricht ist auch die Behandlung der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vorgesehen. Es bleibt aber jedem Lehrer mehr oder weniger freigestellt, ob er sich im Unterricht etwa auch mit dem Marxismus auseinandersetzt oder nicht. Es bleibt ihm auch überlassen, wie eingehend er die Greuel des Faschismus behandelt.

Die Vernachlässigung dieser Frage hängt einerseits damit zusammen, daß noch immer Lehrer unterrichten, die ihre Vergangenheit bis heute nicht bewältigt haben. Andererseits ist aber auch die Ausbildung der Lehrer in Zeitgeschichte mehr als unzureichend. In die Prüfungsanforderungen für Lehramtskandidaten der Geschichte an Allgemeinbildenden Höheren Schulen sind verbindliche Seminare und Vorlesungen aus Zeitgeschichte in ausreichendem Maße aufzunehmen.

Die pädagogische Ausbildung der Lehramtskandidaten für Allgemeinbildende Höhere Schulen ist völlig ungenügend. Die Folge davon ist in vielen Fällen neben der sachlichen auch die menschliche Unsicherheit, die sich oft darin zeigt, daß kritisch denkende Schüler aus Bequemlichkeit benachteiligt und abgeschoben werden.

Antrag

Die Bundeshauptversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, sich für die Verwirklichung der Forderungen einzusetzen:

1. **Die ausreichende Schulung der Lehrer in Zeitgeschichte. Dazu gehören auch Exkursionen in ein ehemaliges Konzentrationslager (zum Beispiel Mauthausen). Diese Exkursionen müßten in die Ausbildung verbindlich eingebaut werden. Sie sollten auch in das Fortbildungsprogramm bereits tätiger Lehrer eingeplant werden.**
2. **Die Einführung eines verbindlichen Zeitgeschichtsunterrichtes an allen Schultypen als eigenes Unterrichtsfach.**
3. **Die ausreichende pädagogische Ausbildung der werdenden Lehrer.**

5

Gegen Mißbrauch von Volksbildungseinrichtungen

In der letzten Zeit häufen sich an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen die neofaschistischen Tendenzen. Besonders aktiv ist hier die Gruppe der AVM (Arbeitsvereinigung für Mittelschüler), die sich öffentlich als rechte Gruppe bezeichnet. In der Zeitschrift „Richtung", die bereits eine Auflage von 3000 Stück besitzt, wird neofaschistisches Gedankengut verbreitet. In ihrem Vereinslokal auf der Mölkerbastei werden Wochenschauen aus der NS-Zeit und Führerreden zum Vortrag gebracht.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ist daher der Meinung, daß mit aller Schärfe den neonazistischen Tendenzen bereits in ihren Anfängen entgegengetreten werden muß. Wir verweisen besonders auf die Gruppe der „Babenberger", die identisch mit den Schlägertrupps der NDP Norbert Burgers ist, und außerdem in enger Zusammenarbeit mit sämtlichen rechten studentischen Gruppen und insbesondere der AVM auftritt.

Antrag

Die Bundesversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß

1. **die Tätigkeit neonazistischer Mittelschülergruppen unterbunden wird.**
2. **In allen Schulen Österreichs soll im Unterrichtsplan eine antifaschistische Aufklärung eingebaut werden.**

6

Für antifaschistische Aufklärung

Der Österreichische Turnerbund (ÖTB), der nicht nur der „körperlichen Ertüchtigung", sondern auch der „völkischen Erziehung" (Rassismus) dient, hält regelmäßig Veranstaltungen (Julifeiern usw.) in Einrichtungen der Volksbildung (Häusern der Begegnung) ab. Bei diesen Veranstaltungen wird die „Glorreiche Zeit" im Sinne der „Herrenmenschen" anschaulichst dem großteils jugendlichen Publikum dargeboten. Wir können nicht einsehen, daß die Einrichtungen der Volksbildung im Sinne der Taktik der alten Nazi (Zerstörung der Demokratie durch Ausnützung ihrer Möglichkeiten) Verwendung finden.

Antrag

Die Bundeshauptversammlung möge beschließen:

Der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die Einrichtung der Volksbildung, die der Erziehung mündiger Demokraten dienen soll, nicht zum Tummelplatz neofaschistischer antidemokratischer Kräfte werde.

(Fortsetzung von Seite 37)

immer sagen: 25 Jahre habt ihr für das Volk nichts gemacht, und dann darauf hinweisen, was in den vergangenen zwei bis drei Jahren geschehen ist. Das müßte man aber jedesmal sagen, denn wir haben ja nur selten Gelegenheit, im Rundfunk zum Wort zu kommen.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Es gibt die Belangsendungen der Sozialistischen Partei. Diese Belangsendungen aber sind für mich immer schrecklich. Denn sie beginnen mit einer Musik — blimblimblim —, dann wird ein bißchen etwas gesagt, dann folgt wieder diese Musik und dann wird wieder etwas gesagt. Aber das ist alles viel zuwenig! Wir brauchen in unseren Belangsendungen keine Musik, sondern planvolle und richtige, schlagkräftige Antworten auf die Verleumdung unserer Gegner!

Damit war die Rednerliste geschlossen und Genosse Sinowatz ergriff das Wort zu seinem Schlußwort.

Dr. Fred Sinowatz

Ich werde mich bemühen, sehr kurz zu sein, aber doch etwas Persönliches vorausschicken. Eines meiner großen Erlebnisse der fünfziger Jahre war meine Fahrt mit den sozialistischen Freiheitskämpfern nach Auschwitz in den späten fünfziger Jahren. Es war das wirklich ein Erlebnis. Und ich habe mir schon damals ganz fest vorgenommen, noch einmal zu fahren und mir das wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Ich habe auch schon mit dem Genossen Toch vereinbart, in dieser Angelegenheit nach entsprechenden Möglichkeiten zu suchen.

Und nun zur Diskussion. Natürlich kommt sofort die Frage: Erziehung zu welcher Demokratie? Oder: Die Schule soll ein Instrument welcher Gesellschaft sein? Die Antwort ist von unserem Standpunkt aus eindeutig und klar, nur bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir eine sozialdemokratische Regierung sind, die in der heute bestehenden Gesellschaft agiert und die einen politischen Auftrag hat, der letzten Endes durch das Wahlergebnis des Jahres 1971 limitiert ist. Das sagt aber nicht, daß wir nicht dennoch immer die große politische Zielsetzung vor Augen haben. Nur bin ich der Meinung, daß in der politischen Praxis jeder Schritt der notwendige und der wichtige ist, den wir eben setzen können.

Ich habe sehr klar gesagt, daß politische Bildung für uns nicht nur das Erkennen von Konflikten ist, sondern auch die Bereitschaft, Konflikte zu lösen, und darüber hinaus zu erkennen, daß mit der Lösung von Konflikten auch eine Veränderung der Gesellschaft verbunden ist. Ich glaube, das ist sehr deutlich, und das ist auch das, was wir uns zum Ziel gesetzt haben.

Und was die Mittelschullehrer betrifft, liebe Genossinnen und Genossen: Ich glaube, 13 Prozent haben uns bei den letzten Personalvertretungswahlen ihre Stimme gegeben. Da frage ich mich schon, ob es notwendig ist, wenn wir 13 Prozent der Stimmen bekommen, daß unsere eigenen Genossen in der Gewerkschaft die Arbeit der ÖVP bestreiten, daß sie noch rechter stehen müssen, gewissermaßen, als die ÖVP selbst. Das wird zu überlegen sein. Ich habe vor einigen Tagen beim Bund Sozialistischer Akademiker erklärt, daß ich nicht weiß, ob es nicht besser wäre, auch auf die Gefahr hin, vielleicht noch 1 oder 2 Prozent zu verlieren, den Mittelschullehrern dadurch eine echte Alternative zu bieten, daß wir Sozialisten ernst und deutlich feststellen: Der gesellschaftliche Prozeß unserer Zeit bringt es mit sich, daß die Mittelschulen nicht länger eine Eliteschule bleiben können, sondern daß sie in die gesamte Schule Österreichs eingeordnet werden müssen. Das ist es ja, worum es eigentlich in Wahrheit geht.

Was den Geschichtsprofessor Stadler betrifft — ein an sich kein sozialistischer, sondern von der Kirche kommender Professor —, so hatte er immer die beste Beschreibung bis zu dem Zeitpunkt, in dem er nicht mehr mit den konservativen Grundeinstellungen konform gegangen ist. Und von da an — ich habe mir diesen recht dicken Personalakt angesehen —, von dem Tage an wird dieser Professor Stadler in einer Art und Weise verfolgt, die unwahrscheinlich ist.

Trotzdem ich als eine meiner ersten Amtshandlungen im Unterrichtsministerium verfügt habe, daß alle Schritte im Fall Stadler rückgängig gemacht werden müssen, hat man es durch Rechtsverdrehung und falsche Auslegung zustande gebracht, daß dieser Entscheidung bis zur letzten Konsequenz nicht Rechnung getragen wurde. Aber ich darf versichern: Ab dem nächsten Schuljahr wird der Professor Stadler wieder in Mürzzuschlag Latein und Geschichte unterrichten.

Zuletzt möchte ich sagen: Entpolitisierung ist für uns alle, für alle, die in der Partei tätig sind und tätig waren, die „alte Walze" der Konservativen. Alle, die im Grunde genommen mit der Demokratie unzufrieden sind, verwenden heute — und das habe ich ja gesagt — nicht etwa Formulierungen gegen die Demokratie, sondern sie sprechen gegen die Politik. Das ist das Kennzeichen seit 1945. Hier hat man sich hineingeflüchtet. Nachdem man nicht mehr gegen die Demokratie sein kann, spricht man davon, daß man gegen die Politik ist, also für die Entpolitisierung.

Es wird sehr darauf ankommen, unseren Menschen zu sagen, daß die Politik nicht das Schlechte ist, was man ihr über die Massenmedien angedichtet hat, sondern daß sie ihre ureigenste Sache ist.

Ich konnte ja nicht alles aufgreifen, was ich heute gehört habe, aber ich werde vieles davon bei meiner Tätigkeit beachten. Ich bin nämlich auch der Meinung, daß wir in unserer Sozialistischen Partei allmählich von diesem Wirtschaftswachstums-Fetischismus wegkommen werden müssen, zumindest in der Ideologie. Und daß wir hier einen neuen Weg zu beschreiten haben werden. Dabei werden wir uns in zunehmendem Maße mit den jungen Menschen eins finden, die jetzt erkennen — und zwar viel deutlicher als wir —, daß die Gesellschaft in der heutigen Form ungeheure Schwächen aufweist.

Für uns, die wir aus ärmlichen Verhältnissen gekommen sind, ist heute Wirtschaftswachstum natürlich etwas, was uns befriedigt, weil es uns in materieller Hinsicht Ungeheures gibt, weil wir wissen, daß es früher ganz anders gewesen ist. Wir schätzen das; für uns ist alles das, was wir heute miterleben können, etwas ganz Großes. Wir genießen es, wenn wir ehrlich sind und das zugeben wollen.

Aber die jungen Menschen, die in diese Zeit einfach hineingeboren worden sind, die spüren, daß das allein, was heute ist, nicht ausschlaggebend sein kann. Und da sollen wir, glaube ich, den Anschluß nicht verlieren. Das meinte ich auch, als ich sagte, Demokratie und das Österreichbewußtsein dürfe nicht etwas Statisches sein, etwas, das letzten Endes eher nur aus Emotion verteidigt wird und auch — ich sage es in diesem Kreis ganz offen — nicht allein aus der Erinnerung heraus, liebe Genossinnen und Genossen! Auch nicht allein aus der Erinnerung! Denn dann würden wir unter Umständen die neuen Ströme, die wir verspüren, die noch unartikuliert sind, vielleicht nicht in unsere Politik aufnehmen. Und das wäre schade für das, was wir alle wollen!

Die Vorsitzende, Genossin Frieda Nödl, dankte nun dem Genossen Sinowatz auch für sein ausführliches Schlußwort und betonte, daß es uns alle ebenso wie das Referat selbst in der Gewißheit bestärkt hat: In Österreich ist ein wirklicher Sozialist als Unterrichtsminister tätig. Und auch seine Versicherung, die verschiedenen Anregungen aus der Diskussion aufzugreifen, erfülle alle Genossinnen und Genossen mit echter Befriedigung. Genossin Nödl setzte dann fort:

Ich glaube, daß Du als Unterrichtsminister eigentlich stolz darauf sein mußt, als Du gehört hast, wie die Jungen unter uns aufgestanden sind; nicht, weil sie stänkern wollten, sondern weil sie aus ihrem eigenen Erlebnis in der Schule gesprochen haben.

Wenn Du gesagt hast, daß Du es für richtig hältst, daß man den Mut zum Unvollendeten haben soll, dann glaube ich, das ist es, was wir Freiheitskämpfer bewiesen haben: Optimismus in der schwersten Zeit unseres Landes. Wir wußten nicht, was geschehen würde, wir wußten nur, daß wir Steinchen auf Steinchen aufbauen müssen, damit das Gebäude wieder intakt wird. Wir werden alles tun, was an uns liegt, damit niemand in der Vergangenheit lebt. Aber wenn wir an die Vergangenheit erinnern, so nur deshalb, damit nicht vergessen wird, wieso das grenzenlose Unglück über uns alle gebracht worden ist. Wir werden auch in Zukunft das mahnende Gewissen unserer Partei bleiben und müssen als solches manchmal vielleicht recht unbequem sein. Das ist schon beim Gewissen so, daß es sich immer rührt, wenn es glaubt, daß etwas Unrechtes geschieht. — Nochmals recht herzlichen Dank, Genosse Sinowatz.

Den Vorsitz hatte nun Genosse Hermann Lackner übernommen. Nachdem er noch darauf hingewiesen hatte, daß der erste Teil des Tagesordnungspunktes 6, „Bericht der Mandatsprüfungskommission", bereits zur Kenntnis genommen worden sei, erteilte er der Genossin Frieda Nödl das Wort zum zweiten Teil dieses Tagesordnungspunktes „Bericht der Antragsprüfungskommission".

Genossin Frieda Nödl berichtete nun eingehend über die Beratungen in der Kommission — sie war übrigens auch bei der letzten Bundeshauptversammlung 1971 Berichterstatterin der damaligen Kommission — und verwies einleitend darauf, daß die Anträge selbst ja allen Delegierten im Antragsheft vorlägen. Und sie kam dann sogleich zum Antrag Nr. 1, der unverändert angenommen wurde. Es folgte der Beschluß, ihn dem Parteivorstand und der sozialistischen Fraktion im ÖGB zuzuweisen.

Beim Antrag Nr. 2 wurde von der Antragsprüfungskommission eine Abänderung vorgeschlagen. Nach einer längeren Diskussion, an der sich die Genossinnen Rudolfine Muhr, Frieda Nödl und Genosse Karl Mark beteiligten, wurde der Antrag in der nun vorliegenden Formulierung einstimmig angenommen.

Der Antrag Nr. 3 war vom Landesverband Niederösterreich eingebracht worden und beschäftigt sich mit noch offengebliebenen Fragen der Opferfürsorge. Dazu hatte sich Genosse Dr. Karl Leberl zu Wort gemeldet, der darauf hinwies, daß nach dem Bericht, den wir gehört hatten, eine der offenen Fragen zu bedenken sei: Die Anerkennung als Hinterbliebene auch dann, wenn der Tod eines Opfers nicht in kausalem Zusammenhang mit seinem Haftleiden stehe; vorausgesetzt, daß das Opfer eine mindestens 50prozentige Opferrente bezogen habe. Und er meinte, daß damit vom Prinzip der Kausalität abgegangen würde, was Beispielsfolgen haben könnte.

Ihm erwiderte Genosse Paul Bernstein, der in einer ausführlichen Begründung die Befürchtungen Dr. Leberls widerlegte und auf die kommenden Verhandlungen verwies, bei denen die genannte Forderung sehr wohl geltend gemacht werden sollte.

Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen und dem Bundesvorstand zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Nach der Abstimmung meldete sich Genosse Ernst Toch zu Wort, der meinte, es dürfe nicht übersehen werden, auch für solche Menschen Möglichkeiten vorzusehen, die während ihrer Emigration die Staatsbürgerschaft eines Gastlandes angenommen haben, nun aber ihren Lebensabend in Österreich verbringen.

Genossin Nödl berichtete anschließend, daß die Antragsprüfungskommission beim Antrag 4, der vom Jugendkontaktkomitee eingebracht worden war, einige zum Teil stilistische Änderungen vorgenommen hatte, und brachte sie im einzelnen zur Kenntnis. Nach einer längeren Diskussion, an der sich die Genossinnen Dr. Ruth Lichtenberg und Dr. Erika Seda sowie Genosse Peter Seda beteiligt hatten, wurde der Antrag in der vorliegenden Formulierung dann einstimmig angenommen.

Auch bei Antrag Nr. 5 waren von der Antragsprüfungskommission einige Änderungen vorgeschlagen worden, über die nun Genossin Nödl eingehend referierte. Nach Wortmeldungen der Genossen Karl Peter Lhotzky und Peter Seda wurde der Antrag in der abgeänderten Textierung einstimmig angenommen und ebenso wie der vorherige Antrag Nr. 4 dem Bundesvorstand zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Der Antrag Nr. 6 war nicht im Antragsheft enthalten, weil er erst am Vortag, also verspätet eingebracht worden war; es wurde beschlossen, ihn ebenfalls zur Debatte zu stellen. Genossin Frieda Nödl verlas den Antrag, der sich mit dem Mißbrauch von Einrichtungen der Volksbildung durch antidemokratische Kräfte befaßt, und empfahl dessen Annahme. Es entwickelte sich eine rege Diskussion, an der sich Genossin Nödl sowie die Genossen Karl Mark und Dr. Karl Leberl beteiligten. Der Antrag wurde sodann in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen und dem Bundesvorstand zugewiesen.

Genossin Frieda Nödl setzte dann fort:

Bevor ich nun zu den Resolutionen komme, möchte ich eine Anregung vortragen, die Genossin Muhr gestern hier gemacht hat.

Sie hat angeregt, wir sollten von uns aus verlangen, daß Genosse Skritek in die Kommission des Finanzministeriums entsendet werden soll, die darüber entscheidet, wie Entschädigungsfragen behandelt werden. Die Anregung wurde wohl gegeben, aber nicht in Form eines Antrages gestellt. Ich bitte Sie aber trotzdem, den Bundesvorstand zu beauftragen, diese Anregung in die Tat umzusetzen.

Es folgte noch die Beschlußfassung über die drei Resolutionen, die der Bundeshauptversammlung vom Bundesvorstand vorgelegt worden waren, sie wurden — nach einer kurzen Erläuterung des Genossen Peter Seda zur Abänderung einer Textstelle der Resolution III — einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende erteilte nun dem Genossen Eduard Schlesinger das Wort, der namens der Wahlkommission folgende Genossinnen und Genossen zur Wahl in den Bundesvorstand vorschlug:

Franz Adelpoller, Paul Bernstein, Alfred Billmaier, Robert Blau, Richard Grohs, Johann Haas, Franz Heiglmayer, Josef Hindels, Rosa Jochmann, Leo Lesjak, Rudolfine Muhr, Frieda Nödl, Hans Schiller, Erwin Schramm, Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel und Dr. Otto Wolken.

Der Berichterstatter bemerkte dazu, daß dem erweiterten Bundesvorstand auch alle Landesobmänner angehören und bat um Annahme dieses Antrages.

Nachdem sich die Genossen Adalbert Meissner und Josef Hindels zu Wort gemeldet hatten, schlug Genossin Rosa Jochmann vor, Genossen Peter Seda ebenfalls in den Bundesvorstand zu wählen. Gemeinsam mit dieser Ergänzung wurde der Wahlvorschlag unter dem Beifall der Versammlung einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Genosse Hermann Lackner, gab anschließend noch bekannt, daß die eben gewählten Mitglieder des Bundesvorstandes ersucht werden, unmittelbar nach Schluß der Bundeshauptversammlung zur Konstituierung unter dem Vorsitz der Genossin Rosa Jochmann zusammenzutreten.

Genossin Jochmann hatte sich noch vor der Abstimmung zu Wort gemeldet und dabei unter anderem mitgeteilt:

Weil ich gerade am Wort bin, Genossinnen und Genossen, möchte ich daran erinnern, daß wir von hier aus gesagt haben, wir wollen dem Genossen Koref ein Glückwunschtelegramm zu seinem Geburtstag schicken. Wir haben das inzwischen abgeändert, und ich glaube, daß ihr damit einverstanden sein werdet. Wir haben ein kurzes Schreiben durch die Reihen gehen lassen, die Genossin Muhr hat die Linzer Genossen, die heute hier sind, gebeten, sie mögen Blumen kaufen und morgen — heute wird es ja nicht mehr möglich sein — zum Genossen Koref gehen und ihm namens der Bundeshauptversammlung die herzlichsten Grüße und Glückwünsche übermitteln.

Dann möchte ich noch etwas sagen: Wir wollen versuchen, ob es möglich ist, den Genossen Friedrich Hillegeist, der ja in der illegalen Zeit unendlich viel getan hat und heute sehr schwer krank zu Hause liegt — in Erinnerung an jene historische Betriebsrätekonferenz *, von der hier ja einige Male gesprochen worden ist —, zu besuchen. Eine Delegation des Bundesvorstandes wird den Genossen Hillegeist besuchen und ihm die Grüße der Bundeshauptversammlung bringen. Wenn das nicht möglich sein sollte, dann werden wir ihm ein Glückwunschtelegramm schicken.

Die Ausführungen der Genossin Jochmann wurden von der Versammlung mit Beifall zur Kenntnis genommen.

Damit war der Punkt 8 der Tagesordnung abgeschlossen und der Vorsitzende, Genosse Hermann Lackner, erteilte dem ersten Redner das Wort, der sich zum Punkt „Allfälliges" gemeldet hatte.

Ernst Toch

Genossinnen und Genossen! Das, was ich jetzt vorbringe, ist ein Problem, das mir seit langem zu schaffen macht: Die Situation der Kämpfer gegen den Faschismus und der Opfer der Verfolgung in unserer Gesellschaft. Einige Versuche, die Lage unserer Kameradinnen und Kameraden zu untersuchen, sind in der Vergangenheit mißlungen, weil man amtlicherseits nicht bereit war, mitzuarbeiten beziehungsweise die Voraussetzungen für erfolgreiche Erhebungen zu schaffen.

Ich erlaube mir daher, von dieser Stelle aus eine Forderung zu erheben und Sie, meine Genossinnen und Genossen, zu bitten, sie zu der ihrigen zu machen: Eine gründliche, das ganze Bundesgebiet umfassende Erhebung durchzuführen, um festzustellen, in welchen Lebensverhältnissen sich die ehemals Verfolgten des Faschismus beziehungsweise deren Hinterbliebene befinden.

Dabei soll sich diese Erhebung nicht nur mit der wirtschaftlichen Lage befassen, sondern auch feststellen, inwieweit diese Menschen in ihrem Bekanntenkreis, an ihrem Arbeitsplatz oder in ihrem Funktionsbereich als Mandatar, als Widerstandskämpfer auftreten und welche Resonanz dies ergibt. Das heißt also, auch gleichzeitig festzustellen, welchen Wert unsere Gesellschaft dem Kampf gegen den Faschismus beimißt und wie ernst es unseren Zeitgenossen mit der Demokratie ist.

Nach dem Genossen Karl Peter Lhotzky, der auf die Feierstunde „125 Jahre Kommunistisches Manifest" anläßlich des 90. Todestages von Karl Marx aufmerksam machte, kam noch Genosse Johannes Cäsar zu Wort, der verlangte, daß ein Uniformverbot für zivile militante Organisationen geschaffen werde. Er wies dabei auf ein Photo hin, das in der heutigen Zeitung zu sehen war und NDP-Leute in Uniform (!) zeigte. Auch die Genossin Muhr hatte sich noch zu einer Aufklärung gemeldet, worauf der Vorsitzende Genossin Rosa Jochmann das Wort erteilte.

Rosa Jochmann

Genossinnen und Genossen! Da wir hier ein so wunderbares Blüten- und Blumenarrangement von roten Nelken haben, wollen wir es zu etwas ganz Besonderem verwenden. Wir haben unter uns eine liebe Genossin sitzen, die Genossin Meta Steinitz. Sie ist die Frau von unserem lieben, unvergessenen Genossen Steinitz, der bei dem großen Prozeß der Revolutionären Sozialisten einen wunderbaren Glanzpunkt der illegalen Zeit gesetzt hat — seine Rede als Verteidiger ist für alle Zeiten unvergessen!

Genossin Steinitz ist aber nicht nur die Frau des Genossen Steinitz gewesen, sie ist auch zeit ihres Lebens die Genossin, die Sozialistin und die Funktionärin gewesen, die sich vor allem Bildungsaufgaben gewidmet hat. Sie macht nicht viel daraus, aber sie hat sich vor allem ganz der Bildungsarbeit verschrieben.

Liebe Meta! Wir können Dir ja keine größere Freude machen, als Dich zu bitten, diese Nelken, die heute und gestern Zeugen unserer so schönen Veranstaltung und wichtigen Tagung gewesen sind, von uns zu übernehmen.

Die herzlichen Worte der Genossin Jochmann wurden von der Versammlung mit großem Beifall bedacht.

Genosse Lackner übergab nun den Vorsitz an den Genossen Hans Schiller, der zum Abschluß der Bundeshauptversammlung das Wort ergriff.

Hans Schiller

Genossinnen und Genossen! Wir sind damit am Ende einer sehr lebhaften, einer sehr ernsten und — wie ich glaube — auch einer sehr hochstehenden Tagung angelangt. Gestatten Sie mir nun zum Schluß noch einige Worte: Zuerst einige Dankesworte an jene Genossinnen und Genossen, die so entscheidend dazu beigetragen haben, diese Veranstaltung vorzubereiten, zu organisieren und ihr einen würdigen Ablauf zu sichern.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer", Nr. 1/2/3, Jänner/Februar/März 1973, Seite 2

An der Spitze aller derer, die hier mitgeholfen haben, steht unsere unermüdlich tätige Genossin Fini Muhr. (Lebhafter Beifall.) Sie ist in Wirklichkeit die Seele unseres Bundes, aber auch die Seele unseres Sekretariats und sorgt dafür, daß all die viele Arbeit, die so ungesehen vor sich geht, wirklich geleistet wird. Das ist ihr entscheidendes Verdienst.

Wir wollen aber auch dem Betreuer dieses Hauses danken, dem Genossen Hofmann, der uns immer wieder — jetzt schon bei der dritten Veranstaltung — sehr hilfreich zur Verfügung steht. (Beifall.) Wir danken auch der Bezirksorganisation Döbling für ihre Gastfreundschaft und den Genossen, die unter der Leitung des Genossen Horvath den Ordnerdienst versehen haben. Sie haben aus reiner Freundschaft und freiwillig an diesen zwei Tagen ihre Zeit geopfert, um uns diese Tagung zu ermöglichen. (Beifall.)

Wir danken aber auch unserem Genossen Blaha, der unermüdlich als Photograph tätig ist, der immer wieder bei unseren Veranstaltungen zur Stelle ist, wenn wir ihn rufen, und der immer wieder Zeit hat. (Beifall.)

Wir danken unseren Stenographen, die diese zwei Tage in mühevoller Arbeit ohne Unterbrechung hier ihren Dienst versehen haben (Beifall), dem Genossen Billmaier und dem Genossen Gindl sowie den Genossinnen Colta und Kinder, die den technischen Abwicklungsprozeß so hervorragend bewältigt haben (Beifall), sowie nicht zuletzt dem Personal des Hauses und vor allem der Küche, welche dafür gesorgt hat, daß wir in diesen zwei Tagen so gut versorgt worden sind. (Beifall.)

Wir haben heute vormittag zur Erinnerung an diese Tagung allen Teilnehmern das Buch „Der Eisstoß" übergeben. Ich hoffe, daß alle Genossinnen und Genossen bei der Lektüre dieses Buches viele Gedanken wiederfinden, die wir ja alle mitsammen so oft und oft bei allen Gelegenheiten vertreten.

Genossinnen und Genossen! Wenn wir diese Tagung abschließen, dann wollen wir uns in Erinnerung rufen, daß sie eine Tagung war, wie selten eine. Sie hat sich hauptsächlich mit Fragen der Erziehung, der Schulung nicht nur der jungen Generation, sondern vor allem auch mit Schulungsfragen in der Parteiorganisation beschäftigt. Wir glauben allzugern und nehmen an, weil wir aus der alten Schule der sozialdemokratischen Erziehung hervorgegangen sind, daß alle Menschen, die heute in der Partei tätig sind, eine solche Schulung ebenso mitgemacht haben; das ist aber leider falsch. Wir müssen vielmehr feststellen, daß selbst die 50jährigen von heute eine wirkliche Parteischulung, wie wir sie in unserer Jugend erlebt haben, gar nicht gekannt haben und auch nicht kennen.

Wenn heute so viel über Erziehung gesprochen wurde, dann erwächst uns allen, die wir noch aus dieser Generation stammen, eine Aufgabe: Wirken wir dafür, soweit wir noch können, daß in den Bezirken und in den Organisationen der Arbeiterbewegung wieder die politische Schulung einen erstrangigen Platz einnehme!

Wir haben im Verlauf dieser Diskussion viel über die faschistischen Gefahren gesprochen, die da und dort schon wieder sichtbar sind, und wir haben darüber gesprochen, wie man die Gastarbeiter heute oft bei uns behandelt. Wir sind zwar als Sozialisten und als Gewerkschafter in den internationalen Organisationen verankert. Wir sprechen dort und haben Verbindungen zu Organisationen ähnlicher Art, nicht nur in Europa, selbst in der ganzen Welt. Wir sitzen heute dort mit den Vertretern anderer Völker, anderer Rassen, anderer Kulturkreise zusammen und versuchen und bemühen uns, gemeinsame Linien zu finden.

Aber, Genossinnen und Genossen, wer in unseren Organisationen — selbst Funktionäre nicht ausgenommen — weiß von dieser Tätigkeit, weiß von dieser schwierigen Arbeit? Wir verstehen es heute einfach noch nicht, über diese Arbeiten richtig zu berichten und über diese Probleme zu diskutieren. Ich glaube, hier liegt eine sehr große Aufgabe noch vor uns.

Wenn wir unsere heutige Kundgebung abschließen und die Tagung beenden, dann, Genossinnen und Genossen, wollen wir in dem Bewußtsein auseinandergehen, zwei Tage in ernster, freundschaftlicher Diskussion und Beratung verbracht zu haben. Wir haben uns neue Aufgaben gestellt und wir wollen mithelfen, daß das Wort Schulung kein Schlagwort bleibt. Freundschaft!

Nach diesen abschließenden Worten des Genossen Hans Schiller erhoben sich alle Anwesenden und sangen das „Lied der Arbeit" sowie die „Internationale". Unter großem Beifall und mit herzlichen „Freundschaft!"-Rufen ging die Bundeshauptversammlung 1973 zu Ende.

Wenn wir von den Mandaten im Parlament bis hinab zu den Gewerbegerichtsmandaten Besitz ergreifen wollen, wenn wir uns einnisten und festkrallen in diese alte Gesellschaft, wenn wir Stück für Stück die Macht der Arbeiterschaft zur Geltung bringen, so ist all dies nur erträglich, weil wir revolutionär sind, weil die Idee unsere Arbeit belebt. Sonst müßte jeder von uns längst zugrunde gegangen sein in dieser elenden Stückarbeit! Jede Reform ist wert jeder Mühe, aber jede Reform ist so viel wert, als Revolution in ihr steckt.

Victor Adler

Was geschah mit unseren Anträgen?

Die auf der Bundeshauptversammlung beschlossenen Anträge und Resolutionen wurden entsprechend den Beschlüssen an die zuständigen Stellen weitergeleitet, und inzwischen sind auch schon Antworten oder Stellungnahmen eingegangen.

Das Zentralsekretariat der Partei wird uns wahrscheinlich weiter unterrichten, sobald die Verhandlungen, von denen unser Genosse Fritz Marsch schreibt, abgeschlossen sein werden.

Besten Dank für die Übersendung Eures Antrages Nr. 1 der Bundeshauptversammlung, nach dem das Jahr 1974 zum Gedenkjahr an den Februarkampf vor 40 Jahren erklärt werden soll, und Eure Resolution Nr. 3 zur antifaschistischen Erziehung unserer Jugend.

Ich werde den Antrag und die Resolution dem Bundesparteivorstand zur Kenntnisnahme vorlegen, kann aber schon jetzt sagen, daß im Jahre 1974 gemeinsam mit den Gemeinden Wien und Wöllersdorf auf einem Grundstück der Stadt Wien ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe in Wöllersdorf enthüllt werden wird. Wir stehen bei den diesbezüglichen Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß.

Zur Erfüllung Eurer Resolution haben wir einen ersten Schritt mit einem „Faschisten-Seminar" im Rahmen des Dr.-Karl-Renner-Instituts getan. Die Zahl der Anmeldungen ist derart groß, daß wir noch ein zweites Seminar dieser Art abhalten werden.

Es ist klar, daß dies nur Schritte auf dem von Euch vorgezeigten Weg sein können.

Wir begrüßen insbesondere die Ankündigung eines weiteren antifaschistischen Seminars im Rahmen des Dr.-Karl-Renner-Instituts, und erwarten, daß in Anbetracht der erwähnten vielen Anmeldungen auch noch weitere Veranstaltungen dieser Art folgen werden.

*

Besonders ausführlich hat der Bundesminister für Unterricht und Kunst, unser Genosse Dr. Fred Sinowatz, geschrieben, der seinem Brief auch noch weitere Stellungnahmen zu einzelnen Punkten der ihm von uns übermittelten Anträge Nr. 4 und Nr. 5 hinzugefügt hat*. Daß es gerade sein Ministerium ist, das im Kampf gegen Ungeist und Muckertum in der vordersten Linie stehen wird, kann man mit besonderer Freude lesen: Es wird dort alle aufrechten Demokraten gemeinsam mit den sozialistischen Freiheitskämpfern vorfinden.

Ich danke für die Übermittlung der auf der Bundeshauptversammlung des Bundes der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus beschlossenen Anträge, die ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen habe.

Für das Bundesministerium für Unterricht und Kunst kann ich versichern, daß alles unternommen wird, um unsere Jugend zu einer echten demokratischen Gesinnung und zur Ablehnung faschistischer Denkweisen zu erziehen. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die Ausweitung des Zeitgeschichteunterrichts, wie er in unseren Schulen in den letzten Jahren erfolgte, und auf die begleitenden Maßnahmen im Bereich der Lehrerfortbildung hinweisen. Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst benützt überdies alle geeigneten Anlässe, wie zum Beispiel den Nationalfeiertag, um die Lehrer zu weiteren Bemühungen um die Erziehung der Jugend zur Demokratie aufzufordern. Meine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten der beiden mir zur Kenntnis gebrachten Anträge bitte ich der Beilage zu entnehmen.

Es ist zu hoffen, daß die unermüdlichen Anstrengungen aller pädagogisch Verantwortlichen, und dazu gehört ohne Zweifel das Bundesministerium für Unterricht und Kunst in vorderster Linie, dazu führen werden, daß unsere Jugend nicht jenem Ungeist erliegt, der von einer kleinen Gruppe Unverantwortlicher und Unverbesserlicher propagiert wird.

*

Auch das Bundesministerium für Finanzen hat im Auftrag des Genossen Dr. Hannes Androsch eine Behandlung unseres Anliegens zugesagt, mit dem sich der Antrag Nr. 2 beschäftigt.

Auftragsgemäß bestätige ich den Empfang Ihres an den Herrn Bundesminister für Finanzen gerichteten Schreibens vom 30. März 1973, betreffend Forderung nach Erhöhung des steuerfreien Absetzbetrages für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder des Opferausweises, und teile Ihnen mit, daß der Herr Bundesminister die zuständige Fachabteilung des Bundesministeriums für Finanzen mit der Prüfung Ihres Vorbringens betraut hat.

Nach Vorliegen des Prüfungsergebnisses werden Ihnen durch den Herrn Bundesminister nähere Informationen zugehen.

*

Mit den Anträgen Nr. 4 und Nr. 5 beschäftigt sich auch der Brief, den der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, unser Genosse Dr. Hermann Schnell, geschrieben hat. Besonders sein Hinweis auf das mangelnde Interesse der jüngeren Lehrer an dem Unterrichtsfach „Zeitgeschichte" zeigt, wie schwerwiegend heute die Folgen der seinerzeitigen Unterlassungssünden aus jener Zeit sind, als das Unterrichtsressort die ausschließliche Domäne der ÖVP war. Damals waren es jene jungen Menschen — für die in der Schule die Geschichte mit dem Jahr 1918 zu Ende war —, aus denen heute die jungen Lehrkräfte hervorgegangen sind.

Ich danke für die Übermittlung der Anträge 4 und 5 der Bundeshauptversammlung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Der Stadtschulrat für Wien verfolgt seit der Wiedergeburt der Zweiten Republik das Ziel, einen modernen zeitgeschichtlichen Unterricht im Rahmen einer umfassenden politischen Bildung allen Schülern angedeihen zu lassen. Es ist mir nur zu gut bekannt, daß sich aus verschiedenen Gründen bei der Realisierung dieser Zielvor-

* Vgl.: a. a. O., Seite 46.

stellung Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten ergeben. Ich bin aber mit meinen Mitarbeitern bemüht, der politischen Bildung in unserer modernen Demokratie immer wieder neue Impulse zu geben.

Im besonderen möchte ich zum Antrag Nr. 4 bemerken:

Die Zeitgeschichte ist in den Lehrplänen aller österreichischen Schulen vorgesehen. Da ich selbst Autor mehrerer Bücher bin, in denen die Zeitgeschichte außerordentlich umfangreich und ausführlich behandelt wird, möchte ich nur beispielsweise darauf hinweisen, daß in den 4. Klassen der Hauptschulen und allgemeinbildenden höheren Schulen etwa die Hälfte der gesamten Unterrichtszeit der Zeitgeschichte (Geschichte von 1914 bis zur Gegenwart) gewidmet werden müsse, das ist das zweite Semester, etwa von Mitte Februar bis Schulschluß. Aber schon im ersten Semester werden wesentliche Kapitel ausführlich behandelt, wie etwa die Arbeiterbewegung, das Entstehen der politischen Parteien und der Imperialismus.

Das bis vor einigen Jahren bestandene Problem der Lehrer, die ihre eigene politische Vergangenheit nicht überwinden können, ist im Schwinden begriffen. Allein im Wiener Schulwesen ist jeder zweite Lehrer unter 35 Jahre alt. Diese jungen Lehrer haben keine Scheu vor der Zeitgeschichte. Ich muß aber leider auf der anderen Seite zugeben, daß damit das Engagement und die innere Begeisterung für den Zeitgeschichtsunterricht nicht gestiegen sind. Es scheint mir jetzt viel mehr das Problem darin zu liegen, daß wegen des mangelnden Interesses der jungen Lehrer an der Zeitgeschichte der Unterricht in diesem Gegenstand leidet.

Abschließend möchte ich nochmals bemerken, daß ich gerne meine Mitarbeiter ersuchen werde, der Zeitgeschichte und der politischen Bildung im Unterricht erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

*

Die Fraktion der sozialistischen Gewerkschafter im ÖGB ist schon immer eine Bastion sozialistischen Gedankenguts gewesen; daß sie nun die Unterstützung der Idee des Gedenkens an den Februar 1934 im Sinne unseres Antrages Nr. 1 zusichert, kommt schon fast der Gewißheit einer Erfüllung unserer Wünsche gleich.

Wir bestätigen den Erhalt Eures Schreibens vom 1973-03-30 bezüglich des beschlossenen Antrages 1 in der Bundeshauptversammlung.

Wir werden sinngemäß Eure Auffassung in den verschiedenen Körperschaften vertreten und ersuchen um gefällige Kenntnisnahme.

*

Auch die sozialistische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates, der wir den Antrag Nr. 6 zugeleitet haben, hat in ihrem Schreiben zugesichert, daß dem Problem des Mißbrauches demokratischer Einrichtungen durch Antidemokraten besondere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Die sozialistischen Freiheitskämpfer ihrerseits werden auch auf diesem Gebiete weiter wachsam sein und die zuständigen Stellen von jedem neuerlich vorkommenden Fall in Kenntnis setzen.

Wir danken für die uns übermittelte Resolution, die von der Bundeshauptversammlung 1973 Eurer Organisation beschlossen wurde, und teilen Euch hiezu mit, daß die Häuser der Begegnung vom Verband Wiener Volksbildung verwaltet werden und im allgemeinen ihre Räume an alle Vereine und Interessenten vermietet. In letzter Instanz entscheiden im Zweifelsfall demokratische Gremien, sogenannte Bezirksstellenausschüsse, über die Vermietung, denen Vertreter der Dauerbenützer der Häuser angehören.

Rückfragen bezüglich des Turnerbundes haben ergeben, daß dieser in zwei Häusern hin und wieder einen Saal gemietet hat, wobei dem Hausverwalter diese Mietung eines Turnvereins für eine „Weihnachtsfeier" zunächst unbedenklich erschien. Die zuständige Magistratsabteilung wurde aber nunmehr angewiesen, die Hausverwalter entsprechend zu informieren und die Aktivitäten des ÖTB in Häusern der Begegnung zu beobachten, um gegebenenfalls einen entsprechenden Anlaß zu haben, die Vermietung in Zukunft zu verweigern.

Wir werden in einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung darüber berichten, wenn weitere Stellungnahmen oder die in den bis jetzt vorliegenden Briefen in Aussicht genommenen Erledigungen vorliegen.

Wenn die Quellen vertrocknen, muß auch der Fluß versiegen

Altchinesisches Sprichwort

Rote Nelken für Dr. Fred Sinowatz!

Der Unterrichtsminister spricht von einem Programm — und er hat wirklich ein Programm.

Auf der Bundeshauptversammlung 1973 — Motto: „Von der Erziehung hängt es ab, ob unsere Kinder Träger oder Opfer der kommenden Gesellschaft werden!" — hatte es der Unterrichtsminister, unser Genosse Dr. Fred Sinowatz, übernommen, ein in mehrfacher Hinsicht gewichtiges Referat zu halten: Die Erziehung der Jugend zur Demokratie. Die Seiten der vorliegenden Sondernummer unserer Zeitung legen dafür ein beredtes Zeugnis ab, und die Diskussion, die den Ausführungen des sozialistischen Ministers folgte, mag ihm einmal mehr gezeigt haben, mit welchem Interesse und mit welcher Aufgeschlossenheit überzeugte Sozialisten für Zielvorstellungen eintreten können und stets auch eintreten, wenn es gilt, vermeintliche Tabus der Tagespolitik zu durchbrechen.

Die Anträge, die auf der Bundeshauptversammlung 1973 eingebracht worden sind, liefern dafür den besten Beweis, selbst dann, wenn man berücksichtigt, daß sie ja schließlich von einer Organisation kommen, deren Mitglieder auch in den finstersten Zeiten zweier Faschismen ihrer Gesinnung und ihren Zielen treu geblieben sind. (Wer hätte da auch etwas anderes erwartet!) Anträge und Resolutionen wurden entsprechend den Beschlüssen der Bundeshauptversammlung bearbeitet oder an die entsprechenden Stellen weitergeleitet — auch an den Unterrichtsminister. Und von ihm haben wir eine ausführliche Stellungnahme erhalten, was also hat er zu unseren Anregungen, Sorgen und Wünschen zu sagen.

ZU ANTRAG NR. 4

1. Ausbildung der Lehrer der höheren Schulen in Zeitgeschichte

Die derzeit für Lehramtskandidaten des Faches „Geschichte und Sozialkunde" geltenden Vorschriften sind sehr allgemein gehalten; sie sehen Lehrveranstaltungen der geforderten Art nicht ausdrücklich vor.

Bei der Ausarbeitung der neuen Studienpläne ist das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung federführend. Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst wird im Zuge des zu erwartenden Begutachtungsverfahrens auf eine entsprechende Verankerung der Zeitgeschichte drängen.

Für den sechssemestrigen Ausbildungsgang, den die künftigen Hauptschullehrer des Faches „Geschichte und Sozialkunde" an den Pädagogischen Akademien zu absolvieren haben, ist eine „besondere Berücksichtigung der neueren Geschichte und der Zeitgeschichte" ausdrücklich vorgeschrieben.

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst erachtet es jedenfalls als eine Aufgabe von besonderer Wichtigkeit, im Rahmen seiner Lehrerfortbildungsveranstaltungen immer wieder auch Seminare zu Fragen der Zeitgeschichte und der politischen Bildung anzubieten. Verwiesen sei auf folgende mehrtägige, gesamtösterreichische Großveranstaltungen der letzten Jahre:

1967 in Wien:
Arbeitstagung „Geschichte und Sozialkunde"
1969 in Linz:
Arbeitstagung „Politische Bildung"
1970 in Krems:
Didaktisches Seminar „Politische Bildung"

Auf dem Programm der Jahre 1972/73 stehen:
Februar und Oktober 1972, Jänner 1973:
„Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts"
Herbst 1973 (in Planung): „Geschichte Mitteleuropas nach 1945"
Herbst 1973 (in Planung): „Ferner Osten"
Herbst 1973 (in Planung): „Politische Bildung" (für Lehrer der unverbindlichen Übung und des Wahlpflichtfaches)

Die Referate und Diskussionen der Veranstaltungen zur Lehrerfortbildung finden ihren Niederschlag in der seit 1971 bestehenden Reihe „Beiträge zur Lehrerfortbildung" (Band 1: Politische Bildung, Band 7: Politische Bildung II). Ähnlichen Zielen dient die seit 1970 bestehende, gleichfalls vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst herausgegebene Reihe „Politische Bildung".

Über den Rahmen seiner eigenen Aktivitäten hinaus unterstützt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst laufend einschlägige Veranstaltungen verschiedener Organisationen, Institute, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise.

2. Verbindlicher Zeitgeschichtsunterricht als eigenes Unterrichtsfach

Ein solches besteht praktisch durch die Tatsache, daß in den Lehrplänen aufgrund der Änderungen der letzten Jahre große Zeitspannen für dieses Stoffgebiet ausgespart sind:
Pflichtschule: 4. Hauptschulklassen („Wiener Kongreß bis Gegenwart") in Zusammenhang mit dem Polytechnischen Lehrgang (Unterrichtsgegenstand „Sozial- und Wirtschaftskunde einschließlich der Zeitgeschichte")
Allgemeinbildende höhere Schulen: 8. Klasse:
„Das Zeitalter der Weltkriege" — „Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg"
Berufsbildende höhere Schulen: IV. beziehungsweise V. Jahrgang (HAK):
„Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Gegenwart"

Darüber hinaus lädt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst die Lehrer im Zusammenhang mit der Wahrnehmung aktueller Anlässe immer wieder dazu ein, auch außerhalb des lehrplanmäßigen Unterrichtes auf Fragen der Zeitgeschichte einzugehen.

Im Jahre 1973 bieten sich dazu vor allem die Tatsachen an, daß vor 35 Jahren Hitler in Österreich einmarschierte und daß vor 25 Jahren die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen beschlossen wurde.

3. Pädagogische Ausbildung der Lehrer der allgemeinbildenden höheren Schulen

Im Studiengesetz 1971 ist eine stark modernisierte Form der pädagogischen Ausbildung der AHS-Lehrer vorgesehen. Die aufgrund dieses Gesetzes auszuarbeitenden Studienordnungen der einzelnen Studienrichtungen werden derzeit in Studienkommissionen unter Beteiligung aller politischen Gruppen beraten und nach dem Begutachtungsverfahren als Verordnung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung erlassen werden.

ZU ANTRAG NR. 5:

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst ist bestrebt, allenfalls auftretenden faschistischen Tendenzen auf der pädagogischen Ebene durch eine verstärkte Erziehung zur Demokratie zu begegnen. Die Bemühungen um eine Verbesserung der politischen

(und damit auch zeitgeschichtlichen) Bildung der Schüler wie auch der Ausbau des Schülermitspracherechtes sind als Maßnahmen in diesem Sinne zu verstehen und haben auch bereits durchaus positive Ergebnisse gezeitigt. So wird auf Vorschlag des Schülerbeirates beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst um den Österreichischen Nationalfeiertag 1973 in den Schulen der Tatsache, daß vor 35 Jahren Österreich von deutschen Truppen besetzt wurde, in der Weise gedacht werden, daß das unselige historische Ereignis zum Anlaß für Überlegungen genommen wird, inwieweit unsere freie demokratische Gesellschaftsordnung immer noch und auch heute wieder durch Erscheinung des politischen Totalitarismus bedroht ist. Auf Vorschlag der Schülervertreter sollen in die schulischen Veranstaltungen, die diesmal in besonderer Weise von den Schülern mitgestaltet werden, auch nach Möglichkeit Exkursionen zu Gedenk- und Dokumentationsstätten des faschistischen Terrors einbezogen werden.

Es ist schon im Schulprogramm der SPÖ darauf hingewiesen worden, daß eine Reform des Schulwesens nur schritt- und stufenweise und in zusammenhängenden Abschnitten durchgeführt werden kann. Einer dieser Schritte, ja vielleicht sogar einige sehr bedeutungsvolle Schritte, sind unter einem sozialistischen Unterrichtsminister sicher bereits getan. Daß es ein verheißungsvoller Anfang war und daß der Unterrichtsminister nicht nur von einem Programm gesprochen hat, sondern auch wirklich ein solches besitzt und es zur Grundlage seines zielbewußten Handelns macht, zeigte nicht nur sein Referat auf unserer Bundeshauptversammlung, sondern auch die Art, wie er sich mit den Anträgen der sozialistischen Freiheitskämpfer auseinandersetzt.

Daß die Entwicklung in dieser Richtung erfolgreich weitergeht, daß den jungen Menschen wirklich und im praktischen Unterricht das Erkennen der Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Sachverhalten und Vorgängen ermöglicht wird, damit sie zu zwar kritischen, aber verantwortungsbewußten Bürgern eines demokratischen Gemeinwesens werden — dafür bürgt der sozialistische Unterrichtsminister.

Nur so werden Vorurteile, Dogmatismus und jede Art Manipulation in allen gesellschaftlichen Bereichen überwunden und das im Schulprogramm unserer Partei angestrebte Ziel erreicht werden können: ein freier Mensch in einer gerechten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Wir meinen dabei die sozialistische Gesellschaftsordnung — daß der sozialistische Unterrichtsminister der gleichen Meinung ist, erfüllt uns mit Zuversicht. Und weil der Sozialist beharrlich Schritt für Schritt und mutig in so viele Jahrzehnte brach liegen gelassenes Neuland vordringt, wollen wir unserem Genossen Sinowatz rote Nelken mit auf den Weg geben ...

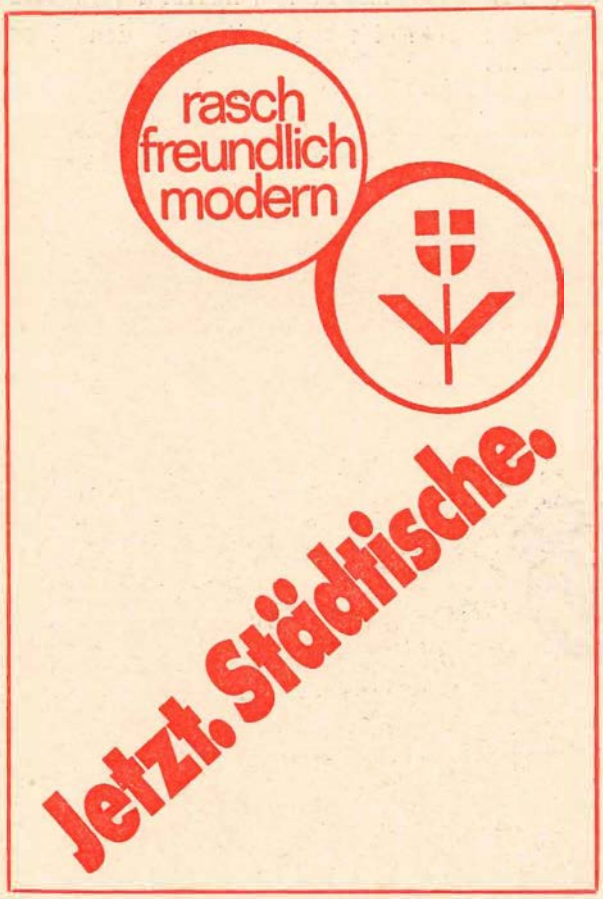
Hr.
Marsal Viktor
Fultonstr.5-11/1/1/3
1210

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telephon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1, Werdertorgasse 9	Jeden 1. u. 3. Mo.
2, Praterstern 1	Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96	Mi. 17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b	Mo. 18 bis 19 Uhr
5, Kohlgasse 27	Mi. 18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9	Do. 19 bis 20 Uhr
7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3.	Di. 18 bis 19 Uhr
8, Josefstädter Straße 39	Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I	Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3.	Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80	Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40	Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Jodlgasse 7/III Do.	17.30 bis 18.30 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 1.	Fr. 18 bis 19 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1.	Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do.	17.30 bis 19 Uhr
17, Rötzergasse 29 (Sekretariat der Mietervereinigung)	Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 .... Jeden 1. Mo.	17.30 bis 20 Uhr
19, Billrothstraße 34	Di. 17 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11	Do. 18 bis 20 Uhr
21, Prager Straße 9, 1. Stock	Jeden 2. Mo. 17 bis 18.30 Uhr
22, Donaufelder Straße 259	Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr
23, Breitenfurter Straße 358	Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telephon 63 06 71/243
1, Postgasse 9, 1. Stock

Fachausschuß der Sicherheitsbeamten	Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

Baden, Wassergasse 31, Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Freitag 10 bis 12 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Samstag 9.30 bis 11 Uhr
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Samstag 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Freitag 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7 Bezirkssekretariat der SPÖ	Jeden 1. Freitag 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

Eisenstadt, Permayerstraße 2, Bezirkssekretariat der SPÖ	Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude	Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3, Hotel „Schiff", Hoftrakt	Jeden 1. u. 3. Mi. 16 bis 18 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Gasthof Gamsjäger	Jeden 1. Di. 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

Salzburg, Arbeiterheim, Zimmer 30, Paris-Lodron-Straße 21	Jeden Di. und Fr. 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17	Jeden 1. Mittwoch 17 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur, Schillerstraße 22	
Kapfenberg, Volksheim (Zimmer 14), Wiener Straße	Jeden 2. Mittwoch 18 bis 19 Uhr

Tirol:

Kufstein, Hötzendorferstraße 4

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 10. Juli 1973